Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen Nr. 3 | Winter 2021

ZIVILCOURAGE UND WIDERSTAND

Inhaltsverzeichnis

3 **EDITORIAL**

THEMA

4 Gertrud Prochownik und die Kreyssigs: eine Geschichte von Widerstand und Hilfe. Was die Enkelkinder der Geretteten und Retter verbindet.
Von Jenny Krausz und Martin Kreyssig

8 Alfreda Noncia Markowska – eine Lebensretterin und Heldin des Rom*nja- Widerstands

10 Die vielen Leben der Sophie Scholl
Von Maximilian Probst

14 Galina Fjodorowna Romanowa. Zwangsarbeiterin und Ärztin in der Widerstandsgruppe *Europäische Union*

16 Hungerstreik von Überlebenden der Sinti in der KZ-Gedenkstätte Dachau
Von Sara Spring

18 Durch die Wand – von der Asylbewerberin zur Rechtsanwältin

20 Die Rolle der Frauen in der belarusischen Protestbewegung
Von Almira Ousmanova

24 Angetrieben von Hoffnung – Tarana Burke hatte die Idee zu »me too«

26 »Wir werden kein freies, demokratisches Belarus aufbauen, wenn wir die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit nicht berücksichtigen«.
Alesja Belanovich-Petz im Interview mit Nasta Bazar

28 Janina Ochojska: Mitbegründerin der *Polska Akcja Humanitarna*

30 Vor 40 Jahren: ASF und die Demonstration im Bonner Hofgarten
Interview mit Gabriele und Peter Scherle

32 Eine, die Brücken baut. Wegbereiterin der Friedlichen Revolution: Ruth Misselwitz im Porträt

34 Wider die Zerstörung des Rechts
Von Ansgar Gilster

36 Kapitänin Pia Klemp rettet Menschen aus Seenot – dafür droht ihr eine langjährige Haftstrafe

38 Zivilcourage in einem rechten Umfeld
Von Petra Schickert

40 Doğan Akhanlı – Gewalt und Berührungen

FREIWILLIGE BERICHTEN

42 Respekt und Geduld sind unglaublich wichtig – ein ASF-Freiwilligendienst in Frankreich
Von Josef Kendel

43 »Ich kann nur bei den kleinen Sachen für sie da sein« – ein ASF-Freiwilligendienst in Tschechien
Von Antolina Konrad

44 Bereichernde Begegnungen mit Shoah-Überlebenden in Israel
Von Virginia Buhmann

45 Die Geschichte und Zivilcourage der Dorfbewohner*innen dokumentieren – Freiwilligendienst in Kryoneri, Griechenland
Von Marlene Hofeditz

46 Die Liebe zur Fotografie rettete jüdisches Leben in Albanien

48 Zivilcourage und Widerstand

50 Chaika Grossman – als Kurierin im Widerstand im Ghetto Białystok

ANDACHT

52 Quelle des Muts
Von Angelika Obert

WEGGEFÄHRTIN

53 Wir trauern um Karin Nevermann

AUS DER ARBEIT VON ASF

53 Einzigartige Bildungs- und Begegnungsarbeit – die IJBS wird 35 Jahre alt

GUTES TUN

54 Ich möchte meine ASF-Erfahrungen durch ein Vermächtnis an junge Menschen weitergeben
Interview mit Erdmute Eisner

AUS DER ARBEIT VON ASF

55 ASF in Israel: sechs Jahrzehnte bewegte und bewegende Geschichte

55 Seit 60 Jahren engagieren sich ASF-Freiwillige in Frankreich

55 **TERMINE**

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: Das Titelbild zeigt Alfreda Markowska, ihr Porträt finden Sie auf den Seiten 8/9. Der Fotograf Chad Evans Wyatt hat das Bild für die Ausstellung RomaRising 2012 aufgenommen.
Bilder Innenteil: S. 3: ASF/Archiv, S. 4: Jenny Krausz, S. 7: Martin Kreyssig S. 9: Chad Evans Wyatt/RomaRising, S. 10: Picture Alliance/keystone S. 12: George (Jürgen) Wittenstein/akg-images, S. 14/15: Bundesarchiv, R 58 Bild-03190-552, S. 16/17: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, S. 18/19: Wolfgang Schmidt, S. 21: Picture Alliance/AP, S. 22: AFP, S. 23: IMAGO/ZUMA Wire, S. 24: Flatiron Books, S. 27: Privat, S. 28/29: IMAGO/agefotostock, S. 30: Schweizer Sozialarchiv, S. 31: Picture Alliance/Klaus Rose, S. 32/33: Privat, S. 35: AFP, S. 36: Lisa Hoffmann/Sea-Watch.org, S. 37: Iuventa/Media Handout, S. 39: ASF/Archiv, S. 40/41: Manfred Wegener, S. 46: Yad Vashem Archives, Jerusalem, 3768, S. 47: United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Gavra Mandil, S. 50: Wikipedia/Nati Harnik/Government Press Office Israel, S. 51: US Holocaust Memorial Museum, S. 54: Privat, S. 57: Privat

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 3, Winter 2021, 49. Jahrgang
Auflage: 8.200 Exemplare
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Ute Brenner, Clara Brahms
Lektorat: Christian Jerger
Telefon: 030 28 395 184 | Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn

ASF-*Spendenkonto*: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leser*innen,

Alfreda Noncia Markowska, die auf der Titelseite abgebildet ist, war 13 Jahre alt, als die Nationalsozialisten Polen überfielen. Sie wurde zur Zwangsarbeit verpflichtet, als Romni verfolgt und rettete dennoch nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch das von mehr als 50 Kindern.

Wir widmen uns in diesem *zeichen* dem Thema »Zivilcourage und Widerstand« und schauen dabei in die Geschichte und in die Gegenwart. Der ASF-Gründungsvater Lothar Kreyssig widersetzte sich in seiner Funktion als Vormundschaftsrichter der nationalsozialistischen Euthanasie. Er und seine Frau versteckten zwei jüdische Frauen und retteten sie vor der Vernichtung. Die Enkelkinder der Retter und der Geretteten erzählen diese Geschichte.

Neben Alfreda Noncia Markowska stellen wir Menschen vor, die Geflüchtete retten, Jüdinnen und Juden versteckten, im Untergrund kämpften, in den Widerstand gegen autoritäre Regierungen gehen, Zwangsarbeiter*innen halfen, die *MeToo*-Bewegung gründeten, für die Rechte von Menschen am Rande der Gesellschaft kämpfen und tagtäglich praktische Solidarität leben. Es sind die Geschichten von Doğan Akhanlı, Galina Fjodorowna Romanowa, Nizaqete Bislimi, Ruth Misselwitz, Tarana Burke, Janina Ochojska, Pia Klemp, Chaika Grossman und Refik Veseli.

Die belarussischen Aktivistinnen Almira Ousmanova und Nasta Bazar analysieren die Proteste in Belarus und beleuchten vor allem die Rolle der Frauen und der queeren Bewegungen.

Sophie Scholl ist eine Ikone des Widerstands. Anlässlich ihres 100. Geburtstags setzt sich Maximilian Probst, Enkel ihres Mitstreiters Christoph Probst, mit der heutigen Rezeption der *Weißen Rose* und Sophie Scholls auseinander.

Wir schildern den Mut von Menschen, die es schaffen, sich zu widersetzen. Die wider Gefahren und Bequemlichkeiten handeln. Die sich vom Mainstream absetzen, die verändern und bewegen. Wir zeigen aber auch die Umstände auf, die es Menschen schwer machen, Unrecht zu widersprechen. Ansgar Gilster analysiert die Repressalien und Abschottungen, die die Rettung und Unterstützung von Geflüchteten verhindern. Und Petra Schickert beschreibt rechtsextreme Kultur und Gewalt, die Initiativen und Menschen einschüchtern. Beide stellen aber auch die großartigen Momente, Personen und Bewegungen vor, die Menschen retten und Zeichen gegen rechts setzen.

Die Berichte unserer Freiwilligen möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen. Aufgrund der weiteren Ausbreitung der Pandemie ist es ein Wunder und Geschenk, dass auch in diesem Jahr wieder 150 Freiwillige ihren Dienst beginnen konnten. Fünf von ihnen sind erstmalig wieder in Griechenland aktiv. Eine Ausreise nach Belarus war nicht möglich und für unsere USA-Freiwilligen warten wir auf die verspätete Ausreise im Januar.

Dank des kollegialen Einsatzes unserer Mitarbeiter*innen, des Engagements unserer Freiwilligen, der Unterstützung vieler Ehrenamtlicher und vor allem auch dank der wertvollen und treuen Spenden konnte ASF bislang gut durch die Krise kommen. Dafür sind wir von Herzen dankbar.

Ich wünsche Ihnen und euch ein frohes Weihnachtsfest und ein zuversichtliches neues Jahr.

In herzlicher Verbundenheit

Ihre und Eure

Jutta Weduwen
Geschäftsführerin

Gertrud Prochownik und die Kreyssigs: eine Geschichte von Widerstand und Hilfe. Was die Enkelkinder der Geretteten und Retter verbindet.

Die deutsche Jüdin Gertrud Prochownik wurde durch die Güte und den Mut eines Fremden, des ASF-Gründers Lothar Kreyssig, vor dem Konzentrationslager bewahrt. Seit Generationen sind ihre Familien eng verbunden. Hier erzählen ihre Enkel, die selbst beste Freunde sind, die beeindruckende Geschichte ihrer Großeltern zum ersten Mal.

Jenny Krausz und Martin Kreyssig

DIE GESCHICHTE GERTRUDS

Erzählt von ihrer Enkelin Jenny Krausz, 62, einer Lehrerin, die mit ihrem Mann Sean in der Bretagne lebt.

Meine Großmutter Gertrud – oder Omi, wie meine Zwillingsschwester und ich sie nannten – war, bis wir unser Elternhaus wegen des Studiums verließen, ein fester Bestandteil unseres Lebens. Sie wohnte während unserer gesamten Kindheit bei uns und unseren Eltern, und das Bild von ihr, wie sie in ihrem Sessel sitzend in den Garten blickt und den *Spiegel* liest, hat sich in mein Gedächtnis eingegraben. Sie herzte und drückte uns, sang für uns Gutenachtlieder auf Deutsch und hatte ein geheimes Lager mit schokoladenüberzogenem Marzipan für uns. Sie war herzlich und liebevoll, eher in ihren Gesten als in Worten, da ihr Englisch nicht so gut war – doch sie plauderte sehr gerne über alles Mögliche, mit einer Ausnahme: Sie sprach niemals über ihre Vergangenheit.

Ich wuchs mit dem Wissen auf, dass wir jüdisch waren, und wusste auch von den Gräueln, die man Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkriegs angetan hatte. Ich wusste auch irgendwie, dass meine Großmutter in dieser Zeit schreckliche Dinge erlebt hatte. Niemand setzte sich mit uns hin und erklärte das, aber jede*r in unserer Familie wusste, dass meine Großmutter gezwungen war zu fliehen, um ihr Leben zu retten, und dass sie bei einem deutschen Richter namens Lothar Kreyssig Unterschlupf fand, der sie unter enormem Risiko für sich selbst und seine Familie auf seinem Bauernhof versteckte.

Gertrud Prochownik, Foto undatiert.

Zum Teil wusste ich das, weil die Kreyssigs, solange ich denken kann, enge Freunde unserer Familie waren; ich lernte Lothars Enkelsohn Martin kennen, als ich 15 war, und bis heute ist er einer meiner besten Freunde. Da meine Großmutter jedoch bis zu ihrem Tod 1982 mit mir nie über den Krieg sprach – und ich zu jung und nicht neugierig genug war, um nachzuforschen –, wusste ich nichts von dem ganzen Ausmaß, das sie miterlebt hatte. Erst als meine Mutter vor fünf Jahren starb, haben wir schließlich alles begriffen.

Als meine Schwester und ich ihre Wohnung ausräumten, fanden wir ein Bündel alter Briefe, die sie und Gertrud sich während des Kriegs geschrieben hatten, dazu einige Kopien von Briefen, die Gertrud ihrer Schwester geschickt hatte, und wir entschieden, sie übersetzen zu lassen. Als wir sie lasen, war es, als ob sich eine Tür in die Vergangenheit öffnete; ich war total gerührt und manchmal einfach überwältigt. Zuvor hatten wir keine Anhaltspunkte gehabt, wie sich Gertrud gefühlt hatte, und keine Ahnung von ihren Ängsten, aber durch diese Briefe konnten wir nachvollziehen, was sie durchgemacht hatte.

Gertrud wurde in Berlin geboren und wuchs dort als viertes von sechs Kindern auf. Sie heiratete, bekam eine Tochter, Marianne (meine Mutter), machte eine Ausbildung als Sozialarbeiterin und arbeitete dann für das Büro der jüdischen Arbeitsvermittlung. Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, war sie 55 und Witwe. Ihr Ehemann war drei Jahre zuvor an einer Hirnblutung gestorben. Marianne war damals in England. Gertrud hatte sie, beunruhigt durch die sich zuspitzende Lage, ein paar Monate nach den Novemberpogromen 1938 zu Bekannten nach London geschickt, wo sie als Mechanikerin arbeitete.

Gertrud hingegen entschied, in Berlin zu bleiben. Sie war fest entschlossen, durch ihre Tätigkeit in der jüdischen Selbstverwaltung anderen Jüdinnen und Juden dabei zu helfen, Deutschland zu verlassen, indem sie für viele von ihnen Arbeitsmöglichkeiten im Ausland fand. Wahrscheinlich hat sie durch ihre Arbeit viele Leben gerettet.

Ich bin so stolz auf Gertrud, dass sie dieses Opfer im Bewusstsein brachte, ihre geliebte Tochter vielleicht nie wiederzusehen. Als Mutter ist für mich der Gedanke, meine Tochter sieben Monate nicht zu sehen, schon kaum erträglich, geschweige denn sieben Jahre – man kann sich kaum vorstellen, wie sie das schaffte.

In einem der Briefe, datiert aus dem Jahr 1942, berichtet Gertrud, dass ihre Schwester und ihr Schwager nach Auschwitz gebracht worden waren. »Ich versuchte überall, Hilfe zu bekommen«, schrieb sie an ihre andere Schwester, »aber niemand konnte etwas tun … Ich denke die ganze Zeit darüber nach, ob ich ihnen ausreichend Veronal (ein Schlafmittel) mitgegeben habe. Ich hoffe, sie nehmen es rechtzeitig.«

Wenn ich dies 80 Jahre später lese, erstaunt mich die Geistesgegenwart meiner Großmutter. Sogar in dieser chaotischen Situation hatte sie die Voraussicht, ihre Schwester und deren Mann mit Schlafmitteln zu versorgen, damit diese ihr Leben beenden könnten.

Bald darauf, im April 1943, erhielt Gertrud ihren eigenen Deportationsbefehl von der Gestapo. Sie beschloss, zu versuchen aus Berlin zu fliehen. Ich habe es nie geschafft herauszubekommen, wie sie von Lothar gehört hat, aber er war in den jüdischen Untergrundnetzwerken als Anti-Nazi bekannt und dafür, dass er Menschen half »unterzutauchen«. Er organisierte für Gertrud eine Bleibe auf einem Bauernhof in Päwesin, ungefähr 50 Kilometer westlich von Berlin, wo sie sich durch eine neu angenommene Identität in aller Öffentlichkeit »versteckte« und niemandem verriet, dass sie Jüdin war.

Gertrud floh mit nichts aus Berlin. Um ihre Herkunft zu verbergen, nahm sie den Namen Hildegard Jacobi an. Das Einzige, was sie bei sich trug, war eine Zyankali-Kapsel; bevor die Gestapo sie mitnehmen könnte, würde sie sich entscheiden, ihr Leben selbst zu beenden. Wenn ich mir meine Großmutter in dem Zug vorstelle, eine Frau in mittleren Jahren, allein, quält das meine Seele. Wie einsam und verängstigt muss sie sich gefühlt haben! Ich musste in letzter Zeit öfters an sie denken, da ich in unserem Dorf einer kurdischen Familie helfe, die ebenfalls alles zurückgelassen hat, als sie aus ihrer Heimat floh. Wenn diese Mutter mir erzählt, wie sehr sie ihr altes Leben vermisst, denke ich an Gertrud.

Das Leben auf dem Bauernhof beschreibt Gertrud in ihren Briefen als eine elende Existenz; sie musste täglich 18 Stunden unter brutalen Bedingungen mit zwei Frauen aus fanatischen Nazi-Familien arbeiten, die sie mit Argwohn behandelten; die ganze Zeit hatte sie Angst, dass die Frauen ihre wahre Identität aufdecken und sie an die Gestapo ausliefern würden. »Ich fürchtete mich vor jedem neuen Tag und dachte oft daran, die Kapsel zu schlucken«, schrieb sie.

In ihrer Verzweiflung wandte sie sich noch einmal an Lothar. Er und seine Frau Johanna waren bereit, sie bis zum Ende des Kriegs auf ihrem eigenen Gutshof in der Nähe des Dorfes Hohenferchesar, rund 20 Kilometer weiter westlich, aufzunehmen. Erstaunlicherweise wurde sie nicht versteckt, sondern wohnte und arbeitete dort und war einfach in das Leben der Familie integriert. Sie wurde wirklich wie ein Familienmitglied behandelt, aß mit allen zusammen und verbrachte Zeit mit den vier Kindern. Ihre Briefe beschreiben die große Herzlichkeit, die ihr die Familie entgegenbrachte. Obwohl sie keinen Zugang zu den rationierten Lebensmitteln hatte, aß sie das gleiche Essen wie die Familie, sie teilte alles mit ihr – nach zwei Jahren voller Entbehrungen war sie tief bewegt, wieder menschliche Güte zu erfahren.

Die Gräuel, die während des Zweiten Weltkriegs begangen wurden, veränderten alles für Gertrud. Sie konnte es nicht länger ertragen, sich als Deutsche zu bezeichnen. Die Kreyssigs jedoch haben ihr nicht nur das Leben gerettet, sondern ihr auch dabei geholfen, ihren Glauben an die Menschheit zurückzugewinnen.

Nach dem Krieg verließ Gertrud Deutschland für immer. Zuerst ging sie nach London, wo sie wieder mit Marianne zusammentraf, dann siedelte sie nach Australien über, und schließlich kehrte sie nach London zurück, um bei meinen Eltern und uns zu leben. Ihr ganzes Leben stand sie mit Lothar und Johanna in Kontakt, sie führten einen regen Briefwechsel. Gertrud wurde 97 Jahre alt, alt genug, um mitzuerleben, wie die Freundschaft zwischen unseren Familien über Generationen hinweg wuchs und gedieh.

Das erste Mal besuchte ich die Kreyssigs in Frankfurt, als ich ein Teenager war und Deutsch lernte. Martin und ich verstanden uns auf Anhieb. Obwohl er zwei Jahre jünger war als ich und wir die jeweils andere Sprache nicht flüssig beherrschten, gab es sofort eine Verbindung. Das Erste, was ich an ihm bemerkte, als ich ihn kennenlernte, war sein breites Willkommenslächeln. Ich kann mich auch lebhaft an seinen großartigen Sinn für Humor erinnern und dass alles mit ihm zum Abenteuer wurde.

Fast 50 Jahre später klingt immer noch Lachen durch unsere Beziehung. Auch unsere Kinder haben sich schon öfters getroffen. Es scheint also, dass diese tiefe Verbindung, die vor 80 Jahren in Nazi-Deutschland begann, weitergeht.

Aber zurück zu unserer ersten Begegnung. Damals dachten wir, unsere Großeltern sind uralt, ihre Vergangenheit ist unwichtig; wir tauschten uns über die Schule und über Musik aus, später über unsere gemeinsame Leidenschaft, die Kunst, sowie über unsere Familien und Kinder. Nach dem Studium wurde ich Fotojournalistin, Martin Filmregisseur und Professor für Film an einer deutschen Universität – wir hatten also vieles gemeinsam.

Glücklicherweise haben sich auch unsere jeweiligen Partner immer verstanden, und Martin besuchte uns oft, wenn er wegen seiner Arbeit in London war; wir gingen dann zusammen ins Kino und in Ausstellungen. Erst in den letzten Jahren wurde die gemeinsame Vergangenheit unserer Großeltern mehr zum Gesprächsthema, insbesondere, seit ich 2016 nach dem Tod meiner Mutter die Briefe gefunden hatte.

Im selben Jahr wurden Lothar und Johanna von Yad Vashem als *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet, eine Ehre, die Nichtjüdinnen und -juden zuteilwird, die jüdische Leben retteten. Die Ehrung fand zwei Jahre später in Berlin statt. Beide Familien nahmen daran teil; es war ein sehr aufwühlender Tag für uns alle, und ich wünschte nur, unsere Großeltern hätten uns sehen können.

Bis heute lese ich die wunderbaren Briefe meiner Großmutter immer wieder. Sie bringen sie mir zurück, ich kann fast ihre Stimme hören, wie sie sie liest.

Den Brief, den ich am meisten wertschätze, schrieb sie ein paar Tage vor Kriegsende, am 5. Mai 1945, an die Kreyssigs. Ich kann ihn fast auswendig, aber er rührt mich jedes Mal aufs Neue zu Tränen.

»In diesen schweren Tagen, in denen jede Stunde neue Möglichkeiten in sich birgt, und auch uns auf die eine oder andere Weise plötzlich trennen kann, ist es mir tiefstes Bedürfnis, Ihnen, meine sehr verehrten Kreyssigs, ein paar armselige Worte des Dankes zurückzulassen«, schrieb sie. »Sie waren sich dabei völlig bewusst, welches Risiko Sie nicht nur für sich, sondern für Ihre gesamte Familie eingingen, und zögerten doch keinen Augenblick mir Hilfe zu leisten. Ich gehörte sofort zu Ihrem Familienkreis, wie jeder, der unter Ihrem Dache weilt … So erlebte ich in Ihrem Hause täglich die lebendige Teilnahme offener Herzen, und weiß nun, dass die große, alles umfassende Nächstenliebe nicht im Bombenhagel starb, sondern wieder einer freien Zukunft entgegen lebt.«

Obwohl ich ihn so oft gelesen habe, fühle ich die gleiche Mischung aus Traurigkeit, Dankbarkeit, Hoffnung und schlussendlich Vertrauen, dass es das Gute auf der Welt gibt. Lothar war ein Mann von höchster Integrität und Menschlichkeit. In dieser Beziehung ist sein Enkel aus dem gleichen Holz geschnitzt.

LOTHARS GESCHICHTE

Erzählt von seinem Enkel Martin Kreyssig, Filmregisseur und Universitätsprofessor, der mit seiner Frau Viola in Hamburg lebt.

Als ich Jenny vor fast 50 Jahren kennenlernte, hatte ich keine Ahnung, dass ich mit ihr eine weitere Schwester bekommen würde, denn genau das ist mein Gefühl ihr gegenüber. Obwohl wir in unterschiedlichen Ländern leben, haben wir eine zuverlässige Freundschaft etabliert, von der ich weiß, dass sie bis ins hohe Alter reichen wird. Auch wenn wir beide bisher keinen Zufluchtsort benötigten, so wie Gertrud, bin ich sicher, wenn das bei einem von uns der Fall wäre, der andere würde ihn zur Verfügung stellen.

Die Geschichte unserer beiden Familien hat mich immer beschäftigt. Ich habe meinen Großeltern viele Fragen gestellt und versucht, etwas über ihre Kriegserlebnisse zu erfahren, aber es war nichts aus ihnen herauszubekommen. Schließlich erfuhr ich durch meine Eltern, dass mein Großvater Gertrud und eine weitere jüdische Frau versteckt hatte. Beide wurden von der Gestapo gesucht.

Ich finde es erstaunlich, dass er nicht nur sein eigenes Leben riskierte, sondern auch das seiner jungen Familie. Aber noch erstaunlicher ist, dass dies nicht der einzige Akt des Mutes oder der Menschlichkeit war. 1940 nutzte mein Großvater, der Richter war, seine juristische Ausbildung, um gegen die *Aktion T4*, das Euthanasie-Programm der Nazis (durch das rund 200.000 Menschen ermordet wurden), vorzugehen. Er erstattete Anzeige wegen Mordes gegen den Verantwortlichen, Reichsleiter Philipp Bouhler, einen hochrangigen Nazi-Funktionär.

Obwohl diese Anzeige abgewiesen wurde – da Bouhler nur Hitlers Direktiven folgte –, gab mein Großvater nicht auf. Mit der Begründung, dass ein Wort des Führers kein Recht schaffe, verbat er den Anstalten in seinem Amtsbereich, Patient*innen an die Nazis auszuliefern. Es wurden Strafverfahren gegen ihn angestrengt; diese scheiterten aber genauso wie ein späterer Versuch der Gestapo, ihn in ein Konzentrationslager zu deportieren. Seine einzige Bestrafung war die Entlassung aus dem Dienst im Jahr 1942, die als »Versetzung in den Ruhestand« deklariert wurde.

Er war eine einsame, jedoch entschlossene und unbeugsame Stimme innerhalb der Justiz, die wahrscheinlich viele Leben rettete. Im Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1968 wurde mein Großvater als ein »unbekannter, gerechter Richter« bezeichnet.

Ich bin ungemein stolz, wenn ich daran denke, wie er sich für diejenigen eingesetzt hat, die das nicht für sich selbst tun konnten, zumal bei seiner Herkunft. Er wurde 1898 in eine nach rechts tendierende bürgerliche Familie in Sachsen geboren und diente im Ersten Welt-

krieg, bevor er Jura studierte. Theoretisch hätte er einen perfekten Nazi abgegeben, aber er lehnte alle Bestrebungen ab, ihn für die Partei zu rekrutieren.

Lothar war immer prinzipientreu und gerecht. Nachdem er 1934 der *Bekennenden Kirche* beigetreten war, stellte er sein Leben ganz in den Dienst Gottes. Ich denke, seine Grundmotivation für alles, was er tat, um Gertrud und so vielen anderen zu helfen, war sein Glauben; dieser gab ihm die Kraft, niemals aufzugeben, egal welche Gefahren damit verbunden waren. Es war auch die die Nazi-Ideologie ablehnende *Bekennende Kirche*, durch die Lothar in Kontakt mit den Untergrundorganisationen kam, die Juden und anderen verfolgten Gruppen halfen.

Johanna und Lothar Kreyssig 1970.

Mein Vater Jochen war 15 Jahre alt, als Gertrud auf den Hof der Familie kam, um dort zu leben. Er erzählte mir einmal, dass sie ohne jede Ankündigung oder Dramatik oder Aufregung auftauchte. Er stellte ihre Anwesenheit nicht infrage, geschweige denn, dass er die Gefahr erkannte, die das für seine Familie bedeutete. Für ihn brauchte sie einfach Arbeit und Obdach. Sie aß mit der Familie, schlief im Hause, arbeitete auf den Feldern. Zuerst wurde Gertrud also ein Teil dieser Gemeinschaft – und nach dem Krieg wurde ihre Familie ein Teil der unseren.

Der Brief, den sie an meine Großeltern, ein paar Tage bevor sie wegging, schrieb, wurde später gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht als Beweis verwendet, dass Lothar nicht vom Krieg profitiert und immer menschlich gehandelt hatte.

Mein Großvater starb 1986 im Alter von 87 Jahren. Wenn ich an ihn denke, bin ich sehr stolz. Er hatte eine unerschütterliche Moral und Zivilcourage, was ihm die Kraft gab, immer das Richtige zu tun. Er war der Meinung, dass es besser sei, sein Leben zu opfern als seine Integrität – sicherlich wurden manche seiner Werte an die nächsten Generationen weitergegeben.

Es gibt ein paar Aspekte, mit denen ich nicht so einverstanden bin: Seine unnachgiebige Entschlossenheit, die Pflicht über alles andere zu stellen, gab ihm eine strenge, unnahbare Präsenz in unserem Leben. Er fand es viel leichter, seine Liebe zu Gott zu zeigen als die zu seiner Familie, und unsere Besuche bei ihm waren immer angespannt.

Dennoch ist er für mich ein beständiges Vorbild, nicht zuletzt wegen seines gemeinnützigen Wirkens. (Später gründete er die Aktion *Sühnezeichen*, die junge Freiwillige zur Mitarbeit in Projekte der Länder entsendet, die unter den Nazis gelitten haben.) Überall in Deutschland gibt es Orte der Erinnerung an ihn, was ihn sicherlich in Verlegenheit bringen würde.

In mancherlei Hinsicht ist die Geschichte von seinem und Gertruds Leben noch gar nicht zu Ende; ich denke, dass Jenny und ich sie fortsetzen, unter anderen und glücklicherweise friedlichen Umständen.

Unsere Eltern waren fest davon überzeugt, dass unsere Familien aufgrund unserer geteilten Vergangenheit zusammengehören. Dem stimme ich mit ganzem Herzen zu. Ich hoffe, dass unsere Familien weiterhin die Geschichte dieser Rettung ehren und an die kommenden Generationen weitergeben.

Meinen Kindern habe ich die Geschichte unserer Großeltern immer wieder erzählt, ich weiß, dass sie sie in ihren Herzen und Köpfen tragen.

Besonders als Junge war ich immer dankbar, keine Nazi-Geschichte erzählen zu müssen. Im Gegenteil, ich konnte eine Geschichte von Widerstand und Hilfe erzählen, und von der Rettung Gertrud Prochowniks, der Großmutter meiner guten Freundin Jenny.

Aufgeschrieben von Xenia Taliotis
Erschienen in »The Telegraph«, London, 8. Mai 2021
Übersetzung aus dem Englischen von Giselind Rinn

Alfreda Noncia Markowska – eine Lebensretterin und Heldin des Rom*nja-Widerstands

Alfreda Noncia Markowska war »die Frau, die mir ein zweites Leben geschenkt hat« – so beschreibt Karol Gierliński die Frau, die ihn und mehr als 50 weitere Kinder vor dem nationalsozialistischen Völkermord rettete. Dabei war Alfreda Markowskas eigenes Leben in dieser Zeit immer wieder in größter Gefahr, da sie selbst Romni war, von den Nationalsozialisten verfolgt und mehrfach verhaftet wurde.

Alfreda Noncia Markowska war eine herausragende Persönlichkeit und gleichzeitig war sie eine außerordentlich bescheidene Frau, die nur wenig über ihr Leben sprach. Ein großer Teil von dem, was in den vergangenen Jahren über sie geschrieben wurde, beruht auf den Schilderungen von Familienangehörigen und von Karol Gierliński, dem Sinto-Jungen, den sie aus dem Zug in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau rettete.

1926 kam Alfreda Markowska bei Stanisławów in Galizien, im damaligen Polen, zur Welt. Noncia war der Spitzname, den Alfreda in ihrer Familie erhielt. Ihre Eltern gehörten zu den Polska Roma, der größten Gruppe der Rom*nja-Minderheit in Polen. Die Familie arbeitete im Pferdehandel und lebte in einem Tabor, einer Gemeinschaft von Rom*nja, die zusammen wohnen und reisen. Alfreda wuchs in einer großen Familie zusammen mit ihren Geschwistern, Eltern, Großeltern, Tanten, Onkeln, Cousins und Cousinen auf.

Als 1939 im von Deutschen besetzten Polen die nationalsozialistische Verfolgung der polnischen Rom*nja begann, war Alfredas Familie in den östlichen, sowjetisch besetzten Gebieten zunächst noch in Sicherheit. Das änderte sich im Juni 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Aus Angst vor der Gewalt ukrainischer Nationalist*innen floh die Familie Richtung Westen. Doch auch dort wurden Rom*nja verfolgt, viele Menschen dieser Minderheit von den Deutschen verhaftet, in Ghettos und Konzentrationslager verschleppt oder in Massenerschießungen ermordet.

Den Winter 1941/42 verbrachte die Familie in der Nähe der Stadt Biała Podlaska. Sie versteckte sich dort am Rande eines Waldes. Die damals 16-jährige Alfreda verließ das Versteck ihrer Familie, um in den umliegenden Dörfern zu arbeiten. Doch in ihrer Abwesenheit wurde ihre Familie von den Deutschen entdeckt und sie ermordeten alle Angehörigen.

Alfreda floh und schloss sich im 60 Kilometer entfernten Rozwadów, heute ein Vorort der Stadt Stalowa Wola im Südosten Polens, einer Gruppe von Rom*nja an. Ein Jahr später heiratete sie. Mehrmals wurden Alfreda und ihr Mann Gucio in Ghettos und Zwangsarbeitslagern festgehalten, doch gelang ihnen immer wieder die Flucht. In Rozwadów wurden sie schließlich mit anderen Rom*nja als Zwangsarbeiter*innen an

der Bahn eingesetzt. Sie verlegten Bahnschienen, warteten Gleise und erledigten kleinere Reparaturarbeiten. Immer wieder hielten auf der Bahnstrecke Züge, die auf dem Weg in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Belzec waren. Eines Tages drückte ihr eine Frau aus dem Zug ein Kind in den Arm. Es war ein vierjähriger Junge mit dem Namen Karol Gierliński, sein Spitzname war Parno. Alfreda kümmerte sich um ihn und stellte den Kontakt zu seiner Großmutter her, die in der Nähe von Posen lebte. So überlebte Karol, doch seine Mutter, eine Sintezza, starb in Auschwitz.

Ob Karol das erste Kind war, dem Alfreda ein zweites Leben schenkte, ist nicht bekannt, aber er war nicht das einzige. Immer wieder fuhr Alfreda zu Orten, an denen Massenerschießungen stattgefunden hatten und suchte nach Überlebenden. Sie holte Kinder aus Zügen, die in die Vernichtungslager fuhren. Dann versteckte sie die Kinder bei befreundeten Familien, bei Bekannten und manchmal auch in den Baracken der Zwangsarbeiter*innen. In einigen Fällen konnte sie die Kinder zu ihren überlebenden Verwandten bringen. In anderen Fällen nahm sie die Kinder selbst auf. Sie wuchsen gemeinsam mit ihren fünf leiblichen Kindern auf. Wie vielen Kindern sie das Leben gerettet hat, zählte Alfreda nicht.

Alfreda Markowska 2012. Foto: Chad Evans Wyatt/RomaRising.

Alfreda Markowska, ihr Mann Gucio und ihre Kinder überlebten den Völkermord. Als die polnische Regierung 1964 Rom*nja mit zunehmender Gewalt zur Sesshaftigkeit zwang, ließ Alfreda sich in Gorzów Wielkopolski nahe der deutsch-polnischen Grenze nieder. Davon, wie sie zahlreiche jüdische und Romani-Kinder vor dem Tod gerettet hatte, erzählte sie niemandem.

Erst Jahrzehnte später entschied Karol Parno Gierliński sich, öffentlich über die Geschichte seiner Rettung zu sprechen. Damit bekamen Alfreda Markowskas beispiellose Rettungsaktionen erstmals öffentliche Anerkennung. Karol suchte nach den anderen Kindern, die Alfreda gerettet hatte. Mehr als 50 Kinder konnten gefunden werden. Als erste Romni in der polnischen Geschichte erhielt Alfreda Markowska 2006 den Orden Polonia Restituta. In einer feierlichen Zeremonie überreichte der Präsident ihr die zweithöchste zivile Auszeichnung des polnischen Staates.

Am 30. Januar 2021 starb Alfreda Noncia Markowska im Alter von 93 Jahren. Für das erlittene Leid wurde sie von Deutschland nicht entschädigt. Alfreda Markowska hinterlässt eine große Familie mit vielen Nachkommen. Ihre Geschichte ist heute ein wichtiger Teil der Erinnerung an die Verfolgung und den Widerstand von Rom*nja im Nationalsozialismus.

Clara Tamir-Hestermann und Sara Spring sind Projektkoordinatorinnen des ASF-Arbeitsbereichs *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft*.

Die vielen Leben der Sophie Scholl

Freiheitskämpferin, Heilige, grüne Feministin: Jede Zeit machte sich ein eigenes Bild von ihr. Was bleibt von Sophie Scholl, die am 9. Mai 100 Jahre alt geworden wäre?

Maximilian Probst

Kurz war das Leben der Sophie Scholl, es umfasste nur 21 Jahre. Lang ist schon jetzt ihr Nachleben im kulturellen Gedächtnis.

Ihr kurzes Leben wurde wieder und wieder erzählt, von Zeitzeug*innen, Historiker*innen, Jounalist*innen, Autor*innen und Filmemacher*innen. Allein zu ihrem jetzt anstehenden 100. Geburtstag am 9. Mai sind zwei neue Biografien erschienen. Dabei sind die wesentlichen Quellen längst erschlossen, neue werden kaum hinzukommen.

Das lange Leben der Sophie Scholl dagegen, das nach ihrem Tod unter dem Fallbeil am 22. Februar 1943 beginnt, ist vergleichsweise unerschlossen. Wie wurde Sophie Scholl, die erst spät zur *Weißen Rose* stieß, zum Gesicht dieser Widerstandsgruppe, ja zum Gesicht des deutschen Widerstands schlechthin, wenn nicht gleich zur berühmtesten Frau der deutschen Geschichte?

Eine Antwort darauf kann Thomas Hartnagel geben. Er ist der Sohn von Fritz Hartnagel, dem langjährigen Freund von Sophie Scholl. Bis zuletzt schrieb das Paar sich lange Briefe, die der Sohn nach dem Tod des Vaters gegen dessen Willen herausgegeben hat. Thomas Hartnagel ist aber nicht nur familiär verbunden mit Sophie Scholl, er ist auch vom Fach, hat Geschichte studiert und 40 Jahre lang an einem Hamburger Gymnasium unterrichtet. »Wenn Inge nicht ihr Buch geschrieben hätte«, sagt er, »dann wäre auch Sophie Scholl, wie so viele andere Widerstandskämpfer, heute vergessen.«

Inge ist Sophies älteste Schwester und die Tante von Thomas Hartnagel, dessen Vater nach dem Krieg Elisabeth Scholl, die mittlere Schwester, heiratete. »Ihr Buch«, das ist die 1952 erschienene erste Darstellung der Münchner Widerstandsgruppe. Unter dem schlichten Titel »Die Weiße Rose« erreichte sie ein weites Publikum und prägt bis heute die Sicht auf deren Geschichte. Den Plan, das Buch zu schreiben, fasste Inge Scholl bereits, als sie nach der Hinrichtung ihrer Geschwister in Sippenhaft genommen wurde.

Sophie Scholl 1938.

Im Mittelpunkt ihrer Schilderung steht das Geschwisterpaar. Wie sie aufwuchsen, als Jugendliche dem Nationalsozialismus auf den Leim gingen, sich in der HJ und dem BDM engagierten, bevor sie Distanz dazu gewannen und den christlichen Glauben entdeckten. Vom Widerstand erzählt Inge Scholl dann überwiegend aus Sicht von Sophie: Sie stößt zu den Lektüreabenden des Freundeskreises, entdeckt ein Flugblatt, vermutet ihren Bruder dahinter und wird zur Beteiligten. Schließlich folgt, als Höhepunkt des Buches, die Lichthofszene, in der Hans und Sophie die Flugblätter in der Münchner Universität abwerfen, dann die Festnahme, die Verhöre, die Verurteilung zusammen mit Christoph Probst vor dem Volksgerichtshof. Mit einem Ausblick auf den zweiten Prozess, in dem die Mitstreiter Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber, der Philosophieprofessor, zum Tode verurteilt werden, endet das Buch.

Dass es in der jungen Bundesrepublik so großen Anklang fand, hatte, wie die Historikerin Christine Hikel in ihrer Dissertation zur Rezeptionsgeschichte der *Weißen Rose* zeigt, im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen betonte Inge Scholl, dass es den Geschwistern vor allem um Freiheit gegangen sei. Im Kalten Krieg war das auch gegen die DDR gerichtet, die den Widerstand der Scholls früh vereinnahmte und damals bereits eine erste Schule nach Sophie Scholl benannt hatte.

Zum anderen schilderte Inge Scholl ihre Geschwister als Märtyrer im Namen einer höheren Moral, die in der Nachfolge Christi ihr Leben gaben, um »das deutsche Volk zu versöhnen, seine Geschichte zu heilen«. So etwas las man nach Kriegsende gern: Auf der einen Seite Hitler und seine Schergen – eine ungebildete Verbrecherclique, die aus dem Nichts erschien und die Massen verführte. Auf der anderen die *Weiße Rose*, die in ihren Flugblättern Schiller, Goethe und Novalis zitierte und damit verbürgte, dass es immer auch ein »anderes Deutschland« gegeben hatte, geprägt durch christliche Innerlichkeit und einen kulturell verankerten Idealismus. Ob diese deutsche Tradition Hitler auch mit ermöglicht hat, musste sich da niemand fragen. So konnte es auch entlastend wirken, Hans' und Sophies zu gedenken. Es ist ein Muster, das sich über die Jahrzehnte wiederholt: Jede Zeit entdeckt an Hans und Sophie Scholl, was ihr am besten ins Bild passt. Sophie Scholl ist dadurch zu einem Mythos geworden, der oft mehr über die Hoffnungen, Befindlichkeiten und Ängste der Deutschen verrät als über ihre Person selbst.

Thomas Hartnagel, der Neffe von Inge Scholl, erinnert sich, dass er schon als Jugendlicher den Eindruck hatte, das Buch seiner Tante konzentriere sich viel zu sehr auf das Geschwisterpaar. »Um die Freunde ging es nur am Rande, dabei war doch Sophie Scholl eigentlich eine Randfigur.«

»WIR WOLLEN LEBEN, UM HANDELN ZU KÖNNEN«

Das sahen auch andere so. Im Jahr der Revolte 1968 erschien das Buch »Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern«, die erste Gesamtdarstellung des Widerstandskreises, verfasst von dem jungen Historiker Christian Petry – kein Erinnerungsbuch, sondern eine wissenschaftliche Arbeit. Petry rückte Hans Scholl und Alexander Schmorell in den Mittelpunkt und nahm auch den weiteren Personenkreis bis hin zum Hamburger Zweig der *Weißen Rose* in den Blick. Sophie Scholls Bedeutung schrumpfte in dieser Sichtweise stark zusammen.

Das Buch löste einen Eklat aus. Inge Scholl sprach Petrys Darstellung jede Legitimität ab und erkannte ihre Geschwister, denen Petry vorwarf, ihren Mut zu einem todesverachtenden Leichtsinn übersteigert zu haben, nicht wieder. Die Reaktion seiner Tante sei verheerend gewesen, sagt Thomas Hartnagel heute: »Man darf als Angehöriger nicht Zensor spielen, muss zulassen, dass Historiker ihre eigene Sicht haben.«

Für Aufregung sorgte Petry vor allem, weil er den Widerstand der *Weißen Rose* ganz anders bewertete als gewohnt. Er scheute sich nicht, von einem Scheitern zu sprechen. Gerade das Abwerfen der Flugblätter in den Lichthof der Universität zeigte für ihn, dass die Geschwister Scholl nicht in der Lage waren, die Situation, in der sie wirkten, politisch vernünftig einzuschätzen. Petry deutete die Aktion als einen willentlichen Opfergang, der unabgesprochen erfolgte und den Rest der Gruppe mit in den Tod riss. Dahinter entdeckte er eine unselige Tradition – die des deutschen Bürgertums, das, entmutigt von der gescheiterten Revolution von 1848, zu der Ansicht gelangt sei, Politik sei »schmutzig«, eine hehre Gesinnung hingegen alles.

Während man in den 1950er-Jahren den Idealismus Goethes und Schillers durch Hans und Sophie bewahrt sah, lag für Petry just im deutschen Hang zu Idealismus und Innerlichkeit der tiefere Grund für die Unfähigkeit des Bürgertums, Hitler zu verhindern. Moralisch sei die Tat der Scholls aus der Geschichte nicht wegzudenken, folgerte Petry, politisch aber lasse sich nicht an sie anschließen. Die Gegenwart verlange nach anderen Antworten: Auf den Straßen demonstrierten die Studenten gegen den Vietnamkrieg und die Unterjochung der Dritten Welt.

Von 1968 an wurde es für einige Jahre still um Hans und Sophie Scholl. Fälschlicherweise hat man das auch Christian Petry angelastet. Dabei hatte der das Erinnern keineswegs abwürgen, sondern ihm

Von links: Christoph Probst, Sophie Scholl und Hans Scholl im Sommer 1942.

lediglich eine neue Richtung geben wollen. Eine unkritische Glorifizierung lehnte er ab – während den sich radikalisierenden Studenten nach Che Guevaras Tod ein neuer Opfermythos durch die Köpfe spukte. In einem Essay, den der *stern* kurz vor Erscheinen des Buches druckte, wandten sich Petry und sein Freund Vincent Probst, der Sohn von Christoph Probst, gegen jede Form von opferbereitem Heroismus. Der Text gipfelte in dem Satz: »Wir wollen leben, um handeln zu können.« Letztlich zielte Petry, selbst Student, darauf ab, der revoltierenden Jugend den Weg zu einer wohlüberlegten Opposition zu weisen und ihr, mit Rudi Dutschke, den »Marsch durch die Institutionen« zu empfehlen, für den Hans und Sophie Scholl kaum als Vorbilder taugten.

Einer, der diesen Marsch auf sich genommen hat, ist Hermann Vinke. 1968 gründete er im beschaulichen Papenburg mit Gleichgesinnten eine außerparlamentarische Gruppe. In den 1980er-Jahren war er ARD-Auslandskorrespondent und Programmdirektor bei Radio Bremen. Vinke gilt in der Rezeptionsforschung zur *Weißen Rose* als entscheidend für die Neuentdeckung von Sophie Scholl.

1979 führte er lange Gespräche mit Inge Scholl und Fritz Hartnagel, der sich bis dahin kaum über seine Freundin geäußert hatte. Über die beiden bekam Vinke auch Zugang zu Fotos von Sophie und ihren Freunden, zu Briefen, Tagebucheinträgen und Zeichnungen, die Hans' Schwester als eine künstlerisch begabte, äußerst kluge und emanzipierte junge Frau zeigten.

Vinke machte aus dem Material ein ergreifendes Jugendbuch in Form einer Collage, das 1980 unter dem Titel »Das kurze Leben der Sophie Scholl« erschien. Es ist die erste Einzelveröffentlichung zu einem Mitglied der *Weißen Rose*, und so fragt sich Vinke gleich im ersten Satz: »Kann man über Sophie Scholl allein überhaupt schreiben? Gehören die Geschwister Hans und Sophie nicht zusammen?« Natürlich täten sie das, schreibt Vinke, zugleich aber sei Sophie äußerst eigenständig gewesen, wie ihre Briefe und Tagebucheinträge belegten. Sie seien von einer Tiefe, »die beim Leser Distanz kaum noch zuläßt«.

In seinem Haus am Rande Bremens erzählt Vinke, dass ihm Sophie Scholl als »das Herz der Weißen Rose« erschienen sei. Besonders berührt habe ihn »ihre Nähe zur Natur – das, was wir heute unter der Dachmarke Grün verstehen«. Die Fotos im Buch zeigen Sophie, wie sie an einer Birke lehnt oder mit gerafftem Rock in einem Teich steht, mit einem Kurzhaarschnitt, der genauso in die 1920er-Jahre zurückweist, wie er auf die Gegenwart vorausdeutet. Sophie Scholl als junge, grüne, unangepasste Feministin – das war das Identifika-

tionsangebot, das Vinke seinen jungen Leserinnen machte. Viele von ihnen erkannten sich in der aufwachsenden Sophie wieder. Und es waren tatsächlich überwiegend Leserinnen. Das Buch erschien in der Reihe »Mädchen & Frauen« des Otto Maier Verlags Ravensburg. Aber wie kam Hermann Vinke überhaupt auf Sophie Scholl?

WEIT ÜBER DEUTSCHLAND HINAUS BEKANNT IST SIE OHNEHIN

Wie so oft stand auch in diesem Fall hinter einem klugen Mann eine mindestens so kluge Frau: die Verlegerin Elisabeth Raabe. Am Telefon erzählt sie, wie sie im konservativen Ravensburger Verlag ein feministisches Jugendprogramm entwickelte.

Sie selbst kam 1977 über einen Umweg zu Sophie: über »Hitler – Eine Karriere«, einen Dokumentarfilm des Journalisten und Hitler-Biografen Joachim Fest, der eine heftige Kontroverse auslöste, weil die Hitler-Aufnahmen dem Propagandamaterial der Wochenschauen entnommen waren. Elisabeth Raabe war von dem Film fasziniert und verstört zugleich: »Er hat mir gezeigt, wie wenig ich von der NS-Geschichte wusste.« Kurz darauf verlegte sie (deren Geschichtsunterricht, wie sie erzählt, mit dem Jahr 1918 geendet hatte) eine Hitler-Biografie für junge Leser. Von dort war es nicht weit zu der Idee, ein Buch über Sophie Scholl herauszubringen.

Mit einem Film hatte wenig später auch der Erfolg von Vinkes Scholl-Biografie zu tun: 1979 kam die amerikanische Serie »Holocaust« ins deutsche Fernsehen. Die Geschichte der fiktiven Familie Weiss lenkte den Blick des deutschen Publikums über Wochen auf die Schicksale der jüdischen Opfer – der Beginn einer erinnerungspolitischen Wende, in deren Folge auch das Interesse an anderen Einzelschicksalen neu erwachte. Vinkes Buch über Sophie Scholl erschien genau zur rechten Zeit.

1982 liefen dann gleich zwei deutsche Kinofilme über die Münchner Studenten an. Beide, Michael Verhoevens »Die Weiße Rose« und Percy Adlons »Fünf letzte Tage«, knüpften an Vinke an, indem sie Sophie Scholl zum Herzen des Widerstands machten. 2005 folgte Marc Rothemunds »Sophie Scholl – Die letzten Tage«, der als deutscher Vorschlag für den Oscar eingereicht wurde. Hollywood selbst hat sich der Scholl-Geschichte noch nicht angenommen. Doch das dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Weit über Deutschland hinaus bekannt ist sie ohnehin – was keiner besser weiß als Umberto Lodovici: Der Philosoph arbeitet zurzeit an einer internationalen Rezeptionsgeschichte der *Weißen Rose*.

Auf einem Spaziergang in München entlang der Isar, vorbei an der Villa von Thomas Mann, der in seinen Radioansprachen aus den USA die widerständigen Studenten schon kurz nach deren Hinrichtung ehrte, erzählt der 40-Jährige, wie die *Weiße Rose* und Sophie Scholl in den USA, in Frankreich und in Italien wahrgenommen wurden. Wie 1943 in New York auf einer Gedenkfeier für die ermordeten Studenten unter anderem Eleanor Roosevelt und die schwarze Bürgerrechtlerin Anna Arnold Hedgeman sprachen. Wie in Frankreich das Andenken der *Weißen Rose* seit den 1960er-Jahren zur Versöhnung mit Deutschland diente. Wie 1985 im italienischen Marzabotto, wo die Waffen-SS eines ihrer schlimmsten Massaker in Westeuropa verübte, im Beisein von Inge Scholl die *Piazza Hans e Sophie Scholl* eingeweiht wurde. Und wie Politiker von Altiero Spinelli bis zum heutigen Präsidenten des EU-Parlaments David Sassoli die *Weiße Rose* für das europäische Einigungsprojekt entdeckten.

Sophie Scholl, sagt der gebürtige Venezianer Lodovici, sei zu einem Menschheitssymbol geworden. Das habe auch seine Tücken. Erinnerung brauche Verortung.

In der Franz-Joseph-Straße, wo Hans und Sophie Scholl zuletzt gewohnt haben, zeigt Lodovici auf eine Gedenktafel. Dann spielt er auf seinem Mobiltelefon ein Video ab, eine Szene aus dem Blockbuster »Der Untergang« über die letzten Tage im Führerbunker. Auftritt Traudl Junge, eine von Hitlers Sekretärinnen. »Eines Tages«, erzählt sie, »bin ich an der Gedenktafel vorbeigegangen, die für die Sophie Scholl an der Franz-Joseph-Straße befestigt war, und da hab ich gesehen, dass sie mein Jahrgang war und dass sie in dem Jahr, als ich zu Hitler kam, hingerichtet worden ist. Und in dem Moment hab ich gespürt, dass das keine Entschuldigung ist, dass man jung ist.«

Man möchte diesen Satz all jenen mit auf den Weg geben, die sich heute wie »Jana aus Kassel« auf *Querdenker*-Demos im Widerstand wähnen und mit Sophie Scholl vergleichen. Doch Umberto Lodovici will auf etwas anderes hinaus: Wir sollten Sophie Scholl nicht einfach nur zum Bewahren des Status quo nutzen, und sei es zur Verteidigung der liberalen Demokratie. Was Traudl Junge vor dem Wohnhaus der Scholl-Geschwister widerfahren sei, nennt er »das Erwachen des Gewissens«. Wir müssten uns hier und jetzt fragen, ob nicht auch wir Teil eines Problems sind. Ob es nicht eine andere, bessere, gerechtere Welt geben könnte, für die es zu kämpfen lohnt. »Sonst«, sagt er, »machen wir es uns mit Sophie Scholl zu leicht.«

Maximilian Probst, Journalist und Autor, ist ein Enkel des Widerstandskämpfers Christoph Probst und Mitglied der 1987 gegründeten *Weiße Rose Stiftung*.

Erstabdruck in der ZEIT am 29. April 2021

Galina Romanowa

Galina Fjodorowna Romanowa (1918–1944)

Zwangsarbeiterin und Ärztin in der Widerstandsgruppe *Europäische Union*

Galina Fjodorowna Romanowa wurde am 25. Dezember 1918 bei Dnipropetrowsk in der Ukraine geboren. Als Jugendliche schloss sich die Tochter eines Dorfschmieds der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei an. Dort wurde sie 1937 ausgeschlossen, nachdem ihr Vater vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet worden war. Ihr Medizinstudium konnte sie wegen des Krieges zunächst nicht fortsetzen. Erst während der deutschen Besatzung schloss sie ihr Studium ab.

Unmittelbar danach, am 1. Juli 1942, wurde Galina Romanowa mit 108 anderen Ärztinnen und Ärzten zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet verschleppt. In brandenburgischen Barackenlagern in Wildau und Oranienburg behandelte die Ärztin Zwangsarbeiter*innen. In dieser Zeit versuchte sie auch mit mehreren Gleichgesinnten sowjetische Zwangsarbeiter*innen für Widerstandsaktivitäten zu organisieren.

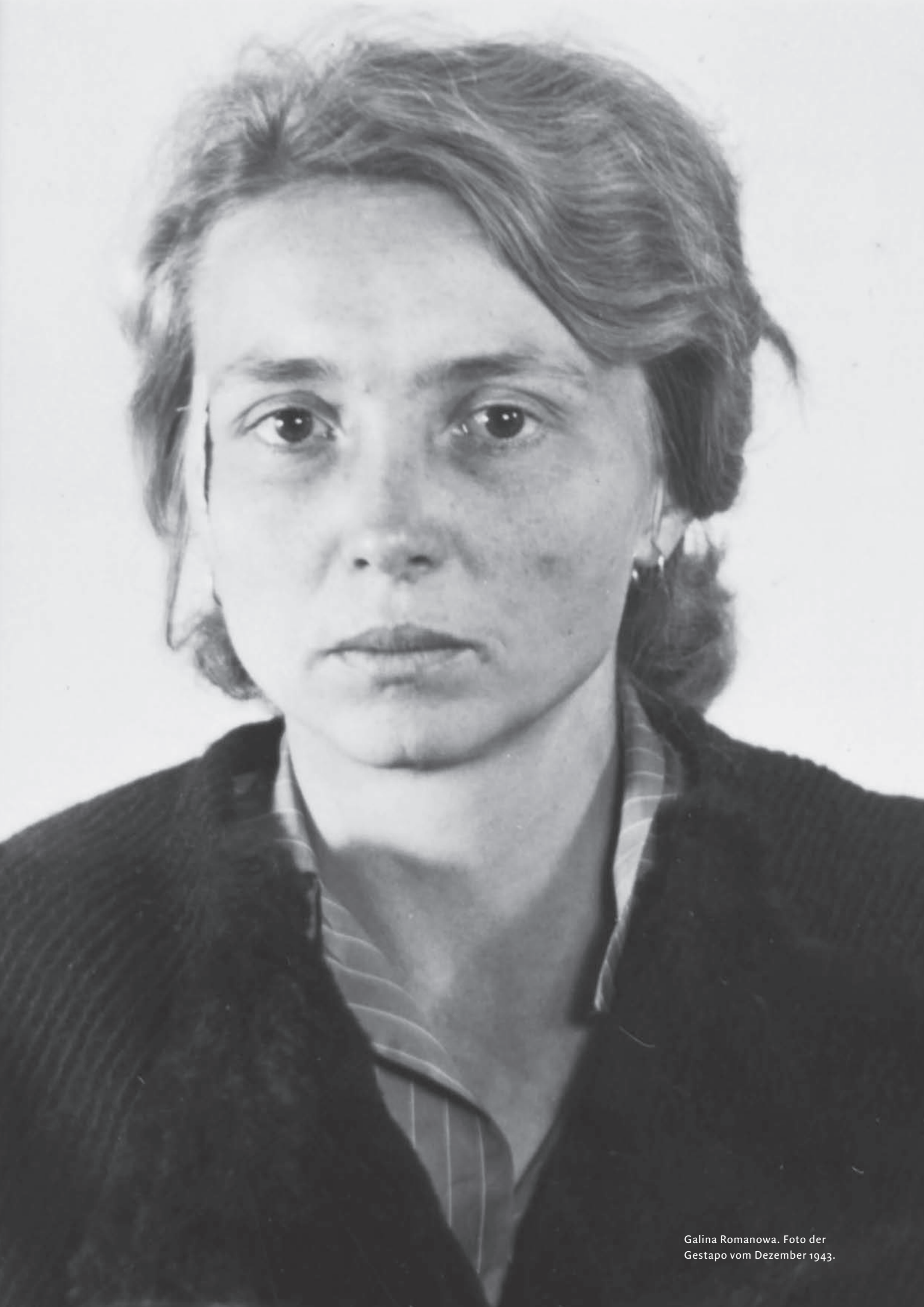
Über einen Mittelsmann erhielt Galina Romanowa Kontakt zu dem Berliner Arzt Georg Groscurth. Groscurth, Mitbegründer der Widerstandsgruppe *Europäische Union*, versorgte sie mit Medikamenten, die sie für die medizinische Versorgung erkrankter Zwangsarbeiter*innen brauchte. Die *Europäische Union* wollte ein Netzwerk von Einzelgruppen verschiedener west- und osteuropäischer ausländischer Zivil- und Zwangsarbeiter*innen aufbauen.

Nachdem Groscurth und andere deutsche Mitglieder der *Europäischen Union* Anfang September 1943 von der Gestapo verhaftet worden waren, versuchten Galina Romanowa und ihre Gruppe Kontakt zu den Alliierten aufzunehmen.

Am 6. Oktober 1943 wurde auch Galina Romanowa verhaftet und in das Berliner Frauengefängnis Barnimstraße eingesperrt. Wegen ihrer Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe *Europäische Union* wurden sie und alle anderen Mitglieder vor dem Volksgerichtshof angeklagt. Mit 13 anderen Angehörigen der *Europäischen Union* verurteilten die Nazi-Richter Galina Romanowa zum Tode.

Mehrere Gnadengesuche, die sie während der Haft einreichte, wurden abgelehnt. Am 3. November 1944 wurde die damals 25-Jährige im Gefängnis Berlin-Plötzensee mittels Guillotine ermordet.

Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit



Galina Romanowa. Foto der Gestapo vom Dezember 1943.

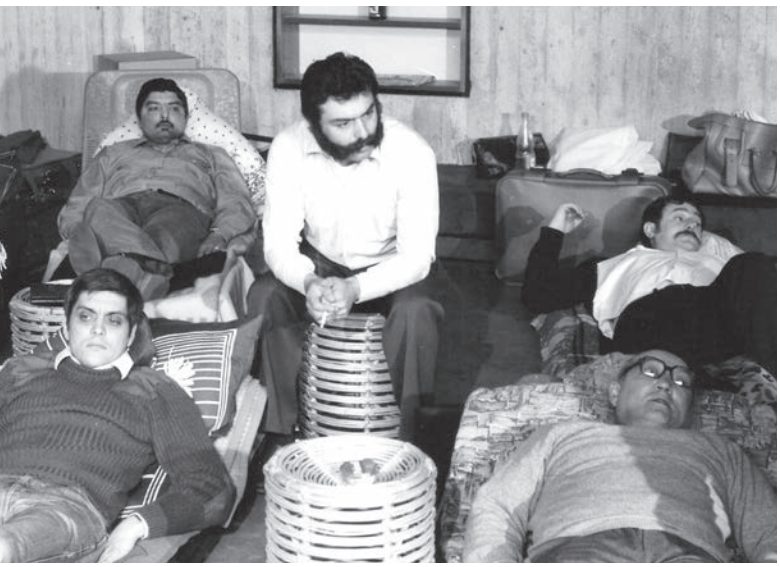
Hungerstreik von Überlebenden der Sinti in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Ein Meilenstein der Bürger*innenrechtsbewegung der Sinti*zze und Rom*nja

Sara Spring

Jakob Bamberger, Ranco Brantner, Hans Braun und Franz Wirbel, vier Überlebende des nationalsozialistischen Völkermordes, protestierten gemeinsam mit weiteren Angehörigen der Sinti im April 1980 mit einem Hungerstreik in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau gegen den institutionellen Rassismus in der bayrischen Polizei.

Der Sinto Jakob Bamberger war 1941 auf der Flucht nach Prag verhaftet worden. 1944 wurde er im Konzentrationslager Dachau von der SS in Meereswasserversuchen für medizinische Experimente missbraucht. Später musste Bamberger in der Flugzeugproduktion Zwangsarbeit leisten. Die Befreiung erlebte er auf einem Häftlingstransport von Buchenwald in das KZ Flossenbürg.



Die Hungerstreikenden: vorne links Romani Rose, in der Mitte Jakob Bamberger.

Trotz erheblicher Gefahr für ihre Gesundheit entschieden Jakob Bamberger und seine Mitstreiter sich an Ostern 1980 für den radikalen Akt des Hungerstreiks, um an dem historischen Ort des KZ Dachau auf die Kontinuitäten der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik in der BRD aufmerksam zu machen. Zentrale Forderungen der Hungernden waren die offizielle Anerkennung des NS-Völkermords und die Herausgabe der Polizeiakten der ehemaligen Münchner »Landfahrerzentrale«, die – entgegen der beharrlichen Leugnung des bayrischen Innenministeriums – auf rassistischen Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus basierten.

Jahrzehntelang hatten personelle und ideologische Kontinuitäten in Justiz und Polizei zu einer zweiten Verfolgung geführt, indem die Behörden Sint*ezze und Rom*nja systematisch diskriminierten. Sie verwehrten den Überlebenden eine Anerkennung der rassistischen Verfolgung sowie eine persönliche Entschädigung für erlittenes Unrecht. 1956 lehnte der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil ab, Überlebenden eine Entschädigung für ihre Verfolgung vor 1943 zu zahlen, und zwar mit einer Begründung, die nationalsozialistische Stigmatisierungen von Angehörigen der Minderheit als »Kriminelle« reproduzierte. Auf diffamierende Weise wurden Sint*ezze und Rom*nja von den deutschen Behörden auf Grundlage der NS-Akten kriminalisiert. In der deutschen Öffentlichkeit gab es auch nach dem Ende des Nationalsozialismus keinen Platz für die leidvollen Erfahrungen der Verfolgung und des Völkermordes an den Sint*ezze und Rom*nja.

Dagegen protestierten die Betroffenen seit den 1970er-Jahren mit zunehmend öffentlich wahrnehmbarer Stimme. Der *Verband Deutscher Sinti*, die Vorgängerorganisation des *Zentralrats Deutscher Sinti und Roma*, veröffentlichte in seinen Recherchen zahlreiche Fälle, in denen NS-Akten nach 1945 für die polizeiliche Verfolgung von Sint*ezze und Rom*nja und die Verweigerung der Entschädigungsansprüche von Überlebenden herangezogen wurden (VDS, Presseerklärung, 25. Februar 1980).

Um der Forderung nach der Herausgabe der besagten Akten und einer Entschädigung der Überlebenden Nachdruck zu verleihen, entschieden sich zwölf Bürger*innenrechtler der Sinti am 4. April 1980, in den Hungerstreik zu treten. Sie nahmen damit ein erhebliches Risiko für ihre körperliche und psychische Gesundheit in Kauf. Unterstützt wurden die Hungernden von Sint*ezze und Rom*nja, die aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten. Parallel organisierten Bürger*innenrechtler*innen aus der Minderheit in verschiedenen Städten Solidaritätsveranstaltungen zur Bekräftigung der politischen Ziele des Dachauer Protests.

Durch eine professionelle Kampagnen- und Medienarbeit mit der Unterstützung der *Gesellschaft für bedrohte Völker* gelang es den Streikenden unter hohem persönlichen Einsatz, den Anliegen der Minderheit erstmals in einer größeren deutschen und auch internationalen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Mehrere Hundert Journalist*innen berichteten über die Aktion. Auch *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* unterstützte den Protest durch Solidaritätsbekundungen, Pressearbeit und Präsenz mit Freiwilligen in der Evangelischen Versöhnungskirche vor Ort.

Der Rückblick auf die mediale Berichterstattung und die zahlreichen Unterstützer*innenbriefe zeigt uns heute aber auch, wie selbst die Sprache der Wohlwollenden von stereotypen Bildern und diskriminierender Wortwahl geprägt war. Die Filmemacherin und Tochter einer Überlebenden Melanie Spitta, die gemeinsam mit anderen Sint*ezze die Dachauer Hungerstreikenden vor Ort unterstützte, stellte in einem politischen Kommentar zu den Ereignissen dar, wie »gut gemeinte Hilfe« rund um den Hungerstreik auch Abhängigkeiten und Vorurteile reproduziert (Melanie Spitta, Ich wende mich entschieden gegen Bevormundung, Courage, Ausgabe 6, 1981).

Nach zähen Verhandlungen mit dem bayrischen Innenministerium und dem Landtag beendeten die Hungernden am achten Tag, dem 11. April 1980, ihren Streik. Obwohl ihre politischen Forderungen zunächst nur teilweise erfüllt wurden, kann der Hungerstreik aufgrund seiner wegweisenden Wirkung für die Bürger*innenrechtsbewegung der Sint*ezze und Rom*nja als Meilenstein auf dem Weg zur politischen Anerkennung gedeutet werden. Am 17. März 1982 spricht der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eine offizielle Anerkennung des rassistischen Charakters des NS-Völkermordes an den Sint*ezze und Rom*nja aus und betont auch die Verpflichtung der BRD zu einer Entschädigung der Opfer.

Diese Anerkennung war ein wichtiger Erfolg. Für ein Umdenken in Politik und Gesellschaft waren jedoch weitere Protestaktionen der Bürger*innenrechtsbewegung erforderlich, etwa die Besetzung des Tübinger Universitätsarchivs, um die Herausgabe der NS-Akten zu erzwingen, oder die Demonstration mit Überlebenden vor dem Bundeskriminalamt gegen die polizeiliche Sondererfassung. Und der Fall von Racial Profiling in der Berliner Polizeilichen Kriminalstatistik aus dem Jahr 2017 macht deutlich, wie sich die Kontinuitäten behördlicher Diskriminierung von Sint*ezze und Rom*nja bis in unsere Gegenwart ziehen.

Kranzniederlegung zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma zu Beginn des Hungerstreiks in Dachau am 4. April 1980.

Der Dachauer Hungerstreik nahm aufgrund seiner großen Öffentlichkeitswirksamkeit auch eine Vorbildfunktion für spätere Protestaktionen ein. So protestieren 1993 in den KZ-Gedenkstätten Neuengamme und Dachau geflüchtete und von Abschiebung bedrohte Rom*nja gegen die Verschärfung der deutschen Asylpolitik. Die Auswahl des Protestorts war ein Appell an eine besondere deutsche Verantwortung für Angehörige der Minderheit. 2016 wählten protestierende Rom*nja mit dem Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma einen zentralen Erinnerungsort an den Völkermord, um in unmittelbarer Nähe zum Bundestag gegen die Politik der pauschalen Ablehnung von Asylanträgen von Menschen aus sogenannten »sicheren Herkunftsstaaten« zu demonstrieren. Doch konnten diese späteren Protestaktionen nicht an den medialen Erfolg des Dachauer Vorbildes anknüpfen.

Der Dachauer Hungerstreik nimmt heute einen unverrückbaren Platz in der Erinnerungskultur der deutschen Geschichte der Sint*ezze und Rom*nja ein. Beispiellos steht er für einen symbolträchtigen Akt der Selbstermächtigung der Bürger*innenrechtsbewegung der Sint*ezze und Rom*nja gegen die herrschenden politischen Machtverhältnisse. Damit stieß der Protest auch eine Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung der Minderheit an: nicht als vermeintlich homogenes Kollektiv, sondern als handelnde Akteur*innen mit individuellen Biografien und gesellschaftlichen Positionierungen.

Sara Spring ist Projektkoordinatorin des ASF-Arbeitsbereichs *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft*.

Nizaqete Bislimi

Durch die Wand – von der Asylbewerberin zur Rechtsanwältin

Als Nizaqete Bislimi 1993 aus dem Kosovo nach Deutschland kam, war sie 14 Jahre alt. Sie war voller Wissensdrang, wollte schnell die neue Sprache lernen und wieder zur Schule gehen. Mit ihrer Mutter, ihren zwei Schwestern und den zwei jüngeren Brüdern war es ihr gelungen, aus dem Kosovo zu fliehen. Dort standen zu diesem Zeitpunkt alle Zeichen auf Krieg. Als Angehörige der Rom*nja-Minderheit erlebten sie bereits vor dem Kriegsausbruch zunehmende Diskriminierung und Ausgrenzung. Doch obwohl sich die Gewalt im Kosovo immer wieder gezielt gegen Rom*nja richtete, wurde das Asylgesuch der Familie in Deutschland abgelehnt. Die Familie erhielt nur eine Duldung.

Jahrelang lebte sie mit ihrer Familie in Flüchtlingsunterkünften, erst zu sechst in einem einzelnen Zimmer, wo sie von Kakerlaken und Schimmel geplagt wurden, dann für viele Jahre in einer winzigen Zweizimmerwohnung in einem Container neben der Autobahn. Trotzdem schaffte Nizaqete es, zielstrebig Deutsch zu lernen, auf der Gesamtschule angenommen zu werden und schließlich, als Drittbeste ihres Jahrgangs, erfolgreich das Abitur zu bestehen.

In dieser Zeit begleitete sie ein ständiges Gefühl der Zerrissenheit zwischen den Welten: Von ihrem Vater, der ihnen erst fünf Jahre später nach Deutschland folgte, erfuhr sie von den gewaltvollen Ereignissen im Kosovo. In der Schule versuchte sie ein »ganz normales Leben« zu führen, dazuzugehören, Akzeptanz zu finden. Zu Hause, im Flüchtlingsheim, herrschte immerzu die Sorge um den Aufenthaltsstatus, denn die Duldung wurde stets nur für wenige Monate verlängert. Jeden Abend ging die Familie mit der Angst zu Bett, nachts abgeholt und abgeschoben zu werden – eine Praxis der deutschen Behörden, die auch viele andere Familien aus dem Kosovo in dieser Zeit erleben mussten.

Die Rechtsunsicherheit war ein ständiger Begleiter. Während ihre Schulfreund*innen nach dem Abitur von Studium, Führerschein, eigener Wohnung, vielleicht einem Jahr im Ausland träumten, war Nizaqete konfrontiert mit der Perspektivlosigkeit der Duldung: Sie wollte sich um eine Ausbildung zur Hotelfachfrau bewerben, doch ihr Antrag auf die dafür notwendige Beschäftigungserlaubnis wurde abgelehnt. Als der Berufsberater, der zu ihr in die Schule kam, ihre Duldungspapiere sah, sagte er: »Heirate, Mädel! Sonst hast du keine Chance.« Fast hätte sie sich davon einschüchtern lassen.

Doch entgegen allen Hindernissen wollte Nizaqete weiterlernen und vor allem wollte sie das Rechtssystem und die Bürokratie verstehen, die ihr so viele Steine in den Weg legten. Selbst mit ausgezeichneten Deutschkenntnissen schien es unmöglich, all die Briefe zu verstehen, in denen ständig über ihr Leben und das Leben in ihrer Familie bestimmt wurde. Sie wollte auch den juristischen Fachjargon beherrschen – und so entschloss sie sich, Jura zu studieren. Die Sachbearbeiterin in der Ausländerbehörde lehnte das ab. Aber als Nizaqete an der Universität Bochum nachfragte, stellte sich heraus, dass ihr Aufenthaltsstatus für die Einschreibung keine Rolle spielte.

So begann sie das Rechtssystem eines Staates zu studieren, der sie als unerwünscht betrachtete. Als Geduldete hatte sie keinen Anspruch auf BAföG; sie musste ihr Studium durch Nebenjobs selbst finanzieren. Während ihre Kommiliton*innen sich auf das Erste Staatsexamen vorbereiteten, setzte sie alles daran, ihre Eltern vor der Abschiebung zu bewahren. Und als sie trotz dieser Herausforderungen die schwierigen Prüfungen bestanden hatte, wurde sie zum Präzedenzfall: Denn keine geduldete Person hatte je als Referendarin im Staatsdienst gearbeitet. Nizaqete Bislimi bekam eine Sondererlaubnis.

Unterdessen ging der Kampf um ihren Aufenthalt und den ihrer Familie weiter. Die Ausländerbehörde bot ihr einen »Deal« an: Wenn sie ihre Eltern und Brüder zur Ausreise bewegen würde, würde sie das Aufenthaltsrecht erhalten. Doch auch von diesem absurden Vorschlag ließ sie sich nicht einschüchtern. 2006, 13 Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland, erhielt Nizaqete Bislimi den Aufenthaltstitel.

Endlich hatte sie die erdrückende Ohnmacht und Zukunftslosigkeit der Kettenduldung überwunden und mehr noch, sie hatte als Volljuristin das Rechtssystem »erobert«. Ihre Erfahrungen und Fachkenntnis setzt sie seitdem als Fachanwältin für Asyl- und Migrationsrecht ein. Sie arbeitet heute in derselben Kanzlei, die ihre Familie von Anfang an im Kampf um den Aufenthalt in Deutschland vertreten hat.

Nicht immer hat Nizaqete Bislimi sich offen als Romni zu erkennen gegeben. Viele Jahre sprach sie selten über diesen Teil ihrer Identität. Sie lebte die Kultur zwar zu Hause mit ihrer Familie, offenbarte sie außerhalb der Familie aber nur engsten Vertrauten, um der allgegenwärtigen rassistischen Diskriminierung zu entgehen, die sich gezielt gegen Rom*nja richtet. Erst gegen Ende ihres Studiums entschloss sie sich, aus dieser Unsichtbarkeit herauszutreten – auch um sich mit ihrer Geschichte politisch für die Anerkennung geflüchteter Rom*nja einzusetzen. Seitdem engagiert Nizaqete Bislimi sich für die Anliegen von Rom*nja und Sint*ezze und setzt sich gegen Antiziganismus in Deutschland und den Ländern des Balkans ein. Seit 2013 führt sie diese Arbeit als Vorsitzende des *Bundes Roma Verbandes* fort.

Ihre beeindruckende Lebensgeschichte hat Nizaqete Bislimi in ihrer Autobiografie aufgeschrieben: »Durch die Wand. Von der Asylbewerberin zur Rechtsanwältin«, erschienen 2015 im DuMont Verlag.

Clara Tamir-Hestermann und Sara Spring sind Projektkoordinatorinnen des ASF-Arbeitsbereichs *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft*.

Die Rolle der Frauen in der belarusischen Protestbewegung

Almira Ousmanova

Vor einem Jahr, als die politische Situation in Belarus im Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit stand, war im Zusammenhang mit den belarusischen Protesten vom »weiblichen Gesicht der Revolution« die Rede. In internationalen Medien wurden die Ereignisse in beeindruckenden Bildern und lebhaften Reportagen dokumentiert. Dies lag größtenteils an einer Besonderheit des Wahlkampfes in Belarus, bei dem drei Frauen auf die politische Bühne traten und einfache, klare Forderungen erhoben, vor allem nach fairen Wahlen. Mit den vereinten Kräften dreier Wahlkampfteams gelang es ihnen, die Mehrheit der Bürger*innen um sich zu versammeln. Später wurde auch der Einsatz vieler anderer Belarusinnen sichtbar, die sich im Frühjahr 2020 am Wahlkampf beteiligten, die sich auch nach den gestohlenen Wahlen weiter engagierten und die bis heute ihren Kampf gegen das Regime fortführen und dabei ihr Leben, ihre Gesundheit und das Wohl ihrer Familie aufs Spiel setzen. Wer sind diese Frauen? Welche Rolle spielen sie in der anhaltenden Protestbewegung? Welche Bilder, Aktivitäten und Widerstandsformen stehen hinter der Idee vom weiblichen Gesicht der Revolution?

Zunächst war es das Porträt von *Eva* (Ева), ein Gemälde des berühmten französischen Expressionisten belarusisch-jüdischer Abstammung Chaim Soutine. Nachdem Wiktar Babaryka, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Belgazprombank und Herausforderer von Präsident Aleksandr Lukaschenko bei der Wahl, aufgrund erfundener Anschuldigungen in Haft gekommen war, wurde auch die Kunstsammlung der Bank beschlagnahmt und ihre öffentliche Ausstellung untersagt. Die stille, aber unnachgiebige *Eva* wurde zum Symbol der Massenproteste und der Solidarität unter den Belarus*innen. So bekam der friedliche »Massenaufstand« bald einen neuen Namen – *»Evalution«* (#евалюция). Mit der Zeit erhielt dieses Wort zusätzliche Konnotationen und steht auch für die Ausdauer der friedlichen Protestierenden und für die stetigen evolutionären Veränderungen der belarusischen Gesellschaft auf dem Weg zur Demokratie.

In den 27 Jahren, in denen Lukaschenko an der Macht ist, wurden Frauen systematisch von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Zu Beginn des Wahlkampfes im Mai 2020 erklärte Lukaschenko öffentlich, dass die Verfassung von Belarus dem Präsidenten weitreichende Befugnisse verleihe und dass dieses Amt »nicht für Frauen geeignet ist«. »Die Armen«, wie er sagte, »würden unter der Last der Verpflichtungen des Präsidentenamtes schlichtweg zusammenbrechen.« Diese Aussage sorgte für einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung. Zum einen hatte sich der amtierende Präsident damit als Verfassungshüter selbst diskreditiert, denn seit den Sowjetzeiten sichert die Verfassung – jedenfalls formell – Frauen und Männern gleiche Rechte zu. Und zum anderen handelte es sich um eine offenkundig sexistische und diskriminierende Aussage gegen einen großen Teil der Wahlberechtigten, also derjenigen, die er bis zum Sommer 2020 zu seinen treuesten Wähler*innen zählte. Im Laufe des Wahlkampfes 2020 forderten die Belarusinnen jedoch ihr Recht ein, aktiv an den politischen Veränderungen teilzuhaben.

Das Gesicht von Eva war das erste weibliche Gesicht, das Belarus*innen auf der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen das auf Lukaschenkos Person fixierte autoritäre Regime versammelte. Die wahre Evalution fing

Demonstrantin in Minsk im November 2020.

jedoch Mitte Juli an, in dem historischen Moment, als echte Frauen auf die politische Bühne traten. Das waren Swetlana Tichanowskaja, die für ihren Mann bei den Wahlen antrat, der aufgrund erfundener Anschuldigungen inhaftiert worden war; Maria Kolesnikowa, Musikerin und Kunstmanagerin, die die Präsidentschaftskampagne von Wiktar Babaryka übernahm, nachdem dieser verhaftet worden war, und Veronika Zepkalo, IT-Managerin und Ehefrau des von der Wahl ausgeschlossenen Kandidaten Waleri Zepkalo. Diese drei Teams schlossen sich zusammen, mit Swetlana Tichanowskaja als offizieller Kandidatin. Lukaschenko tappte in die Falle, die er selbst gestellt hatte. Nun sah er sich starken Frauen gegenüber, die nicht im Schatten der männlichen Kandidaten blieben, sondern um die sich Menschen mit gemeinsamen Zielen vereinten.

Die belarusische Bevölkerung unterstützte Swetlana Tichanowskaja während des Wahlkampfes in einem noch nie da gewesenen Ausmaß. Wie schon in der Vergangenheit begann Lukaschenko am Tag nach dieser Wahl damit, das politische Feld von den Herausforder*innen »zu befreien«. Swetlana Tichanowskaja wurde gewaltsam aus dem Land deportiert, führte ihren Kampf jedoch als nationale Oppositionsführerin fort und vertritt die Stimme der Belarus*innen auf der internationalen politischen Bühne.

In verschiedenen belarusischen Städten fanden seit dem 12. August und bis zum Spätherbst 2020 von Frauen initiierte Solidaritätsbekundungen, Menschenketten und Märsche statt. In diesen drei Monaten wurden die Aktionen der Frauen nicht nur an Samstagen abgehalten, sondern jeden Tag und überall. Als Sicherheitskräfte anfingen, Frauen bei Demonstrationen unter Anwendung von Gewalt zu verhaften, verwandelten sich die Märsche in »Demarches« – das heißt, Frauen gingen organisiert, aber zerstreut an öffentlichen Orten spazieren, häufig nahm das die Form eines Flashmobs an. Diese »Demarches« finden bis heute statt. Seitdem sind noch mehr Frauen zum Symbol für die belarusische Protestbewegung geworden, sowohl im In-

Demonstrantinnen in Minsk im Juli 2021.

als auch im Ausland, in der Diaspora, zu der jetzt auch neue politische Geflüchtete gehören. Gleichzeitig wird Themen wie feministischer Politik und Genderfragen immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit in den Medien und in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zuteil.

Im Zusammenhang mit der »Feminisierung« – im weitesten Sinne – des belarusischen Widerstandes werden viele Aspekte intensiv diskutiert. Ich möchte die drei wichtigsten hier hervorheben: Zum einen, wie hat die massive politische Beteiligung der Frauen die Entwicklung der belarusischen *#evalution* beeinflusst? Zum anderen, was sind genderspezifische Methoden des politischen Drucks, die das Regime gegen politisch aktive Frauen einsetzt? Und zuletzt, welche Formen des Widerstandes und der Solidarität spiegeln am besten die Erfahrung der Empathie, Schwesterlichkeit und Fürsorge wider? Im Rahmen dieses Artikels habe ich nicht die Möglichkeit, diese drei Aspekte im Detail zu betrachten, daher beschränke ich mich auf einige kurze Kommentare.

Von Anfang an entwickelten und positionierten sich die Proteste in Belarus als eine friedliche Bewegung, die auf der Einhaltung der durch die Verfassung garantierten gesetzlichen Normen fußte – wobei das Konzept der »Rechtmäßigkeit« an sich, wie oben erwähnt, durch die Behörden selbst erheblichen Schaden erfuhr. Die Belarus*innen waren überzeugt, dass der Aufbau des neuen Belarus auf anderen Konzepten und politischen Prinzipien gründen muss und sich die für viele postsowjetische Regime charakteristischen Methoden der Machtergreifung und des Machterhalts nicht wiederholen dürfen. Gewalt führt nur zu mehr Gewalt.

Diese Ansicht spiegelt die historische Erfahrung von Frauen wider, die den Krieg und den bewaffneten Widerstand schon immer als Gewalt und Mord verurteilt haben. Sie entspricht aber auch der Weltsicht einer neuen Generation von Belarus*innen, die sich mit einer zivilisierten Welt identifizieren, in der es keinen Platz für jegliche Form von Gewalt gibt – einschließlich der Todesstrafe als staatlich verordneter Gewalt.

Aktive Frauen waren in Belarus schon lange vor 2020 genderspezifischen Formen politischen Drucks seitens des Regimes ausgesetzt, doch im Vergleich zu der heutigen Situation handelte es sich um wenige vertuschte Fälle. Noch vor Kurzem behauptete Lukaschenko, er »kämpfe nicht gegen Frauen«, doch das ist eine zynische Lüge. Im Kampf gegen das Frauentrio im August 2020 erlitt er in seiner Männlichkeit eine Niederlage, und das ist sein persönliches psychisches Trauma, das er seitdem auf verschiedene Weise zu kompensieren sucht. Ich will nur einige der Methoden und Episoden dieses nicht offiziell erklärten Krieges gegen die Aktivistinnen erwähnen:

Die erste Methode ist, Frauen von ihren Kindern und Familien zu trennen, indem sie inhaftiert werden. Viele große Familien haben diese eiskalte Seite der Repressionen kennengelernt. So auch die von Olga Zolotar, einer politischen Aktivistin und Mutter von fünf Kindern, die seit über einem halben Jahr ohne Untersuchung und ohne Verfahren im Gefängnis sitzt, oder von Tatjana Kanewskaja, Mutter von vier Kindern, Wahlkampfvertraute von Swetlana Tichanowskaja und Aktivistin der Bewegung *Mütter 328*, die zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, einer ihrer Söhne wurde zu drei Jahren Haft verurteilt.

Die zweite Methode besteht darin, Druck über die vom Staat kontrollierten Vormundschaftsbehörden auszuüben: Existierende und legalisierte Verfahren werden benutzt, um Kinder aus benachteiligten Familien herauszuholen und in Sicherheit zu bringen. Natürlich gibt es viele Fälle, in denen die Sorge seitens der staatlichen Jugendschutzbehörden gerechtfertigt ist, aber leider ist diese Praxis in den vergangenen Jahren zunehmend mit der Verfolgung politisch aktiver Frauen in Verbindung gebracht worden. In manchen Fällen kam es so weit, dass »politisch unzuverlässige« Mütter unter Zwang in psychiatrische Kliniken eingewiesen wurden, die ihre Unfähigkeit »bescheinigen« sollten. In manchen Fällen, lange vor 2020, führte diese Praxis dazu, dass Frauen Suizid begingen, weil sie keine Möglichkeit sahen, diese Orte des Freiheitsentzugs zu verlassen oder ihre Familien zu retten. Hätten Swetlana Tichanowskaja und Veronika Zepkalo ihre Kinder nicht im Voraus im Juni/Juli 2020 ins Ausland schicken können, hätte die belarusische Revolution nie stattgefunden, denn das Lukaschenko-Regime hätte politisch aktive Frauen mit den bereits bekannten Instrumenten unter Druck gesetzt und sie mit Drohungen gegen ihre Kinder erpresst.

Zuletzt dürfen wir nicht vergessen und auch nicht verschweigen, dass das Regime Frauen in Haft umbringt und erniedrigt, indem es ihnen anwaltliche Hilfe und verwandtschaftliche Besuche verweigert und ihnen persönliche Hygienegegenstände, warme Kleidung, Decken und Bettwäsche, Spaziergänge, Duschen und erforderliche medizinische Versorgung verwehrt. Gleichzeitig bekommen Verwandte und Menschenrechtsaktivist*innen oft keinerlei Informationen darüber, was mit den Menschen in Haft passiert.

Wenn über das »weibliche« Gesicht der belarusischen Revolution gesprochen wird, sollte man dies nicht mit naturgegebenen und schicksalhaften Geschlechterunterschieden erklären, die Frauen qua Geschlecht Friedlichkeit und Solidarität zuschreiben. Ich lege das Konzept der sozialen Konstruktion zugrunde; dieses Verständnis der Konstruktion von Geschlecht (Gender), Klasse und Nationalität ist auch für die belarusische Revolution essenziell. Weiblich konnotiertes Verhalten wie Fürsorge, Freundschaften, Verantwortung und Empathie ergibt sich aus der Sozialisation und Lebenserfahrung der Frauen, diese Werte sind im Widerstand essenziell und bilden einen Widerpart zu männlich dominierter staatlicher Gewalt.

Dafür gibt es unzählige Beispiele. Diese Praktiken sind in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Umständen sichtbar geworden und finden sich in den Haftbedingungen wieder oder in der Unterstützung, die Frauen Inhaftierten, ihren Kindern und Familien sowie politischen Geflüchteten zukommen lassen, die vor dem Regime ins Ausland fliehen mussten. Die Schlangen bei der Registrierung der Kandidat*innen von Mai bis Juni 2020 und an den Wahlurnen am 9. August 2020, allgegenwärtige Menschenketten und Solidaritätsmärsche zwischen August und November 2020, die Stärkung der Nachbarschaftsbeziehungen in den Vierteln, die Bildung professioneller und regionaler Gruppen über Kanäle des Messenger-Diensts *Telegram* und so weiter – all das führte zur Bildung breiter Netzwerke, die allen Repressionen zum Trotz funktionieren und in denen Frauen häufig eine wichtige, ja eine Schlüsselrolle als Sprecherinnen und Community-Managerinnen spielten. Diese Netzwerke werden durch die Praxis der Fürsorge und die unsichtbare, aber doch sehr wichtige Kommunikationsarbeit ermöglicht, die horizontale Verbindungen aufbaut.

Swetlana Alexijewitsch, die einzige belarusische Literaturnobelpreisträgerin (2015), sagte einmal: »Frauen ist bewusst geworden, dass sie etwas tun konnten und auch sollten, und dann werden sie ihren Kindern sagen: Wir haben alles getan, was wir konnten.« Was sie getan haben, waren gemeinsame Aktionen und auch mutige Schritte Einzelner – erwähnt werden sollten die historischen Entscheidungen von Swetlana Tichanowskaja nach ihrer Deportation, von Maria Kolesnikowa, die ihren Pass an der Grenze zerriss, als belarusische Sicherheitskräfte sie des Landes verweisen wollten, oder die leidenschaftliche politische Rede von Palina Scharenda-Panasiuk vor Gericht.

Maria Kolesnikowa forderte stets dazu auf, »immer weiter an diesem Machtregime zu picken«. Für ihre Zivilcourage wurde sie zu elf Jahren Haft verurteilt, aber ihr Aufruf inspiriert auch weiterhin viele Menschen. Die Belarus*innen kämpfen weiter gegen das autoritäre Regime und tragen den Monolith des totalitären Staates Stück für Stück ab. Sie sind zu einem kontinuierlichen, langen Kampf bereit, der »jeden Tag« ausgefochten werden muss. Und sie werden weitermachen bis zu dem Tag, an dem die letzte Diktatur Europas endlich zusammenbricht, dank der gemeinsamen Anstrengung von Belarus*innen aus der ganzen Welt, unter denen es so viele mutige Frauen gibt.

Almira Ousmanova ist Philosophin, Kulturtheoretikerin, Genderforscherin und Professorin am Fachbereich Sozialwissenschaften der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius, Litauen.

Tarana Burke

Angetrieben von Hoffnung – Tarana Burke hatte die Idee zu »me too«

»Die Arbeit der MeToo-Bewegung wird weitgehend von Hoffnung angetrieben. Wenn ich nicht hoffen könnte, dass ein Ende der sexuellen Gewalt möglich ist, wenn ich nicht hoffen könnte, dass sich das materielle Leben von Schwarzen Menschen ändern kann oder dass ausgegrenzten Menschen Gerechtigkeit widerfahren kann, dann gäbe es nichts, worauf ich hinarbeiten könnte. Wir müssen, wie der ehemalige Präsident Barack Obama sagt, Hoffnung wagen, um diese Arbeit zu leisten«, sagte Tarana Burke in einem Interview im September 2020.

Bereits 2006 verwendete die Aktivistin den Slogan »me too« – auf Deutsch »Ich auch« – in einem sozialen Netzwerk im Rahmen einer Kampagne, die zum Ziel hatte, in der Gesellschaft das Bewusstsein für sexuelle Gewalt zu schärfen. Dabei geht es ihr um Schwarze Mädchen und Frauen, um Solidarität und darum, Opfer durch Mitgefühl zu bestärken. Die Idee zu »me too« sei ihr gekommen, als ihr ein 13-jähriges Mädchen erzählt habe, dass es missbraucht wurde, und Tarana Burke dachte, mir ist das auch passiert, »me too«, aber sie konnte sich in diesem Moment nicht offenbaren und schwieg stattdessen.

Mehr als zehn Jahre später im Kontext der Vergewaltigungsvorwürfe gegen den Filmproduzenten Harvey Weinstein verwendete die Schauspielerin Alyssa Milano im Oktober 2017 den Hashtag #metoo auf Twitter und forderte die User*innen auf, wenn sie sexuell belästigt oder angegriffen worden seien, #metoo als Antwort auf diesen Tweet zu schreiben. In den folgenden 24 Stunden wurden auf Twitter und Facebook mehr als zwölf Millionen Beiträge mit diesem Hashtag abgesetzt. Millionen Menschen meldeten sich zu Wort und erzählten von ihren eigenen Erlebnissen.

Seitdem ist #metoo aus der gesellschaftlichen Debatte nicht mehr wegzudenken und hat weltweit Wirkung gezeigt. Das EU-Parlament verabschiedete bereits Ende Oktober 2017 eine Resolution zur Aufklärung von Belästigung und sexuellen Übergriffen. In der Schweiz wurde #metoo zum Wort des Jahres gekürt. In den USA gründeten 2018 mehr als 300 Produzentinnen und Schauspielerinnen, darunter Meryl Streep, Taylor Swift und Oprah Winfrey, die Initiative *Time's Up*; sie unterstützt Frauen auch außerhalb der Filmbranche finanziell und rechtlich dabei, sich gegen sexuelle Übergriffe zur Wehr zu setzen.

Tarana Burke verfolgte die Entwicklung mit gemischten Gefühlen, groß war ihre Sorge, dass #metoo als eine Bewegung verstanden werden könnte, die nur dazu da sei, mächtige Männer zu Fall zu bringen. Dabei habe Alyssa Milano mit ihrem Tweet andere Menschen ermutigen wollen, ihre eigenen Erfahrungen zu teilen. In der Nacht, als #metoo plötzlich millionenfach geteilt wurde, half Tarana Burkes Tochter ihr, sich auf Twitter zurechtzufinden. Sie habe Angst gehabt, dass ihre Arbeit ausgelöscht werde, eine Erfahrung, die viele Schwarze Frauen machen. So begrüßt sie zwar die Initiative *Time's Up*, aber ihr eigener Fokus liegt weiter auf den Menschen am Rand der Gesellschaft.

Hauptberuflich leitet Tarana Burke die Organisation *Girls for Gender Equity*, die sich für die Rechte von jungen Schwarzen Frauen einsetzt. Aufgewachsen in New York, der Bronx, zog sie als 14-Jährige nach Selma in Alabama. Sie engagierte sich in der Gemeindearbeit, gemeinsam mit Menschen, die schon zu Zeiten von Martin Luther King für Menschenrechte und Bürger*innenrechte auf die Straße gegangen waren. Es ist ihr wichtig, dass #metoo nicht in Hollywood begann, sondern in Selma, einer Stadt, die von Gewalt und Armut geprägt wird.

»Hier geht es sowohl um die Menschen, die ›me too‹ gesagt haben, als auch darum, dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Menschen ›me too‹ sagen müssen. Wir haben diese Bewegung auf dem Rücken der Überlebenden aufgebaut, auf dem Rücken von Menschen, die diese Demütigungen erlitten haben und denen ihre Menschlichkeit entrissen wurde. Aber damit wir an vorderster Front stehen, vor der Gesetzgebung aussagen und unsere Geschichten erzählen können, müssen wir heilen. Für Menschen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, ist dies eine Bewegung, um sicherzustellen, dass wir alle das bekommen, was wir brauchen, um ein erfüllteres Leben zu führen – ein Leben, in dem die Würde intakt ist, und ein Leben in unserer vollen Menschlichkeit«, sagte Tarana Burke im September 2020.

Tarana Burke war auf einem Cover des *Time Magazine* abgebildet, sie und andere Feministinnen wurden als Persönlichkeiten des Jahres geehrt, 2019 erhielt sie den Sydney-Friedenspreis. Unlängst hat Tarana Burke ihre Autobiografie »Unbound: My Story of Liberation and the Birth of the Me Too Movement« veröffentlicht. Ihre plötzliche Berühmtheit will sie nur für eines nutzen: um ihre Arbeit voranzubringen.

Ute Brenner ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit von ASF.

»Wir werden kein freies, demokratisches Belarus aufbauen, wenn wir die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit nicht berücksichtigen«

Die Historikerin Alesja Belanovich-Petz im Interview mit der LGBTQI*[1]-Aktivistin Nasta Bazar

Alesja Belanovich-Petz: Die Bilder aus Belarus von den Protesten gegen die Wahlfälschung nach der Präsidentschaftswahl im August 2020 gingen um die Welt. Das waren die größten Massenproteste seit Ausrufung der Republik Belarus 1991. Wie hast du diese Zeit erlebt?

Nasta Bazar: Ich hätte nie gedacht, dass so viele Belarus*innen an friedlichen Demonstrationen teilnehmen und gegen Wahlfälschung und Gewalt auf die Straßen gehen. Mich hat das Ausmaß der Polizeigewalt zutiefst erschüttert, der Schock sitzt bis heute tief. Zwar war ich als Teil der LGBTQI*-Community in Belarus oft mit Diskriminierung und Gewalt konfrontiert, doch konnte ich mir nicht vorstellen, dass auf den Straßen sogenannte Sicherheitskräfte Gummigeschosse, Tränengas und Blendgranaten einsetzen. Dass Menschen willkürlich zusammengeschlagen und in Gefängnissen erniedrigt, gefoltert und vergewaltigt werden. Nur weil sie sich faire Wahlen und einen politischen Wechsel gewünscht haben. Das hat die Mehrheit der belarusischen Gesellschaft erschüttert und aufgewühlt. Einerseits hat mich dieses Erwachen der Gesellschaft sehr erfreut und es war wichtig zu sehen, wie viele wir sind. Andererseits habe ich eine solche Solidarität und Empörung über die Gewalt oft vermisst, als nur kleine Gruppen in der Gesellschaft davon betroffen waren, seien es Oppositionelle, LGBTQI*-Aktivist*innen oder Menschen mit Behinderung. Trotz dieser Härte und Gewalt, mit der das Regime reagiert hat, haben die Belarus*innen Solidarität und Stärke gezeigt und friedlich dagegen demonstriert.

In Belarus gab es seit Mitte der 1990er-Jahre Proteste und Repressionen gegen Oppositionelle und politische Aktivist*innen. 1999 verschwanden drei prominente Oppositionspolitiker spurlos, ein Jahr später ein Journalist. Trotzdem waren die Proteste noch nie so groß wie im vergangenen Jahr. Was war 2020 anders?

Die meisten Belarus*innen hatten sich mit vielen unangenehmen und undemokratischen Sachen im Land arrangiert. Wenn du keinen Einfluss auf die Politik hast, weil das politische Feld nur einer Person im Land überlassen ist, suchst du nach Wegen und Nischen, wie du neben dem System dein Leben aufbauen kannst. Und 2020 kam eine Reihe von Ereignissen, die das Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen gebracht haben. In Belarus wurden keine Corona-Maßnahmen auf staatlicher Ebene ergriffen. Was eigentlich Aufgabe des Staates gewesen wäre, haben Belarus*innen übernommen: Sie haben Spenden für benötigte Sanitär- und Hygieneartikel gesammelt und Ärzt*innen versorgt. Dann kam die Präsidentschaftskampagne im Mai 2020, bei der gleich zu Beginn zwei populäre Kandidaten verhaftet wurden. Den Wunsch nach einem politischen Wandel konnte man im Sommer 2020 in der Luft riechen. Am Wahltag standen Belarus*innen vor ihren Wahllokalen und mussten zusehen, wie die Mitglieder der Wahlkommission von Sicherheitskräften abgeholt wurden, weil sie Angst hatten, den Leuten vor den Wahllokalen die gefälschten Ergebnisse zu präsentieren. Die anschließende Gewalt gegen die Demonstrant*innen veränderte das ganze Land.

In Belarus gab es keine Strafprozesse gegen Miliz und Sicherheitskräfte, die unverhältnismäßig gegen Demonstranten vorgegangen waren. Es gab Todesopfer, Tausende Folteropfer, die Anzeige erstattet haben. 2021 kam die belarusische Staatsanwaltschaft zum Schluss, dass keine Straftaten vorlägen und sich die Miliz ordnungsgemäß verhalten habe. Was macht das mit der Gesellschaft?

Die Staatsanwaltschaft ist in Belarus kein unabhängiges Organ. Trotzdem war das ein herber Schlag und ein Signal an die Gesellschaft, dass sie der Willkür ausgeliefert ist. Für Belarus*innen, die als Opfer dieser Gewalt Anzeige erstattet hatten, wurde es gefährlich, im Land zu bleiben. Es macht einem Angst zu wissen, dass Gerichte

1 LGBTQI* steht für die Bewegung, die sich für die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen sowie queeren Menschen einsetzt.

Demonstrant*innen im Queer-Block bei den Protesten im August 2020 in Minsk.

und Staatsanwaltschaft gleichgeschaltet sind und du keine Gerechtigkeit erwarten kannst. Die belarusische Gesellschaft hat viele traumatische Erlebnisse noch nicht aufgearbeitet: die stalinistischen Repressionen, die Folgen des Zweiten Weltkriegs, die politischen Repressionen in der jüngsten Geschichte des Landes. Die Angst sitzt tief in den Belarus*innen drin und letzten Sommer erlebte ich eine Befreiung von dieser Angst und Ohnmacht, die jeder und jedem in Belarus bekannt ist. Ich ging nach der Wahl nicht auf die Straße. Ich habe kleine Kinder und versuchte von zu Hause aus zu helfen: vermittelte Kontakte zu Rechtsanwälten, telefonierte die Gefängnisse ab, um zu erfahren, wo sich die Verhafteten befinden. Ich habe mich den Protesten Mitte August 2020 angeschlossen. Und ich hatte sehr viel Angst, dass die Miliz irgendeine Provokation vorbereitet hatte, etwa einen Anschlag auf die Demonstrant*innen. Aber diese Befreiung von der Angst und die Solidarisierung kamen plötzlich und ich hatte das Gefühl, entweder gehen wir jetzt alle auf die Straße – auch ich – oder wir verpassen unsere Chance auf Veränderung. Ich habe mich dem Queer-Block angeschlossen und ich bin sehr stolz darauf, dass wir uns sichtbar machten. Dass es Frauenmärsche gab, Märsche von Menschen mit Behinderung, Märsche von Rentner*innen. Damit zeigten wir, wie bunt unsere Gesellschaft ist und wie viele verschiedene Berufs- und Altersgruppen sich einen Wandel wünschen.

Du bist in der Gruppe im Koordinierungsrat aktiv, die sich für feministische Themen im Büro von Swetlana Tichanowskaja einsetzt. Welche Rolle spielt die Frage der Geschlechtergerechtigkeit für Belarus?

Ich denke, dass diese Gewalt gegen die Demonstrant*innen ihren Ursprung auch im Umgang mit häuslicher Gewalt hat. In Belarus wurde ein Gesetz gegen häusliche Gewalt 2018 verworfen, sie wird verharmlost und die Opfer finden keine staatliche Unterstützung. Das muss sich ändern. Auch die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit müssen wir ernst nehmen. Wir werden schließlich kein freies, demokratisches Belarus aufbauen, wenn wir die Gleichberechtigung nicht berücksichtigen. Freiheit ist unmöglich, wenn sie nur für einen Teil der Bevölkerung gilt. Es ist auch in oppositionellen Kreisen nicht einfach, eine feministische Agenda zu vertreten. Feminismus wird immer noch als ein Schimpfwort wahrgenommen.

Du hast Belarus aus Angst vor Verfolgung im Herbst 2020 verlassen. In der Ukraine versuchst du, andere Belarus*innen zu unterstützen, die auch aus politischen Gründen fliehen mussten. Welche Unterstützung wird vor allem gebraucht?

Es ist sehr schwer, wenn man überall bei null anfangen muss. Vielleicht ist es einfacher, wenn du jung und ohne Familie bist. Finanzielle Hilfe und eine Unterkunft für die erste Zeit der Orientierung sind das Wichtigste. Legalisierung des Aufenthaltsstatus und Arbeit sind zwei Punkte, die sehr schwer in jedem neuen Land zu organisieren sind. Wir haben in der Ukraine über unsere politische Arbeit eine neue Regelung durchgesetzt, dass Belarus*innen 180 Tage statt 90 Tage Aufenthaltsrecht in der Ukraine haben. Ich und meine Partnerin fühlen uns als gleichgeschlechtliches Paar auch in der Ukraine nicht sicher und ziehen bald in ein EU-Land.

Nasta Bazar ist Queer-Aktivistin und Feministin. Sie ist als Trainerin und Lektorin im zivilgesellschaftlichen Bereich tätig. Im Sommer 2021 gründete sie das *Belaruski Hub* für belarusische Geflüchtete in Kyiv.

Alesja Belanovich-Petz studierte Geschichte an der Staatlichen Pädagogischen Universität Minsk. In der Geschichtswerkstatt Minsk arbeitete sie in Projekten mit Jugendlichen und engagierte sich für NS- und Stalinismusopfer. Sie lebt in Berlin und ist als Projektmanagerin im Bildungsbereich für verschiedene Vereine tätig.

Janina Ochojska

Janina Ochojska: Mitbegründerin der *Polska Akcja Humanitarna*

Heute ist Janina Ochojska vor allem als Mitbegründerin der *Polska Akcja Humanitarna* (Polnische Humanitäre Organisation, PAH) bekannt – seit 2019 auch als Abgeordnete im Europäischen Parlament. Als Jugendliche hatte sie einen anderen Traum, nämlich das Universum zu erforschen. Sie hatte von ihrem Arzt ein Buch des polnischen Astronomen Jan Gadomski geschenkt bekommen und entschied, Astronomie zu studieren. Ihr Studium schloss sie 1980 an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń ab, nachdem sie ihre Kindheit und Jugend zum großen Teil in Krankenhäusern verbracht hatte. Während der ersten Monate ihres Lebens erkrankte sie an Polio. Die Polioepidemie brach in Polen in den 1950er-Jahren aus; 5.000 Kinder waren infolge der Erkrankung von der Lähmung betroffen. Sie wurden in separaten Einrichtungen rehabilitiert, in denen sie spezielle medizinische Hilfe erhielten. Janina Ochojska verbrachte acht Monate in der Eisernen Lunge, einem der ersten Geräte für künstliche Beatmung. Um laufen zu lernen, musste sie ein speziell für sie entworfenes orthopädisches Gerüst tragen, das ihre Beine und die Wirbelsäule fixierte. Sie erinnert sich oft an das Engagement des medizinischen Personals und an die Solidarität und Unterstützung, die sie in den Krankenhäusern und Rehabilitationszentren erlebte.

Diese Erfahrungen haben sie sehr geprägt, erzählte sie später. Als Studentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im astrophysikalischen Labor am Nikolaus-Kopernikus-Zentrum für Astronomie war es für Janina Ochojska selbstverständlich, sich politisch zu engagieren. Sie war zuerst in der akademischen Seelsorge der Jesuiten in Toruń aktiv, einem der Zentren des unabhängigen intellektuellen Lebens in der Region. Ab 1980 engagierte sie sich beim Aufbau der *Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność* (Solidarität) in Toruń. Sie unterstützte die Verbreitung von nicht systemkonformen Veröffentlichungen (Samisdat) über alternative Kanäle und organisierte Hilfe für Menschen, die staatlichen Repressionen ausgesetzt waren. Eine unerwartete Wende in ihrem Leben kam während des Kriegsrechts in Polen: Sie brauchte dringend eine Operation, aber das polnische Gesundheitsministerium weigerte sich, die Kosten dafür zu übernehmen. Hilfe kam aus Frankreich, wo Janina Ochojska 1984 dreimal operiert wurde und zwölf Monate im Krankenhaus verbrachte.

In Frankreich kam sie mit dem Konzept der humanitären Hilfe in Berührung und engagierte sich ehrenamtlich bei der Stiftung *Équilibre*. Als die Gründung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen wieder uneingeschränkt in Polen möglich war, gründete Janina Ochojska 1989 die polnische Niederlassung der Stiftung *Équilibre*, mit

Janina Ochojska 2013.

der sie ins belagerte Sarajevo fuhr. 1992 hatte sie im polnischen Radio über die Situation der Zivilbevölkerung in Bosnien gesprochen und zur praktischen Solidarität mit den vom Krieg Betroffenen aufgefordert. Die Reaktion der Zuhörenden übertraf all ihre Erwartungen. Nach dem Interview klingelte das Telefon ununterbrochen und so begann die Geschichte des ersten humanitären Hilfseinsatzes mit Medikamenten und Lebensmitteln aus Polen, der aus privaten Spenden organisiert wurde. 1994 wurde die *PAH* gegründet, der Janina Ochojska bis heute vorsitzt. Am Anfang koordinierte eine Handvoll Ehrenamtlicher die Arbeit, im ersten Büro in der Miodowa-Straße in der Warschauer Altstadt standen nur ein Schreibtisch und ein Faxgerät. Heute beschäftigt die *PAH* 240 Mitarbeitende – in Polen und in von Krieg und Naturkatastrophen betroffenen Ländern.

Auch wenn ihr Engagement strukturell bedingte Ungleichheiten nicht auflöst, ist es für Janina Ochojska wichtig, Menschen mit ihrem jeweiligen persönlichen Schicksal zu helfen. Dabei versucht sie immer, die lokalen Bedingungen zu berücksichtigen und eine Gemeinschaft aufzubauen, die sich gegenseitig unterstützt und voneinander lernt. Die von ihr mitgegründete *PAH* leitet ihre Mission aus der Erinnerung der polnischen Gesellschaft an die historische Kriegserfahrung und die Einschränkungen des politischen Systems nach 1945 ab. In diesem Kontext wird das Helfen zu einem Ausdruck der Freiheit. Der Inhalt dieser Mission unterliegt einem stetigen Wandel und Janina Ochojska vermittelt der Öffentlichkeit die aktuellen internationalen Herausforderungen, wie die bedrohlichen Folgen des Klimawandels für die Durchsetzung von Menschenrechten oder die Situation der Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze. Sie nutzt ihre mediale Präsenz auch, um das Thema Behinderung zu thematisieren – dabei spricht sie über ihre eigene Erfahrung sowie die strukturelle Ausgrenzung in der Gesellschaft. Als sie 2019 an Krebs erkrankt war, setzte sie sich in den Medien für eine sozial gerechtere Reform des polnischen Gesundheitssystems ein. Seitdem Janina Ochojska als junge Astronomin illegale Publikationen verteilte, gibt sie die Praxis der Solidarität weiter: Es ist schwer, nichts zu tun, wie sie einst sagte.

Aleksandra Janowska studierte Rechts- und Literaturwissenschaft in Polen und Deutschland und war 2013/14 Freiwillige bei *Asyl in der Kirche* in Berlin.

Vor 40 Jahren: ASF und die Demonstration im Bonner Hofgarten

Ein Interview mit Gabriele und Peter Scherle zu ihren Erinnerungen an die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981

Jutta Weduwen: Vor 40 Jahren fand am 10. Oktober 1981 die große Friedensdemonstration unter dem Motto »Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!« statt. Die Demo, zu der 300.000 Menschen kamen, wurde von ASF und der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF) initiiert und organisiert. Was war die besondere Rolle von ASF?

Gabriele Scherle: Die Demonstration im Bonner Hofgarten war Höhepunkt und politische Zuspitzung der Friedensbewegung, die sich in den späten 1970er-Jahren formiert hatte.

Dass es zu dieser bis dahin größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik gekommen war, hatte viele Gründe. Zentral war ganz sicher, dass sich im ganzen Land Friedensinitiativen gegründet hatten. Dem niederländischen Vorbild folgend wurde eine nationale Friedenswoche zur Bündelung der Anliegen ins Leben gerufen. Die Initiative dazu ging von der ASF aus, die durch die Freiwilligenarbeit enge Kontakte mit dem *IKV*, dem interkirchlichen Friedensrat in Holland, hatte. Überhaupt spielten die Erfahrungen der Freiwilligen von ASF eine große Rolle. So konnte die Friedenswochenabteilung von ASF zum Beispiel auch von den Erfahrungen der amerikanischen *Farm Workers Union* lernen.

Plakat mit Aufruf zur Demonstration im Bonner Hofgarten.

Peter Scherle: Die ASF konnte nicht nur eine Friedenswochenabteilung aufbauen, sondern auch auf ein Netzwerk ehemaliger Freiwilliger zählen, die sich überall im Land politisch einbrachten. So wurde die ASF zu einer der wichtigsten Trägerorganisationen der Friedensbewegung. Das schlug sich auch in ihrer Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration in Bonn nieder. Volkmar Deile als Geschäftsführer und Gabriele Scherle als Mitglied des Vorstands moderierten auf der Bühne im Bonner Hofgarten.

Hintergrund der Demonstration war die Sorge vor einem möglichen Atomkrieg in Europa, der durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen – den SS 20 aufseiten des *Warschauer Pakts* und den Pershing II und Cruise Missiles aufseiten der NATO – riskiert wurde. Ziel war es, die sogenannte Nachrüstung der NATO zu verhindern, um durch eine einseitige Vorleistung zu einer Politik des Vertrauens und der Entspannung zurückzukehren.

Wie waren die politischen Reaktionen auf die Demo, wie war die gesamtgesellschaftliche Stimmung?

Gabriele Scherle: Die Demo hat einen tiefen Eindruck hinterlassen. Kaum jemand hatte erwartet, dass es – in den Jahren nach dem RAF-Terror und den teilweise heftigen Auseinandersetzungen über Atomkraftanlagen – gelingen könnte, mit 300.000 Menschen friedlich und dennoch politisch akzentuiert zu demonstrieren. Das Anliegen hatte auch in den Medien die damals größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit erhalten.

Zwar wurde das politische Ziel nicht erreicht, die Nachrüstung zu verhindern. Aber der öffentliche Druck veränderte das politische Klima. Politische Verhandlungen verringerten das Risiko eines automatisierten Atomschlags und konnten die Rüstungsspirale im Rahmen der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) auffangen.

Demonstrant*innen im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981.

Welche besondere Erinnerung habt ihr an die Demonstration?

Gabriele Scherle: Es war die gewaltige Kraft, die von dieser Menschenmenge ausging. Unsere ganze Aufmerksamkeit war darauf gerichtet, dass diese Kraft auf das politische Anliegen konzentriert blieb und sich in den Reden auf der Bühne bündeln konnte.

Am stärksten war die Erleichterung darüber, dass alles gut ging. Es waren ja Monate der Vorbereitung notwendig. Das betrifft die elementaren organisatorischen Fragen, aber auch die politischen Aushandlungsprozesse unter den veranstaltenden Organisationen. Da ging es mitunter hart zu, da auch versucht wurde, die Demo ideologisch zu instrumentalisieren. Unfassbar ist mir bis heute, wie es gelungen ist, diese vielen Mitwirkenden zusammenzubringen: Heinrich Böll, Harry Belafonte, Coretta Scott King, Greetje Witte-Rang, Hannes Wader, Randall Forsberg, Robert Jungk, Erhard Eppler und Petra Kelly, um einige der wichtigsten zu nennen. Dem Vorwurf des Antiamerikanismus konnten wir durch die Teilnahme der Freund*innen aus der amerikanischen Friedensbewegung begegnen.

Was war damals eure Rolle bei ASF?

Peter Scherle: Ich war am Aufbau der Friedenswochenabteilung seit 1979, die damals Karl Klaus Rabe wesentlich vorantrieb, als ASF-Freiwilligensprecher im Berliner Büro beteiligt und habe dann noch bis nach der Demo in Bonn in der Friedenswochenabteilung gearbeitet.

Gabriele Scherle: Ich war Mitglied im Vorstand der ASF. Allerdings war ich schon vorher als Mitarbeiterin der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* in Königswinter beim Friedensthema engagiert. Die AGDF war ja auch Mitveranstalterin der Demo. Wichtig ist vielleicht noch, welche Bedeutung Kurt Scharf, der frühere Bischof von Berlin-Brandenburg und unser damaliger Vorsitzender, für das ganze Unternehmen hatte. Seine moralische Autorität war von größtem Gewicht. Dass er später in der UNO zu einer Rede eingeladen wurde, war allerdings auch der friedlichen Demonstration vom 10. Oktober 1981 geschuldet.

Was hat die Friedensbewegung als politische Bewegung ausgelöst? Wo habt ihr Zivilcourage und Widerstand erlebt?

Gabriele und Peter Scherle: Die Friedensbewegung hat – wie alle sozialen Bewegungen bis heute – Lernprozesse ausgelöst. Es ist eine tiefe Erfahrung zu sehen, was sich mit eigener Kraft in Gang setzen und bewegen lässt. Mit Abstand lässt sich zwar sehen, dass vieles zusammenkommen muss, damit solche Ereignisse wie damals in Bonn zustande kommen. Mit dem Abstand von 40 Jahren lässt sich auch erkennen, wie wenig vorhersehbar politische und gesellschaftliche Wirkungen sind. Die eigentliche Zivilcourage besteht doch darin, nicht alles zu überblicken und trotzdem mit aller Kraft für ein Anliegen einzutreten.

Allerdings – und das halten wir für den wichtigsten Ertrag von 1981 – hat der friedliche Protest dazu beigetragen, dass der politische Diskurs in der Bundesrepublik gestärkt wurde und die Notwendigkeit von Frieden und atomarer Abrüstung nicht mehr eine Sache der Expert*innen, sondern aller Bürgerinnen und Bürger wurde. Widerstand ist also nicht nur ein Thema in Extremsituationen. Die Gesellschaft insgesamt hat sich damals als widerstandsfähig erwiesen.

Gabriele Scherle ist Theologin und war bis zu ihrem Ruhestand 2017 Pröpstin für Rhein-Main in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Von 1980 bis 1984 und seit 2019 ist sie Mitglied im ASF-Vorstand.

Peter Scherle war bis zu seinem Ruhestand 2020 Professor für Kirchentheorie und Kybernetik am Theologischen Seminar Herborn. Er war von 1978 bis 1979 ASF-Freiwilliger in Großbritannien und von 1979 bis 1981 als Freiwilliger in der Friedenswochenabteilung im ASF-Büro in Berlin tätig.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von ASF.

Ruth Misselwitz

Eine, die Brücken baut

Wegbereiterin der Friedlichen Revolution: Ruth Misselwitz im Porträt

»Am 9. Oktober 1989 waren wir im Westen«, erinnert sich Ruth Misselwitz. In Leipzig fand jene Montagsdemonstration statt, die für die Friedliche Revolution entscheidend war, weil keiner wusste, ob geschossen wird. Das Land blickte gebannt auf die Messestadt. Ausgerechnet in diesen Tagen hatten Ruth und Hans Misselwitz die Genehmigung zum Geburtstagsbesuch einer 70-jährigen Tante im Westen erhalten. »Aber wir waren gar nicht bei ihr«, bekennt Ruth Misselwitz.

Wenige Tage zuvor war die Ost-SPD gegründet worden und Hans Misselwitz hatte den Auftrag bekommen, bei der Reise Verbindungen zur SPD in Westdeutschland zu knüpfen. Doch das war von nur mäßigem Erfolg gekrönt und brachte, wie der Besuch beim SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve in Hamburg, schnell Ernüchterung. »Null hat er sich dafür interessiert. Stattdessen hat er uns die ganze Zeit seine neueste technische Errungenschaft vorgeführt: ein Faxgerät.«

Ruth Misselwitz sitzt in ihrem Arbeitsraum in ihrer großzügigen Altbauwohnung in Pankow. Schalk blitzt aus ihren Augen, der rote Haarschopf leuchtet. Von Larmoyanz oder Nostalgie keine Spur. Warum auch? »Mein Leben ist so reich«, sagt die Mutter zweier erwachsener Töchter, die selbst schon Familie haben.

Dazu gehört zweifellos auch die Erfahrung, die sie in der DDR gemacht hat. Die Theologin, die klare Worte liebt und gern lacht, hat auch damals schon Brücken gebaut, ist auf Andersdenkende zugegangen. Das ist bekanntermaßen nicht immer einfach. Hartnäckig muss man sein und für andere auch mal unbequem. Wie auch zum Reichtum im Leben die Umwege gehören. Auch die haben sie geprägt.

Geboren 1952, ist sie im brandenburgischen Kasel-Golzig in einem Pfarrhaus aufgewachsen. Nach der Schulzeit hat sie kurze Zeit als Krankenschwester gearbeitet und dann an der Humboldt-Universität im Ostteil Berlins evangelische Theologie studiert. Ob sie ins Pfarramt wollte, wusste sie nicht. Zumal ihr Mann in Berlin studierte und junge Absolvent*innen erst mal raus aufs Land mussten. »Ich habe damals überlegt, als Katechetin oder Gemeindehelferin anzufangen, um Geld zu verdienen«, sagt sie heute. Doch es kam anders. Ihr Personalchef im Konsistorium hatte ihr zwar klargemacht: »Frau Misselwitz, Sie sind nichts, Sie können nichts, Sie haben nichts.« Dann aber hatte er überraschend eingeräumt, dass der Pankower Superintendent für eine frei gewordene Pfarrstelle eine Theologin sucht.

Am 1. September 1981 trat sie die Stelle an, der Kalte Krieg mit dem atomaren Wettrüsten in Ost und West näherte sich seinem Höhepunkt. Das machte ihr und ihren Freund*innen nicht nur Angst, sondern empörte sie auch. »Schließlich ging es ja auch um unsere Kinder«, sagt sie. Doch was tun? Große Aktionen kamen für sie zunächst nicht infrage. Vielmehr wollte sie »erst einmal vorsichtig ausloten, wie die Gemeinde funktioniert«.

Freya Klier inszenierte mit Freund*innen und Jugendlichen aus Pankow eine Folge von Szenen und Texten. Am 1. Oktober 1982 führten sie beim Offenen Abend im Friedenskreis »Carmina Urana« von Hanns-Dieter Hüsch auf. (Ruth Misselwitz Vierte von rechts)

Doch daraus wurde nichts. »Eine Gruppe von kritischen Geistern, die sich seit einiger Zeit als ›Adorno-Kreis‹ in unserem Wohnzimmer traf – unter ihnen Markus Meckel, Freya Klier und Martin Hoffmann –, jubelte auf, weil sie mit der Pfarrerin nun eine Kirche hatte, in der man an die Öffentlichkeit treten könne.« Und so willigte sie knapp vier Wochen nach ihrem Amtsantritt in ein Friedensfest mit Punkbands, Künstlern und Literaten ein. »Wir halten unser Schweigen nicht mehr aus«, war die Botschaft eines Briefes an die Kirchenleitung. Gut 40 Menschen riefen zudem zur Gründung des Pankower Friedenskreises auf, der bald zu einer der bekanntesten kirchlichen Basisgruppen in der DDR werden sollte.

Die Staatsmacht ließ nicht lange auf sich warten. Superintendent Werner Krätschell wurde ins Rathaus zitiert. Und im Friedenskreis saßen plötzlich gut 20 junge Männer mit kurz geschorenen Haaren, die sich größtenteils mit dem Namen »Lutz« vorstellten. Es waren Stasi-Leute, die die Gespräche und die offene Atmosphäre zerschlagen, Angst verbreiten wollten. Gelungen ist ihnen das letztlich nicht. Der Friedenskreis begegnete den »Lutzis«, wie sie sie nannten, mit gewaltfreien Methoden, die sie in ihren Wohnungen einübten. Und so blieb der Kreis, der jüngst sein Engagement nach 40 Jahren beendet hat, ein Ort der Zivilcourage und politischen Bildung.

Das alles war kein Spaziergang. Das gilt nicht zuletzt auch für ihr Engagement bei den *Frauen für den Frieden*, beim Vernetzungstreffen der Gruppen *Frieden konkret*, dem Vernetzungstreffen von Basisgruppen im Raum der evangelischen Kirche, sowie als Delegierte bei den Ökumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. »Die Kirche in der DDR hatte die Zeichen der Zeit verstanden«, ist sie überzeugt. Doch die Hoffnung in Ost und West auf eine erneuerte Kirche nach 1989 wurde zerschlagen. Stattdessen habe es die Rekonstruktion der alten West-Kirche gegeben, »die eben nicht die Zeichen der Zeit erkennt«. Mit allen Folgen für heute. Ruth Misselwitz hat das auch oft und öffentlich kritisiert.

Doch was hat ihr in all dieser Zeit der Glauben bedeutet? Sie sei in erster Linie ein gläubiger, kein politischer Mensch, hat sie immer wieder gesagt. »An der Bergpredigt kommt man nicht vorbei. Das ist die Kernbotschaft Jesu.« Die Feindesliebe und Gewaltlosigkeit seien die zentralen Punkte. Auch dass man nicht richten dürfe über den anderen. »Wenn ich das ernst nehme, dann muss ich das umsetzen«, ist die engagierte Pfarrerin überzeugt. »Sonst bin ich keine Christin.«

Und schon ist sie in der Gegenwart: beim vermeintlich bösen Russen und dem guten Westen oder den gefährlichen Islamisten – »alles Feindbilder, die nach den gleichen Mechanismen wie damals funktionieren und damals wie heute friedensgefährdend sind«. Für den 2008 fertiggestellten Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde hat sie sich unermüdlich eingesetzt, mit dem Imam ist sie ebenso verbunden wie mit dem ehemaligen Direktor des *Centrum Judaicum*. Wer bei ihrer Verabschiedung als Pfarrerin in Pankow dabei war, konnte sich davon überzeugen.

Mit ihrem Engagement bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* war sie darum genau am richtigen Platz. Als Brückenbauerin zwischen Ost und West wie auch zwischen den Religionen. Verbunden mit der Aktion fühlt sie sich aber auch aus einem anderen Grund: »Wir haben in der DDR im Unterschied zum Westen immer die deutsche Teilung als Folge der Schuld akzeptiert, die Deutschland nach zwei Weltkriegen und dem Holocaust auf sich genommen hat«, sagt sie. Ihr Einsatz für eine friedliche Welt ist darum bis heute ungebrochen. Und als Brückenbauerin – allen Feindbildern und aller Ignoranz zum Trotz – wird sie auch künftig gebraucht.

Bettina Röder, Journalistin, war in der DDR Redakteurin bei der mehrfach zensierten evangelischen Wochenzeitung *Die Kirche*, heute lebt sie in Berlin als freie Journalistin.

Wider die Zerstörung des Rechts

Kleine Initiativen zur Rettung und Unterstützung von Geflüchteten kämpfen gegen Abschottung, Gewalt und Unrecht

Ansgar Gilster

Eine neue Form des zivilen Ungehorsams ist in den letzten Jahren entstanden. Es ist das Engagement von Flüchtlingsaktivist*innen. Sie machen auf Unrecht aufmerksam, fordern geltendes Recht ein. Statt symbolisch gegen Recht zu verstoßen, um Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erzielen, halten sie sich strikt an geltende Gesetze. Umso schreiender stechen die Rechtsverletzungen hervor, die sich die meisten europäischen Regierungen zuschulden kommen lassen, wenn es um Menschen geht, die auf der Flucht vor Krieg und Elend in Europa Schutz suchen.

Seit vielen Jahren schotten die europäischen Regierungen die Außengrenzen der EU immer dichter ab. Damit höhlen sie das Flüchtlingsrecht aus. Grundsätze des Völkerrechts, der Genfer Konvention und europäischen Rechts werden unterlaufen und oft auch unverhohlen verletzt. Von »Politikversagen« oder einer »Überforderung« kann längst keine Rede mehr sein. Auf dem Mittelmeer sterben Jahr für Jahr Tausende Menschen, weil die europäischen Regierungen die staatliche Seenothilfe eingestellt haben und zivile Seenotrettung mit allen Mitteln behindern. An den Landaußengrenzen der EU wird mit Billigung der übrigen Staaten massiv und systematisch Polizeigewalt gegen Schutzsuchende eingesetzt. Menschen, die es dennoch geschafft haben, etwa die türkisch-griechische Grenze zu überqueren, werden gezielt der Verelendung ausgesetzt. Staatlicher Rechtsbruch ist Alltag und er bleibt straflos.

All dies folgt demselben Kalkül: Je größer die Not, desto weniger neue Flüchtlinge kommen. Daher vermeiden europäische Regierungen auch nur den kleinsten Anschein von Hilfe für Geflüchtete. Doch diese Annahme ist nicht nur zynisch, sondern auch falsch. Denn sie unterschätzt völlig die Not und Verzweiflung, aus der Schutzsuchende fliehen. In ein untüchtiges Schlauchboot setzt man sich nur, wenn das Elend an Land größer ist als die Angst, zu ertrinken.

Wer sich mit dieser Politik der Abschreckung nicht abfindet und den fliehenden Menschen helfen will, findet sich in einem Kampf um Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, in dem die Kräfteverhältnisse ungleicher nicht sein könnten. Kleinen, aus privaten Spenden finanzierten Initiativen stehen staatliche Grenzschutzeinheiten und hochgerüstete EU-Behörden wie *Frontex* gegenüber.

Umso bemerkenswerter ist, wie aus unscheinbaren NGO-Büros und WG-Zimmern heraus, in Chatgruppen und an Küchentischen, ein mitmenschlicher Widerstand organisiert wird: Schiffe werden geschickt, Menschenleben gerettet, Eilverfahren gewonnen, Familien zusammengeführt, Luftbrücken gebaut und Regierungen unter Zugzwang gesetzt.

Besonders eklatant ist die Situation auf dem zentralen Mittelmeer. Dort sind seit dem Jahr 2014 über 20.000 Menschen ertrunken. Die staatliche Seenotrettung ist de facto eingestellt, nur zivile Organisationen betreiben noch Rettungsschiffe. Dies wird von Tausenden Spender*innen möglich gemacht – und von Hunderten ehrenamtlichen Helfer*innen. Unzählige Schritte braucht es, bevor ein Schiff gekauft und zum Rettungsschiff umgebaut werden kann: von Wertgutachten und Kaufverhandlungen über behördliche Registrierungen und Klassifizierungen bis zur Klärung von Versicherungsfragen und Krängungstests.

Die Anforderungen für die Genehmigungen, ohne die Rettungsschiffe nicht auslaufen können, sind in den vergangenen Jahren immer höher geschraubt worden. Zunächst versuchten die Staaten, die zivile Seenotrettung zu diffamieren oder zu kriminalisieren – etwa Besatzungsmitglieder wegen Beihilfe zu illegaler Einwanderung anzuklagen. Heute geht etwa Italien anders vor: Immer neue Vorgaben werden erdacht oder bestehende Verordnungen zum Nachteil der zivilen Seenotrettung ausgelegt.

Die Hafenbehörden versuchen bei stundenlangen Inspektionen Details zu finden, die trotz der akribischen Arbeit der Aktivist*innen gegen immer absurdere schiffstechnische Standards verstoßen: die Beschriftung eines Lüftungsschachts, das Erscheinungsjahr einer Seekarte oder die Anzahl von Toiletten und Schwimmwesten an Bord. Alles kann zum fadenscheinigen Grund werden, ein Rettungsschiff festzusetzen. Bürokratische Willkür ist somit das Instrument, mit dem Schiffe monatelang im Hafen festgehalten und die zivilen Organisationen zu zeitaufwendigen, teuren Umbauten gezwungen werden. Sie sollen an der Seenotrettung auf dem Wasser gehindert und in zermürbende juristische Gefechte an Land verstrickt werden. Diese Gerichtsverfahren kosten nicht nur Geld, sondern vor allem Zeit. Es kann Monate dauern, bis alle Instanzen durchlaufen sind. Monate, in

denen Tag für Tag Menschen auf dem Mittelmeer sterben. Denn festgesetzte Schiffe retten nicht. Umso notwendiger sind daher neue Initiativen wie das Bündnis *United4Rescue*, das zwei zusätzliche Rettungsschiffe in den Einsatz brachte und der zivilen Seenotrettung organisationsübergreifend hilft, wenn akut Geld für Rettungseinsätze oder für die Ermüdungsschlacht mit den Behörden fehlt.

Auch in Griechenland spürt die solidarische Zivilgesellschaft wachsenden Druck. Wer eine Kleiderkammer, eine Essensausgabe oder ein Sprachcafé betreibt, um Geflüchteten zu helfen, muss sich seit Mitte 2020 staatlich registrieren.

Flüchtlingsschutzorganisation sowie alle Helfer*innen müssen sich seit Mitte 2020 speziell registrieren lassen. Der Staat drangsaliert die Helfer*innen, indem er sich etwa anmaßt, die »Effektivität« von Vereinen zu prüfen. Anderen wird die Registrierung schlicht mit willkürlicher Begründung verweigert. Vage Formulierungen machen die neuen Vorgaben zu einem Freifahrtschein für den Staat, die zivilgesellschaftliche Flüchtlingshilfe zu schikanieren.

Oberstes Ziel der griechischen Regierung ist es allerdings, Hilfsorganisationen den Zugang zu den Flüchtlingslagern auf den ägäischen Inseln zu verweigern. In diesen immer strenger abgeschirmten »EU-Hotspots« werden seit Jahren Tausende Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten.

Menschen mit juristischen Mitteln aus diesen Lagern herauszuholen ist das Ziel der deutsch-griechischen Rechtshilfeorganisation *Equal Rights Beyond Borders*. Dazu bietet sie Flüchtlingen anwaltliche Beratung. Doch nun wurde ihr trotz Erfüllung aller Auflagen die Registrierung verweigert – ohne Begründung. Vielleicht, weil *Equal Rights* mehrfach vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen die griechische Regierung erhob – und stets gewann? Sicher ist nur, dass *Equal Rights* die Mittel des Rechtsstaats zu nutzen weiß und vor dem Obersten Verwaltungsgericht Griechenlands gegen die neue NGO-Gesetzgebung klagt. Die Klage ist von großer Bedeutung, nicht nur für alle anderen Flüchtlingsorganisationen in Griechenland, sondern auch für die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Europa generell.

Ob auf dem Mittelmeer oder im Ärmelkanal, in Italien oder Griechenland, an der bosnisch-kroatischen Grenze oder der Grenze zwischen Polen und Belarus: Die rechtswidrigen Handlungsmuster an der EU-Außengrenze gleichen sich. Und es wird immer schwieriger, überhaupt von dem rechtswidrigen Vorgehen der Behörden zu erfahren. Überall an den Außengrenzen ist die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Zivilen Aufklärungsflugzeugen wird die Startgenehmigung für Flüge über das zentrale Mittelmeer verweigert, um die Dokumentation von Bootsunglücken und der illegalen Zurückweisung von Schutzsuchenden, sogenannten Pushbacks, zu verhindern. In Polen ist das Grenzgebiet zu Belarus, wo Schutzsuchende erfrieren und an Hunger sterben, zur militärischen Sperrzone erklärt worden, die Journalist*innen und Helfer*innen nicht betreten dürfen. In Griechenland verbietet ein neues Verschwiegenheitsgesetz, kritisch über die Zustände in den Flüchtlingslagern zu berichten. Unterbunden werden allerorts auch Bilder und Berichte, die Geflüchtete selbst machen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Handys werden willkürlich konfisziert oder, wie im Flüchtlingsgefängnis auf der Ägäisinsel Kos, nur erlaubt, wenn die Polizei zuvor die Kamera zerstört hat.

Es sollen keine Fotos aus dem Inneren der Lager nach außen dringen. Es soll keine Zeug*innen geben, keine Bilder, keine Beweise. Diese Rechnung darf nicht aufgehen.

Ansgar Gilster studierte Geschichte, Philosophie und »Genocide Studies« in Berlin, London, Siena und Warschau. Seit 2016 arbeitet er im Bereich »Migration und Menschenrechte« für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Er ist Mitgründer von *United4Rescue* und im Vorstand von *Equal Rights Beyond Borders*.

Geflüchtete im polnisch-belarussischen Grenzgebiet im Oktober 2021.

Pia Klemp

Kapitänin Pia Klemp rettet Menschen aus Seenot – dafür droht ihr eine langjährige Haftstrafe

»Ich komme aus einer Generation, die damit aufwuchs, ihre Großeltern fragen zu müssen: Was habt ihr damals dagegen getan? Jetzt bin ich Teil der Generation, die sich genau die gleiche Frage von ihren Enkeln wird gefallen lassen müssen.«

Pia Klemp sitzt auf einem Stuhl inmitten einer runden, leeren Bühne. Um sie herum ist alles dunkel. Es herrscht Stille. Nur ein paar Schweinwerfer erhellen ihr Gesicht. Allein sitzt sie inmitten der stillen Dunkelheit und sagt, was sie zu sagen hat:

»Mein Name ist Pia Klemp. Ich war Kapitänin des Rettungsschiffs Iuventa im Mittelmeer. Ich war auch dabei, als es im August 2017 in Italien unter fadenscheinigen Begründungen beschlagnahmt wurde, wo es seitdem an der Kette liegt. Ein Schiff, mit dem allein 14.000 Menschen in Seenot das Leben gerettet wurde. Ich fuhr weitere Einsätze auf der Sea-Watch3 und sah dabei nicht nur Menschen elendig ertrinken, sondern auch Menschenrechtsverletzungen im Mittelmeer alltäglich sein.«

Mit diesen Worten beginnt Pia Klemp im Mai 2019 ihren Redebeitrag in einer TV-Sendung. Ihre Botschaft ist klar und eindrücklich:

»Das Retten von Menschen auf See ist eine Pflicht, nicht bloß ein Recht und ganz bestimmt kein Verbrechen.«

VON DER MEERESBIOLOGIE ZUR SEENOTRETTUNG

Die Bonnerin wuchs in einer politisch und sozial engagierten Familie auf, studierte Biologie und setzte sich für den Meeresschutz ein. Von 2012 bis 2017 fuhr sie mit der Organisation *Sea Shepherd* zur See, um illegalen Walfang im Südpolarmeer zu bekämpfen. In diesen Jahren durchlief sie sämtliche Stationen an Bord eines Schiffes; zunächst heuerte sie als einfache Aushilfe an, später stieg sie zur Bootsfrau auf. Schließlich erlangte sie das Kapitänspatent. In den Jahren auf See war sie oft allein mit Männern unterwegs und lernte, sich dort als Frau durchzusetzen. Dass die Seefahrt eine männerdominierte Domäne ist, erfährt sie auch, als sie selbst schon längst Kapitänin ist. In Begegnungen mit Hafenbehörden und der Grenzpolizei wird sie nicht ernst genommen, wird gefragt, wo denn der Kapitän sei.

Als im Zuge der Flüchtlingsbewegungen die EU ihre Rettungsmissionen im Mittelmeer zurückfuhr und die Seenotrettung Privatpersonen überließ, schloss Klemp sich ihnen an. Erschüttert von den täglichen Tragödien im Meer heuerte sie 2017 als Kapitänin auf dem Rettungsschiff *Iuventa* der Berliner Organisation *Jugend rettet* an.

> *»Ich bin als Teil dieser Gesellschaft mitverantwortlich für viele der Fluchtursachen und habe die seefahrerischen Fähigkeiten.«*

SEENOTRETTUNG AUF DER IUVENTA

In den folgenden Monaten rettet die *Iuventa* bei 16 Einsätzen rund 14.000 Menschen aus dem Meer. Immer wieder sieht Klemp Menschen ertrinken. Auch auf der *Iuventa* sterben Menschen, nach ihrer Rettung aus dem Meer. Als die europäischen Länder der *Iuventa* tagelang einen sicheren Hafen verwehren, stirbt ein zweijähriger Junge. Kein europäisches Land hatte sich bereit erklärt, ihn zu retten.

Im August 2017 wird die *Iuventa* von den italienischen Behörden auf Sizilien festgesetzt. Gegen Klemp und die Mitglieder ihrer Crew wird ein Strafverfahren wegen Beihilfe zu illegaler Einwanderung eingeleitet. Außerdem wird ihnen vorgeworfen, mit Schleuser*innen zusammengearbeitet zu haben. Wenn sie schuldig gesprochen werden, drohen ihnen 20 Jahre Haft und hohe Geldstrafen. Die italienische Staatsanwaltschaft ermittelt mit viel Aufwand gegen die Angeklagten. Dabei wird die *Iuventa* sogar mehrere Monate verwanzt, Telefonate werden abgehört, verdeckte Ermittler*innen werden eingesetzt, Handys und Laptops werden beschlagnahmt. Heute gelten die Ermittlungen der italienischen Polizei gegen Klemp und ihre Crew zwar als abgeschlossen, auf Freispruch warten die Angeklagten aber immer noch. Mit einem Statement gehen sie an die Öffentlichkeit:

> *»Wir haben im Mittelmeer 14.000 Menschen das Leben gerettet. Dafür droht uns eine Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren. Wenn es ein Verbrechen sein soll, Leben zu retten, dann bekennen wir uns schuldig. Schuldig der Solidarität. Wir werden nicht aufgeben.«*

Nach der Festsetzung der *Iuventa* übernimmt Klemp zunächst als Kapitänin das Kommando auf der *Sea-Watch 3*. Seit August 2020 führt sie das Kommando auf der *Louise Michel*. Als ihr 2019 zusammen mit Carola Rackete die *Médaille de la Ville de Paris* verliehen werden soll, lehnt sie die Auszeichnung aufgrund des Umgangs mit Geflüchteten in Frankreich ab. Außerdem kritisiert sie die Differenzierung zwischen »Held*innen« und »Illegalen«. Denn es soll nicht um sie gehen, sondern um die Menschen auf der Flucht, denen die Hilfe verweigert wird.

> *»Der eigentliche Schrecken widerfährt diesen Menschen auf der Flucht, nicht mir.«*

Maria Hughes ist Referentin für Freiwilligenarbeit bei ASF und für die Länder Ukraine, Belarus, Norwegen, Polen und Deutschland zuständig.

Zivilcourage in einem rechten Umfeld

Petra Schickert

Seit 20 Jahren fahren die Mitarbeiter*innen der *Mobilen Beratung* des *Kulturbüro Sachsen e.V.* in Städte und Gemeinden und beraten und begleiten Menschen in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Als in den Jahren 2004 bis 2014 die NPD im Sächsischen Landtag und in kommunalen Räten saß, fuhr ich als Beraterin häufig nach abendlichen Veranstaltungen voller Hochachtung für die Zivilcourage der Menschen in den kleinen Orten nach Hause. Wie viel einfacher ist doch das Engagement in der Anonymität der (Groß-) Stadt: Hier kann ich mich einer zivilgesellschaftlichen Initiative anschließen, kann mit vielen Gleichgesinnten an Demonstrationen teilnehmen und muss mich wenig um meine Sicherheit und die meiner Freund*innen sorgen. Ganz anders in den Dörfern und kleinen Städten: Nahbeziehungen, wie funktionierende Nachbarschaften, Familienstrukturen und traditionelles Vereinsleben, spielen eine wichtige Rolle, vermitteln Zusammengehörigkeit. In ländlichen Regionen schweißt die Menschen nicht selten auch das Gefühl zusammen, abgehängt zu sein, was sich nicht nur auf die mangelnde Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr bezieht. Fehlende zivilgesellschaftliche Strukturen erschweren das demokratische Engagement zusätzlich. Wenn rassistische, neonazistische und andere menschenfeindliche Einstellungen von vielen in der Bevölkerung geteilt werden, dann fällt es schwer, undemokratische oder gar neonazistische Erscheinungen zu benennen. Schließlich möchte ein jeder und eine jede auch gern zur Dorfgemeinschaft gehören.

Man könnte annehmen, dass die Situation mit dem Niedergang der neonazistischen NPD und dem Verlust ihrer Mandate in Stadt- und Gemeinderäten entspannter und dass demokratisches Engagement gefahrloser geworden ist. Weit gefehlt: Die Stimmung ist in den letzten Jahren deutlich aggressiver geworden. Die AfD hat in Sachsen inzwischen ein Stammwähler*innenpotenzial von über 20 Prozent. Seit 2017 erreicht sie damit bei allen Wahlen kontinuierlich mehr als 22 Prozent der Stimmen. Zum dritten Mal nach der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019 ist die AfD nun stärkste Kraft bei einer Wahl in Sachsen geworden. Besonders stark ist die AfD dort, wo rechte Tendenzen lange ignoriert wurden und stabile rechte Netzwerke existieren. In einigen Regionen Ostsachsens und der Sächsischen Schweiz erreichte sie bei der Bundestagswahl 2021 zwischen 40 und 50 Prozent der Erst- beziehungsweise Zweitstimmen. Die Strategie der permanenten Selbstverharmlosung – die Partei sieht sich gern als »konservativ«, »bürgerlich«, »Partei der Mitte« oder gar als »Volkspartei« – ist in diesen Regionen aufgegangen.

WAS BEDEUTET DAS FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT?

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine werden durch Anfragen der AfD im Landtag, in Kreistagen und Jugendhilfeausschüssen eingeschüchtert. In den Begleitausschüssen der Partnerschaften für Demokratie versuchen AfD-Mitglieder unliebsame Demokratieprojekte zu verhindern oder stellen selbst Anträge, um die Ziele des Programms zu konterkarieren. Die Stimmung ist vielerorts aggressiver geworden und demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement schwerer.

Die folgenden Beispiele zeigen, dass es mutig ist, in einem latent rechten Umfeld für demokratische Werte und Überzeugungen einzustehen. Zivilcourage braucht es mehr denn je.

PATRIOTISCHES JUGENDZENTRUM GESCHEITERT

Als der rechtsextreme Rapper Chris Ares im Juni 2020 über seine Social-Media-Kanäle bekannt gab, dass er in der Region Bautzen ein patriotisches Jugendzentrum mit Kampfsport- und Musikangeboten eröffnen möchte sowie ein patriotisches Wohnprojekt plant, schlug dies sofort hohe Wellen in der medialen Öffentlichkeit. Niedrige Immobilienpreise, eine mehrheitlich als »weiß« wahrgenommene Bevölkerung, der geringe Anteil an Menschen mit Migrationserfahrungen, tief sitzende rassistische, völkische und andere menschenfeindliche Einstellungen, die sich in hohen Zustimmungswerten und Wahlergebnissen der AfD äußern, sowie wenig zivilgesellschaftlicher und politischer Widerstand ziehen extrem rechte Personen immer wieder in die ländlich geprägte ostsächsische Region. Diesmal sollte es anders werden. Bereits wenige Tage nach Bekanntwerden der Pläne des rechten Rappers gründeten junge Menschen der Region die Initiative *Keep together – Zusammen gegen rechts*, um sich gegen die Entstehung eines nationalen Jugendzentrums zu wehren. Mit Informationsveranstaltungen und Demonstrationen machte die Initiative aktiv auf das Thema aufmerksam. Eine Sprecherin der Gruppe nutzte die öffentliche Fragestunde der Stadtratssitzung in Bischofswerda und informierte die Entscheidungsträger*innen über Chris Ares' Wirken in der neurechten Szene. Sie machte außerdem deutlich, was ein rechtsextremer Szenetreff für die Region bedeuten würde. Vor dem Rathaus protestierten zeitgleich junge Menschen unter dem Motto »Zukunftsvisionen dürfen nicht völkisch sein« gegen ein patriotisches

Jugendzentrum. Schließlich stellten sich alle Stadtratsfraktionen hinter die Erklärung des Bischofswerdaer Oberbürgermeisters: »Wir werden uns als Stadtgesellschaft friedlich gegen menschenverachtendes, rassistisches und diskriminierendes Gedankengut zur Wehr setzen.« Dank des zivilcouragierten Engagements der Initiative *Keep together – Zusammen gegen rechts* konnte den rechtsextremen Ansiedlungsplänen etwas entgegengesetzt werden. Ihr Versuch einer rechten Landnahme blieb nicht unkommentiert.

GEFÄHRLICHER GEGENPROTEST IM OSTSÄCHSISCHEN BAUTZEN

Am 20. September 2021 – eine Woche vor der Bundestagswahl – hatte die regelmäßig montags in Bautzen stattfindende Mahnwache »für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität« von Corona-Leugner*innen besonders viel Resonanz: An diesem Montag sollte die Sängerin *Runa* des extrem rechten Musiklabels *Neuer Deutscher Standard* die Kundgebung »musikalisch unterstützen«, hieß es in verschiedenen *Telegram*-Gruppen und auf Instagram. Die Gruppe der Teilnehmenden ist seit Beginn der Mahnwachen sehr gemischt: Da sieht man Menschen, die sich in der Vergangenheit für Frieden engagiert haben, Reichsbürger*innen, AfD-Stadträte, Familien mit Kindern neben Vertreter*innen der Neonazi-Parteien *Freie Sachsen* und *Der III. Weg*. An jenem Montag liefen circa 500 Menschen durch Bautzen, darunter mindestens 60 Neonazis. In Reden und auf Plakaten brachten sie ihren Hass, ihre Demokratiefeindlichkeit und Menschenverachtung zum Ausdruck.

Unter dem Motto »Meinungsfreiheit? Ja, aber bitte mit Anstand« protestierten zeitgleich 70 überwiegend junge Menschen gegen Verschwörungsideologien und für Humanität, Weltoffenheit und Solidarität. Wer die Bautzener Situation kennt, weiß, dass das nicht ungefährlich ist: Mensch geht nicht einfach gegen Nazis demonstrieren und läuft dann mit Freund*innen unbehelligt nach Hause. Die Gegenprotestierenden müssen ihre Sicherheit selbst im Blick haben und gut aufeinander achten. Das Ende der rechten Demonstration erleben sie an jenem Montag nicht mehr – *Runas* Gesang bleibt ihnen dadurch erspart –, wichtiger ist es, sicher nach Hause zu kommen. Noch am selben Abend tauchen Bilder von Gegendemonstrant*innen im Netz auf. Ein Bautzner Nazi versucht mit dem Bild einer konkreten Person auf Instagram den Namen herauszubekommen: »Derjenige, der mir den Namen der Dame beschafft, bekommt 50 Aufkleber geschenkt!«

ZIVILCOURAGE DER ARNSDORFER BÜRGERMEISTERIN MARTINA ANGERMANN

Im Mai 2016 zerren vier Arnsdorfer Bürger, darunter ein damaliger CDU-Gemeinderat, den jungen Iraker Schabas Al-Aziz, der sich zur Behandlung im Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie aufhält, aus einem Supermarkt und fesseln ihn mit Kabelbindern. Das wenige Tage später im Internet veröffentlichte Video zeigt Al-Aziz mit zwei Flaschen im Kassenbereich. Vier Männer betreten den Laden, beschimpfen ihn und bringen ihn gewaltsam nach draußen. Der Fall sorgt deutschlandweit für Empörung. Die Arnsdorfer Bürgermeisterin Martina Angermann verurteilt den Übergriff im Supermarkt. Sie bezeichnet dieses Verhalten – anders als die vier Männer, die in ihrem Verhalten einen Akt der Zivilcourage sehen – von Anfang an als Selbstjustiz. Von diesem Moment an sollte sich ihr Leben ändern: Sie wird für einige Menschen aus ihrer Gemeinde zum Feindbild, erhält Hassmails, wird auf einschlägigen Internetseiten verleumdet und mit Dienstaufsichtsbeschwerden überhäuft. Im April 2017 wird der Prozess gegen die vier Angeklagten nach wenigen Stunden mit der Begründung, den Angeklagten könne höchstens eine geringe Schuld nachgewiesen werden, überraschend eingestellt. Den Prozessauftakt nutzen circa 100 Neonazis und Rechtspopulist*innen vor dem Amtsgericht für ihre Machtdemonstration und weitere Einschüchterungen. Wenig später feiern Politiker*innen von NPD, AfD sowie Anhänger*innen der *Pegida*- und *Ein-Prozent*-Gruppierung gemeinsam ihren Erfolg. Der junge Iraker kann im Prozess nicht mehr aussagen: Erst Monate nach seinem Tod wird er in einem Waldstück gefunden. Im Oktober 2019 stellt die AfD einen Antrag auf Abwahl der Bürgermeisterin. Zu diesem Zeitpunkt ist sie bereits seit neun Monaten mit einer Burn-out-Diagnose krankgeschrieben. Von offizieller Seite bekommt Frau Angermann kaum Unterstützung. Wer sich mit ihr solidarisiert, gerät schnell ins Visier rechter Stimmungsmacher*innen. Mit Sätzen wie »Wir wissen, wo ihr seid« werden Menschen, die das Vorgehen gegen Al-Aziz verurteilen, eingeschüchtert. Angermanns Vorschlag, das Thema im Gemeinderat aufzuarbeiten, wird abgelehnt. Bis heute wird Martina Angermann nicht müde, deutlich zu machen: Das war kein Akt von Zivilcourage, das war Selbstjustiz. Sie macht Kommunalpolitiker*innen Mut, für demokratische Werte einzustehen und in der Auseinandersetzung mit Neonazismus klar Position zu beziehen und den Menschen in den kleinen Orten den Rücken zu stärken, die sich seit Jahren für ein demokratisches Gemeinwesen und ein friedliches Miteinander engagieren.

Auch wenn die eine oder andere Nazi-Veranstaltung oder rechte Landnahme nicht verhindert werden kann, sollten Neonazismus und Menschenfeindlichkeit dennoch nicht unwidersprochen bleiben. Gerade in den ländlichen Regionen ist Zivilcourage für die Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens existenziell. Wer Zivilcourage zeigt, verteidigt die demokratischen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität und macht anderen Menschen Mut, Haltung zu zeigen. Solange es von rassistischer und neonazistischer Gewalt Betroffene gibt, braucht es auch Menschen, die sich solidarisch an deren Seite stellen. Wer Zivilcourage zeigt, überlässt die Deutungshoheit über Themen nicht den Rechten, widersetzt sich der Diskursverschiebung und gestaltet eine demokratische Alltagskultur aktiv mit.

Petra Schickert arbeitet seit 2001 als Beraterin und seit 2020 als Fachreferentin in der *Mobilen Beratung* des *Kulturbüro Sachsen e. V.* Seit 2011 ist sie Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.*

Doğan Akhanlı

Doğan Akhanlı – Gewalt und Berührungen

Doğan Akhanlı, unser Freund und Weggefährte, ist am 31. Oktober 2021 nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Wir verlieren einen sanften und versöhnlichen Menschen, der klug und reflektiert, gutmütig und poetisch, beharrlich und mutig seine Inhalte vertrat.

Er wurde 1957 in Şavşat an der türkischen Schwarzmeerküste geboren. 1915 war dort durch den Völkermord fast die gesamte armenische Bevölkerung ausgelöscht worden. Schon mit 18 Jahren kam er in der Türkei mit Polizeigewalt in Berührung, als er eine linke Zeitschrift kaufte. Nach dem Militärputsch ging er 1980 in den Untergrund, organisierte Demonstrationen, Kampagnen und Publikationen. 1985 wurde er mit seiner Frau und seinem 16 Monate alten Sohn verhaftet und gefoltert. Er saß zweieinhalb Jahre als politischer Häftling im Militärgefängnis in Istanbul. In der Türkei drohte Anfang der 1990er-Jahre seine erneute Verhaftung. Man warf ihm ein Tötungsdelikt vor. Die türkische Justiz sollte später selbst feststellen, dass die Beweislage dafür hanebüchen war. Zur Flucht und ins Exil gezwungen, fanden er und seine Familie in Köln Unterstützung, Solidarität, Freundinnen und Freunde. Und obwohl er schilderte, wie er in der Asylunterkunft 1991 mit anderen Geflüchteten Nachtwachen organisieren musste, um die ständigen Übergriffe abzuwehren, beobachtete er in Deutschland etwas, was ihn – mehrfach – dazu veranlasste, festzustellen: Für Geflüchtete wäre Deutschland ein sicheres Land, ja das sicherste Land der Welt.

Sie setzten sich in diesem Land auf besondere Weise mit ihrer Vergangenheit auseinander, nahm er wahr. »Vergangenheitsbewältigung«, »Aufarbeitung der Vergangenheit« – dafür habe er gar keine Entsprechungen im Türkischen. Doğan Akhanlı fing an, Führungen und Veranstaltungen im EL-DE-Haus, dem NS-Dokumentationszentrum Köln, anzubieten.

Seit 2004 organisierte Doğan Akhanlı gemeinsam mit ASF historisch-interkulturelle Studienfahrten, bei denen Menschen aus Einwanderungscommunitys zusammenkamen, die durch konflikthafte und gewaltvolle Geschichten belastet sind: Türk*innen, Kurd*innen, Armenier*innen, Griech*innen, Alevit*innen und Assyrer*innen. Im Dialog über Erinnerungskulturen, Biografien, Konflikte und Verletzungen fanden Annäherungen statt. Er selbst übersetzte den Gründungsaufruf von ASF ins Türkische.

Die Erinnerungskultur in Deutschland hatte in Doğan Akhanlıs Augen eine verantwortliche Zivilgesellschaft mitentstehen lassen, die ihn davon überzeugte, hier in sicherer Gesellschaft zu sein. Dabei war ihm bewusst, dass die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in Deutschland stets schmerzhaft verlief und verläuft. 2014 schrieb er für die ASF-Publikation »Geschichten aus Deutschland« ein Essay mit dem Titel »Gewalt und Berührungen«. Er leitete seinen Text ein mit: »Ich möchte über die Nachwirkungen von Gewalt und über meine Erfahrungen mit Erinnerung und Erinnerungs-

kultur berichten. Mein Beitrag ist daher auch eine persönliche Geschichte von Fremdheit und Nähe, Schuld und Verarbeitung, Privatem und Politischem, Erinnertem und Verschüttetem, Scheitern und Lernprozessen, von Verletzungen und menschlichen Begegnungen.«

»Die NSU-Morde«, so schreibt er 2017, »sind eine bittere Warnung, nicht zu vergessen, dass Erinnerungskultur nicht statisch ist, sondern ein Prozess, in dessen Verlauf jede Generation ihre Art, ihre Mittel der Geschichtsaufarbeitung immer wieder überdenken und weiterentwickeln muss.«

Den NSU-Terror und das Hintertreiben und Versagen von Verfolgung und Aufklärung seitens staatlicher Behörden verfolgte er sehr kritisch, auch, dass andere »Vernichtungspropheten« auf den Plan traten. Eine starke Zivilgesellschaft könne damit umgehen, so sagte er kraftvoll optimistisch bei der Verleihung der Goethe-Medaille, die ihm 2019 auch für sein erinnerungspolitisches Engagement verliehen wurde: »Die Politik kann das Erinnern vielleicht nicht zur Pflicht machen, der sich jeder zu unterwerfen hat, aber sie muss die Erinnerung gegen die neuen Vernichtungspropheten täglich verteidigen. Den Rest schaffen wir als zivile Gesellschaft allein.«

Dass er den ASF-Gründungsaufruf ins Türkische übersetzte, blieb keineswegs auf der philologischen Ebene verhaftet: Er wollte Freiwilligendienste der türkisch-sunnitischen Mehrheitsgesellschaft, aus der er kam, für Armenier*innen. Als erster Redner mit türkisch-sunnitischem Hintergrund sprach er am Jahrestag des Gedenkens an den Völkermord an den Armenier*innen, am 24. April 2011, in der Frankfurter Paulskirche. »Wir brauchen einen Erinnerungsaufstand«, so rief er wiederholt in den Saal.

Doğan war 2010 zum ersten Mal wieder in die Türkei gereist, um seinen kranken Vater zu besuchen. Er wurde direkt am Flughafen inhaftiert. Sein Vater starb während seiner viermonatigen Haft, ohne dass die beiden sich wiedersehen durften. An der Stelle, so schrieb Doğan noch in seiner Haft, wäre er an seine »Akzeptanzgrenze« gestoßen.

Als Doğan 2017 in Spanien auf einen internationalen türkischen Haftbefehl hin zwei Monate von spanischen Behörden festgesetzt wurde, nutzte er die Zeit, sein einziges Sachbuch zu verfassen: »Verhaftung in Granada«. Er fasst darin noch einmal zusammen, was ihm sein erinnerungspolitisches Engagement bedeutete, für sich selbst, für die deutsche und türkische Gesellschaft, ja global: »Den Holocaust in Verbindung mit dem Völkermord an den Armeniern zu betrachten, bedeutete keine Relativierung der Shoah, sondern eine Erweiterung und Vertiefung der deutschen Aufarbeitung, die aber nicht nur deutsch bleiben sollte. Denn die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Völkermorde, sollte Teil der Holocaust Education sein, und die Beschäftigung damit sollte aus dem nationalen Rahmen in einen transnationalen übertragen werden.«

Seine Stimme, sein Lächeln, sie werden uns fehlen. Das Netz, das er um uns gesponnen hat, die Vielfalt, die er zusammenführte – das werden wir weiter pflegen, es wird fortbestehen.

Eike Stegen war 1993/94 ASF-Freiwilliger im *Jüdischen Historischen Museum* in Amsterdam. Er organisierte mit Doğan Akhanlı historisch-interkulturelle Studienfahrten bei ASF und ist heute Öffentlichkeitsreferent im *Haus der Wannsee-Konferenz*.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von ASF und leitete bis 2012 den ASF-Arbeitsbereich *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft*.

Respekt und Geduld sind unglaublich wichtig – ein ASF-Freiwilligendienst in Frankreich

Josef Kendel

Ich mache meinen Freiwilligendienst in der Nähe von Nantes in Frankreich, im Projekt *Association Psy'Activ*, einer Tageseinrichtung für junge Erwachsene mit psychischen Störungen. Ziel ist, den Patient*innen zu ermöglichen, ein selbstständiges Leben zu führen. In sogenannten therapeutischen Ateliers, die Patient*innen nach langen Krankenhausaufenthalten helfen sollen, sich an den Arbeitsalltag zu gewöhnen, durfte ich nach einigen Wochen allein unterrichten.

In den vergangenen Monaten habe ich viele Erfahrungen sammeln dürfen. Einige der Situationen, in denen ich mich wiederfand, waren herausfordernd und schwierig, andere, die meisten, sehr berührend und einfach schön. Anfang Februar begann ich mit meinem eigenen Atelier, dem *Atelier Journal*, einem Zeitungsworkshop. Tatsächlich meldeten sich gleich acht Patient*innen und nachdem ich für jede*n das »d'accord« von den zuständigen Ärzt*innen erhalten hatte, konnte es losgehen.

Zugegeben, ich war vor den ersten Probestunden recht nervös. Von meiner Ansprechpartnerin bei der Arbeit hatte ich in einem zehnminütigen Briefing nur die theoretischen Richtlinien und Informationen zum Ablauf bekommen und keinerlei Anweisungen erhalten, wie genau ich nun in der Praxis alle zwei Monate eine Zeitschrift mit von den Patient*innen geschriebenen Artikeln publizieren sollte. Glücklicherweise lagen in meinem Büro noch einige alte Zeitungsausgaben, an denen ich mich, was die Länge und Form der Artikel anging, orientieren konnte.

Patient C., dem ich zuvor immer montags und dienstags geholfen habe, lesen und schreiben zu lernen, ist nun Teil vom *Atelier Journal* und hat eine ganz besondere Rolle während meines Jahres bei *Psy'Activ* gespielt, weil er der erste Patient war, dem ich helfen konnte und mit dem ich während des gesamten Jahres eng zusammengearbeitet habe. Mittlerweile bearbeitet er, nach dem gemeinsamen Strukturieren seiner vielen Ideen, eigene Themen und hat sowohl beim Recherchieren als auch beim Schreiben der Artikel mehr und mehr Eigenständigkeit gezeigt. Einen wahren Fortschritt bei ihm habe ich auch bei seiner Genesung mitverfolgen dürfen. Besonders berührend war, wie oft er sich bei mir bedankt hat und mich sogar oft bat, nicht zu gehen.

Eine weitere Erfahrung habe ich mit einem anderen Patienten gemacht, der krankheitsbedingt nur sehr wenig kritikfähig war, sodass es mir zunächst schwerfiel, ihm während der Bearbeitung, Recherche und Verfassung seines Artikels zu helfen, obwohl ich gerne gewollt hätte. Nach vielen Annäherungsversuchen und wöchentlichen Erinnerungen daran, dass ich hier sei, um ihm zu helfen, und nicht, um ihn zu sabotieren, konnten wir erfolgreich einen gemeinsam korrigierten Artikel veröffentlichen. Hier habe ich gelernt, dass man jemandem seine Hilfe nicht aufzwingen kann, allerdings durch gutes Zureden und Aufeinander-Zugehen mehr möglich ist, als man denkt. Respekt, Rücksicht, Geduld und Offenheit sind hierfür unglaublich wichtig.

Ich hatte mich bei ASF beworben, um mich gegen soziale Ungleichheit einzusetzen, benachteiligten Menschen zu helfen und ganz allgemein etwas Gutes zu tun. All diese Erwartungen sind mit meiner Arbeit in Frankreich mehr als erfüllt und übertroffen worden, wofür ich sehr dankbar bin.

Josef Kendel hat seinen ASF-Freiwilligendienst 2020/21 in Nantes, Frankreich, bei *Psy'Activ* gemacht, einer therapeutischen Einrichtung für Patient*innen mit Persönlichkeitsstörungen.

»Ich kann nur bei den kleinen Sachen für sie da sein« – ein ASF-Freiwilligendienst in Tschechien

Antolina Konrad

Meinen Freiwilligendienst mache ich in Olomouc in Tschechien im Projekt *Živá Paměť*, zu Deutsch »Lebendige Erinnerung«. Die Organisation bietet ehemaligen Zwangsarbeiter*innen juristische und soziale Beratung, kulturelle und soziale Aktivitäten und widmet sich der Dokumentation und Information zum Thema »Zwangsarbeit im Nationalsozialismus«. Meine Aufgaben sind, ältere Menschen im Haushalt zu unterstützen, mit ihnen spazieren zu gehen, sie zu Behörden und ärztlicher Versorgung zu begleiten, für sie einzukaufen und ihnen Gesellschaft zu leisten.

Ich stehe jeden Morgen um sieben auf, um vor der Hitze noch entspannt einkaufen gehen zu können und in Ruhe zu frühstücken, bevor ich zur Arbeit aufbreche. Bei dem Klienten angekommen, erledige ich noch einige kleine Aufgaben, die bei ihm so anfallen, quatsche noch ein bisschen und mache mich dann auf den Weg. Schnell Mittag essen und zur nächsten Klientin. Bei ihr bleibe ich meist sehr lange, helfe ihr beim Früchte-Einkochen, Putzen, Analysieren von Olympiasieger*innen und bei allem, was am Tag sonst so anfällt.

Ich habe einmal mit einer Klientin eine lockere Konversation geführt, in der ich erwähnte, dass es witzig sei, dass ein Mitfreiwilliger mit Vornamen Konrad heiße, weil das ja mein Nachname sei. Sie meinte daraufhin: »Ah, Konrad, so wie Konrad Henlein!« Ich dachte, Konrad Henlein sei vielleicht einer ihrer Jugendfreunde gewesen, und fragte deshalb lächelnd, wer das denn sei. Es war der Gauleiter des »Reichsgaus Sudetenland«, der SS-Gruppenführer, dessentwegen die Klientin – wie so viele andere – 1938 aus ihrer Heimat in andere Teile der Tschechoslowakei fliehen musste. Sie erzählte mir von der Flucht, sie war damals 14 und floh von Komotau nach Pilsen.

Solche unerwarteten Wendungen sind während meines Freiwilligendienstes nicht selten. Wenn man sich mit Überlebenden unterhält, geht es eben nicht immer nur um das Wetter, sondern manchmal plötzlich auch um Traumata, die Geschichte und die eigenen Erfahrungen.

Besonders aufgefallen ist mir aber auch, wie unterschiedlich meine Klient*innen sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. Manche reden nie über das besonders Fürchterliche – etwa die Zwangsarbeit in einer deutschen Fabrik –, sondern wiederholen nur immer wieder Erzählungen über das Zusammentreffen mit freundlichen Menschen. Andere legen alle Erinnerungen offen dar, erwarten aber nicht, dass ich etwas dazu sage. Es ist mir immer wieder aufs Neue aufgefallen, wie komplex Menschen sind und wie sehr Unrecht und Gewalt einen Menschen prägen. Aber auch, dass ich nicht viel machen kann. Ich kann den Betroffenen nicht den Schmerz nehmen oder die Vergangenheit ändern. Ich kann nur für sie da sein bei den kleinen Sachen: Blumen gießen, Fußnägel schneiden, den Boden wischen, das Essen abholen und bringen, die Post nach oben tragen, beim Spazieren stützen, aufräumen, abwaschen, zuhören.

Je mehr ich über meine Herkunft und meine Privilegien nachdenke, desto besser verstehe ich die Motivation hinter ASF. Ich werde nicht das Gleiche durchmachen wie meine Klient*innen – dem Himmel sei Dank –, aber ich kann erkennen, wie fürchterlich es wirklich war. Die Dimensionen sind unvorstellbar, aber durch ihr Erzählen und auch offiziellere Zeitzeug*innengespräche lassen sie sich fast erahnen. Ich kann dann ernsthaft sagen: Es tut mir so leid, was du durchmachen musstest. Ich sehe den Teil, den meine Familie in dem großen Ganzen gespielt hat, ich weiß auch, dass es nicht wiedergutzumachen ist. Im ganz Kleinen kann ich es aber versuchen.

Antolina Konrad hat ihren Freiwilligendienst 2020/21 in Olomouc im Projekt *Živá Paměť* (Lebendige Erinnerung) in Tschechien gemacht, in dem ältere Menschen mit Besuchsdiensten, Hilfen im Haushalt und einem mobilen Mittagstisch unterstützt werden.

Bereichernde Begegnungen mit Shoah-Überlebenden in Israel

Virginia Buhmann

Meinen Freiwilligendienst in Haifa, Israel, mache ich in zwei Projekten: zum einen in einem Frauenhaus, in dem Frauen und Kinder in Notlage vorübergehend wohnen, zum anderen bei *Amcha*, einer psychosozialen Beratungsstelle für traumatisierte Überlebende der Shoah und ihre Familien. Im Frauenhaus arbeite ich zum großen Teil mit Kindern und Jugendlichen. Die Altersspanne beträgt drei Monate bis 17 Jahre. Dementsprechend breit gefächert sind die Arbeitsbereiche, von Windelnwechseln bei den Babys bis zu Nachhilfeunterricht für die Jugendlichen. Auch wenn die Arbeit sehr herausfordernd ist, liebe ich sie, und die Kinder sind mir unglaublich ans Herz gewachsen.

Im Folgenden werde ich aber zum Großteil auf die Arbeit bei *Amcha* eingehen.

Dort unterrichte ich am Morgen mit einem anderen Freiwilligen Klient*innen in Englisch. Zunächst erwies sich das als etwas schwierig, da alle auf einem anderen Stand sind. Inzwischen freut es mich aber zu sehen, wie sich alle beteiligen und sich jedes Mal auf den Unterricht freuen. Danach besuchen wir zwei Shoah-Überlebende in ihrem Zuhause.

A. ist ein unglaublich herzlicher Mann, bei dem sich jedes Treffen wie eine außergewöhnliche Geschichtsstunde anfühlt. Er ist bemerkenswert intelligent und hat sehr vieles erlebt. Jedes Mal hat er entweder ein geschichtliches Ereignis vorbereitet oder eine politische Diskussion erwartet uns. Natürlich wird es auch oft persönlich. Er war an der zionistischen Bewegung in Rumänien beteiligt. Da er einer der führenden Kräfte war, musste er zweimal ins Gefängnis. Die letzten Male untermalte er seine Erzählungen mit Fotos aus der Zeit, was sehr beeindruckend für uns war.

Auch B. ist eine sehr liebevolle Person. Bei jedem Treffen werden wir mit einer herzlichen Umarmung und einem dicken Schmatzer auf die Wange begrüßt und verabschiedet. Direkt am ersten Tag hat sie uns ihre Lebensgeschichte erzählt. Sie war in einem Ghetto und einigen Lagern. B. kann sich jedoch nicht mehr an alle Namen erinnern, da sie von Tag zu Tag gelebt hat und sich gefreut hat, überhaupt zu überleben. Gleich zu Beginn hat sie uns davon erzählt, dass sie sich für den Tod ihrer Schwester verantwortlich fühlt. Sie waren zusammen in Auschwitz und wurden von ihrer ganzen Familie getrennt. Da B. mit 15 Jahren die Ältere war, fühlte sie sich für ihre 13-jährige Schwester verantwortlich. Ihre Schwester war sehr krank und aß kaum noch etwas. B. hat mit Nachdruck versucht ihre Schwester zu überzeugen, dass sie zum Krankentrakt gehen soll. Ihre Schwester wollte sie aber partout nicht verlassen. Irgendwann gab sie aber nach. Noch am selben Tag sah B., wie alle Menschen, die zum Krankentrakt gebracht worden waren, tot auf Karren geladen wurden. Seitdem konnte sie keine Träne mehr vergießen.

Ein anderes Mal fragte sie mich wie jede Woche, wie es mir geht und was ich gemacht habe. Im Juni war »Pride Month«, wo die Rechte und Lebensrealitäten der LGBTQI*-Bewegung in Israel thematisiert werden. Ich war mir nicht sicher, ob ich das ansprechen konnte oder ob das Thema zu problematisch werden würde, aber ich wollte es zumindest versuchen. Ich erzählte ihr, dass ich in Tel Aviv und Haifa auf einer Pride-Parade gewesen war. Mit dem Begriff konnte sie zunächst nichts anfangen, aber als ich ihr alles erklärte, verstand sie es. Sie meinte, das sei doch das »Normalischte« auf der Welt. B. erzählte, wie sie sich das erste Mal mit dem Thema Homosexualität auseinandergesetzt hatte. In Bergen-Belsen waren im Nachbartrakt die lesbischen Frauen. Als Kind verstand sie noch nicht ganz, was das bedeutet, aber dort wurde sie aufgeklärt. B. findet es schrecklich, dass es immer noch Diskriminierung von Menschen der queeren Community gibt. Danach haben wir darüber geredet, dass eigentlich alle Menschen, die damals in Konzentrationslagern waren, auch heute noch diskriminiert werden.

Wieder einmal saß ich vor B. und war beeindruckt, wie sie mit 92 Jahren so recht hatte und wie viele Menschen einiges von ihr lernen könnten.

Virginia Buhmann hat ihren Freiwilligendienst 2020/21 in Kirjat Motzkin/Israel bei *Amcha*, einer psychosozialen Beratungsstelle für traumatisierte Überlebende der Shoah, sowie im Frauenhaus *Naschim Lemann* gemacht.

Die Geschichte und Zivilcourage der Dorfbewohner*innen dokumentieren – Freiwilligendienst in Kryoneri, Griechenland

Marlene Hofeditz

Ich mache seit September 2021 meinen Freiwilligendienst in dem griechischen Dorf Kryoneri auf der Peloponnes. Dort versteckte sich während der deutschen Besatzung Anfang der 1940er-Jahre die jüdische Familie Kamhi. Über mehrere Jahre wurde die siebenköpfige Familie von Einheimischen in ihren Häusern versteckt. Um bei den immer wieder vorkommenden deutschen Überfällen auf das Dorf nicht entdeckt zu werden, wurde die Familie jedes Mal in eine kleine Höhle in den umliegenden Bergen gebracht. Nur mithilfe der gesamten Dorfbevölkerung konnte die Familie überleben und die damals sechsjährige Tochter Rivka Jakobi blickt noch heute voller Dankbarkeit auf diese Zeit zurück. 2018 erhielten zwei Familien aus Kryoneri für ihre außergewöhnlichen Taten vom Staat Israel in diesem Zusammenhang die bedeutsame Auszeichnung *Gerechte unter den Völkern.* Auch Teile meiner Familie wurden als Juden während des Nationalsozialismus verfolgt, weshalb mir mein Friedensdienst in Kryoneri zum Schicksal der Familie Kamhi so wichtig ist.

Mein Projekt läuft über die griechische Organisation *FILOXENIA* und die Hauptaufgabe in meinem Friedensdienst ist das Weiterentwickeln der Webseiten »Matsani« und »Memory Alive«. Hier dokumentiere ich die Geschichte des Dorfes und die Zivilcourage der Dorfbewohner*innen, sodass diese nicht in Vergessenheit geraten und auch außerhalb der Region Aufmerksamkeit erhalten. Um die dafür notwendigen Informationen zu bekommen, habe ich nicht nur Zugriff auf verschiedene Textquellen, sondern auch die großartige Möglichkeit, mit Zeitzeug*innen oder deren Nachfahr*innen zu sprechen.

Ein weiterer wichtiger Teil meiner Tätigkeiten ist die Digitalisierung des Dorfarchivs, das über 100 Jahre alte Dokumente aufbewahrt.

Und ich kümmere mich auch um den Ausbau und die Pflege der Wanderwege, die zu der Höhle führen, in der die Familie Kamhi zeitweise unterkam. Es ist uns bei *FILOXENIA* ein wichtiges Anliegen, auf das Geschehene aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus treffe ich mich fast täglich mit den Jugendlichen aus dem Dorf – in Zweiergruppen tauschen wir uns auf Englisch, Deutsch oder Griechisch über kulturelle Unterschiede und alltägliche Situationen aus und lernen spielerisch gemeinsam die Sprachen. Außerdem planen wir Freizeitaktivitäten und Events für junge und alte Bewohner*innen Kryoneris.

In Kryoneri finden regelmäßig internationale Austauschprojekte statt, die das Dorf intensiv beleben und eine kulturelle Bereicherung sind. Das *Hostel Elisson* ist dabei eine wichtige Anlaufstelle für Freiwillige und bietet Raum für Begegnungen aller Art. Auch meine Kolleg*innen und ich kommen hier unter.

Für mich war schon lange klar, dass ich einen Friedensdienst mit *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* absolvieren möchte. Bei meiner Recherche stieß ich auf die Anzeige, dass dieses Jahr das erste Mal Griechenland ins Programm aufgenommen werden würde. Sowohl die Möglichkeit, gestaltend an einem ganz neuen Projekt mitzuwirken, als auch der geschichtliche Hintergrund Kryoneris sprachen mich besonders an. Für mich ist dies eine reizvolle Herausforderung.

Inzwischen bin ich seit zwei Monaten in Griechenland und habe mich in dieser Zeit gut einleben können. Die Dorfgemeinschaft hat mich von Beginn an mit offenen Armen empfangen und bietet mir so jeden Tag die Möglichkeit, mein kulturelles und historisches Wissen zu erweitern. Ich freue mich auf das, was mich in den nächsten Monaten noch erwarten wird, und bin mir sicher, dass mein Friedensdienst mich langfristig prägen wird.

Marlene Hofeditz macht ihren Freiwilligendienst in Kryoneri beim Verein *FILOXENIA*, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, an die Geschichte des Dorfes während der deutschen Besatzung zu erinnern.

Gavra Mandil
und Refik Veseli,
Tirana, 1944

Refik Veseli

Die Liebe zur Fotografie rettete jüdisches Leben in Albanien

Kurz vor Weihnachten 1940 nahm der Fotograf Moshe Mandil seine beiden Kinder, Gavra und Irene, vor einem Weihnachtsbaum auf, um dieses Foto für Werbezwecke in das Schaufenster seines Fotostudios in Novi Sad zu stellen. Er selbst war Jude und feierte Weihnachten nicht.

Ein Jahr später floh die Familie vor der deutschen Wehrmacht in den Kosovo und später nach Albanien. Auf die Flucht hatte Moshe das Weihnachtsfoto mitgenommen. Bei einer Kontrolle im Zug zeigte er es einem deutschen Offizier als vermeintlichen Beweis dafür, dass sie keine jüdische, sondern eine christliche Familie waren. Das führte wiederum dazu, dass auch der Offizier ihm ein Foto seiner Kinder vor dem Weihnachtsbaum zeigte. Moshe lobte das Foto für seine gute Qualität und die hübschen Kinder darauf. Dank des Fotos durfte die Familie weiterreisen.

Die Mandils kamen in die Großstadt Tirana, in der Hoffnung, dort besser untertauchen zu können. Hier konnte Moshe Mandil durch Beziehungen in einem Fotostudio als Gehilfe arbeiten und so ein wenig Geld verdienen. In diesem Fotostudio lernte er den Lehrling Refik Veseli kennen. Moshe Mandil und der 17-jährige Refik Veseli freundeten sich an. Die Liebe zur Fotografie verband die beiden.

Als die Lage in Tirana für Familie Mandil zu gefährlich wurde, bot ihnen Refik an, mit ihm zu kommen und sich bei seiner Familie in den Bergen, in Kruja, zu verstecken. Dieses Angebot nahmen sie dankend an. Vor Ort angekommen konnten sich die Kinder frei bewegen, da sie unter den anderen Kindern nicht auffielen. Die Eltern durften allerdings nur nachts aus ihrem Versteck. Sie blieben in Kruja, bis 1944 der Krieg in dieser Region endete.

Nach dem Krieg kehrte die Familie nach Novi Sad zurück und Moshe konnte sein altes Fotostudio wiedereröffnen. Refik Veseli hatte Familie Mandil begleitet und führte von nun an seine Gesellenausbildung im Studio bei Moshe fort. Er blieb bei ihnen, bis die Familie Mandil 1948 nach Israel auswanderte. Doch auch über die Distanz hinweg blieben sie miteinander in Kontakt.

Vordere Reihe von links nach rechts: Irene, Gavra und Gabriela Mandil; hintere Reihe von links nach rechts: Moshe Mandil und Refik Veseli; circa 1946

Gavra Mandil, Moshes Sohn, setzte sich später sehr dafür ein, dass Refik Veseli und seine Familie als *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet wurden. Diese Auszeichnung bekommen nichtjüdische Menschen, die oftmals unter Einsatz ihres Lebens jüdischen Menschen während der Shoah geholfen haben. Die Auszeichnung wurde von Überlebenden ins Leben gerufen, als Zeichen ihrer Dankbarkeit für die Hilfe, die sie selbst bekommen hatten. Es ist die höchste Auszeichnung, die vom Staat Israel vergeben wird. Im Jahr 1987 schließlich wurden Refik Veseli und später auch seine Familie offiziell als *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet. 1990 kam Refik Veseli für die Auszeichnung nach Israel und so traf sich die Familie noch einmal.

Albanien ist das einzige Land, in dem nach der Shoah mehr jüdische Menschen lebten als vorher. Es wurde als einziges Land als *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet. Denn fast alle jüdischen Menschen, die nach Albanien geflüchtet waren, haben dort ein Versteck und Unterstützung gefunden, nach dem Grundsatz: »Mein Haus gehört Gott und dem Gast.«

Im Jahr 2014 trafen sich die Kinder von Moshe Mandil und Refik Veseli in Berlin zum Anlass einer Namensgebungsfeier einer Schule: der Refik-Veseli-Schule. Gavras Frau Nomi Mandil freute sich sehr über die erneute Ehrung Refiks, denn ihrer Meinung nach waren die Veselis zu bescheiden mit dem, was sie geleistet hatten.

Was die beiden Familien, neben ihrer gemeinsamen Geschichte, auch heute noch miteinander verbindet, ist nach wie vor die Liebe zur Fotografie: Wer heute ein gutes Foto machen will, kann in die Fotoschule von Ron, dem Enkel von Moshe Mandil, in Tel Aviv gehen oder in das Fotostudio von Fatmir, dem Sohn von Refik Veseli, in Tirana.

Anna Stocker ist Referentin für Freiwilligenarbeit bei ASF und für die Länder Belgien, Frankreich und die Niederlande sowie für das Auswahlseminar zuständig.

Zivilcourage und Widerstand

Mary Hustad

Mary Hustad wurde am 8. Oktober 1925 in Hasvik auf der Insel Sørøya geboren. Sie lebte ein bescheidenes Leben und wie für die meisten Norweger*innen war die Besatzung Norwegens während des Zweiten Weltkrieges auch für sie irgendwie zu ertragen gewesen. Doch mit dem Rückzug der Nationalsozialisten und ihrer systematischen Vernichtung Nordnorwegens kam der Wendepunkt in Marys Leben: Die 19-Jährige entzog sich mehreren Evakuierungsaktionen und schloss sich dem Widerstand an. Mary wollte kämpfen – für ihre Freiheit, für ihre Heimat, für ihr Land. Gemeinsam mit elf weiteren Frauen, den sogenannten Lotten von *Sørøya*, sollte sie den norwegischen Widerstand stärken und den sogenannten *Sørøy*-Trupp mit warmem Essen und sauberer Kleidung versorgen. Doch schon bald mussten auch die Frauen kämpfen und somit auch Mary. Mit dem Maschinengewehr auf dem Rücken lief sie auf Skiern über die Insel und stellte sich den deutschen Besatzern im Kampf. Aus Berichten geht hervor, dass Mary von allen Widerstandkämpfer*innen die beste Schützin war.

Hedwig Porschütz

Hedwig Porschütz, von der kein Foto erhalten ist, wurde am 10. Juni 1900 in Berlin in einfachen Verhältnissen geboren. In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre arbeitete sie als Prostituierte, 1934 wurde sie zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Gemeinsam mit einem Unterstützer*innen-Netzwerk um Otto Weidt, einen Berliner Bürstenfabrikanten, beteiligte sie sich ab Herbst 1941 an Hilfs- und Rettungsaktionen. Wegen ihrer Vorstrafe war sie im Nationalsozialismus besonders gefährdet. 1943 versteckte sie mehrere Jüdinnen monatelang in ihrer Wohnung. 1944 wurde sie festgenommen und wegen Schwarzmarktgeschäften zu einer Haftstrafe verurteilt. Eine Anerkennung für ihren Widerstand im Nationalsozialismus blieb ihr, solange sie lebte, verwehrt. Erst 2012 wurde Hedwig Porschütz in Yad Vashem als *Gerechte unter den Völkern* aufgenommen.

Mehr über Hedwig Porschütz lesen Sie auf unserer Webseite.

Tikken Manus und Max Manus

Max Manus ist in Norwegen bekannt – immerhin hat er eine eigene Statue in der alten Festungsanlage *Akershus* im Zentrum von Oslo. Aber in seinem Schatten steht eine weitere Heldin: seine Frau Tikken Manus. Während Max Manus, einer der führenden Widerstandskämpfer*innen gegen die deutschen Besatzer, vor allem durch seine waghalsigen Sabotageaktionen Berühmtheit erlangte, bleibt Tikken häufig unerwähnt. Doch nur mit ihrer Hilfe gelang es ihm unter anderem, das deutsche Transportschiff MS *Donau*, mit dem am 26. November 1942 die umfassendste Deportation norwegischer Juden und Jüdinnen durchgeführt worden war, im Hafen von Oslo zu zerstören. In den Erzählungen über Max Manus wird leider häufig vergessen zu erwähnen, dass seine Sabotageaktionen ohne den risikobehafteten Einsatz von Tikken Manus niemals möglich gewesen wären. Unter dem Decknamen »Tante« verschaffte sie den Saboteur*innen in Oslo als Sekretärin des britischen Konsulats in Schweden neben geheimen Informationen auch Geld, Waffen und Zigaretten.

Dorothea Schneider

Mit ihrem Verein *Augen auf – Zivilcourage zeigen* engagiert sich Dorothea Schneider seit fast zwanzig Jahren für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Mit Aktionsformen, die ungewöhnlich sind und witzig: Im Sommer 2021 tingelte das »Goldene Ei« durch Sachsen – ein Wohnanhänger aus den 1980ern, der in einer gemeinsamen Vereinsaktion umgebaut und gerade so golden angestrichen wurde, dass er noch durch den TÜV kam. Anfang der 2010er-Jahre traten Schneider als »Miss Trauen« und ihr Kollege als »Karl Klausel« verkleidet auf Pressekonferenzen in Berlin auf, um gegen die sächsische »Extremis-Mus-Klausel« vorzugehen.

Den Sächsischen Demokratiepreis gab es 2019 für die Kunstaktion »2262 – Europa im Krieg«. Die Schuhe sollten an die – laut UNHCR allein im Jahr 2018 – 2.262 ertrunkenen Menschen im Mittelmeer erinnern. »Charmant provokant – bis es uns nicht mehr braucht«, so die Selbstbeschreibung für die »Lebendige Bibliothek« auf dem ÜBERLAND Festival.

Mehr über Dorothea Schneiders Engagement lesen Sie auf unserer Webseite.

Freddie Dekker-Oversteegen

Freddie Dekker-Oversteegen schloss sich im Alter von 16 Jahren gemeinsam mit ihrer zwei Jahre älteren Schwester Truus dem Widerstand an, nachdem die deutsche Wehrmacht 1940 die Niederlande überfallen und besetzt hatte. Ihre Mutter war Kommunistin, ihr halfen sie verbotene Druckwerke zu verteilen, sie versteckten Jüdinnen und Juden, Homosexuelle und politisch Verfolgte. Sie wurden Mitglieder der niederländischen Widerstandsorganisation *Raad van Verzet* (sinngemäß: Widerstandsrat), transportierten Waffen, erledigten Kurierdienste, spionierten deutsche Militäranlagen aus und führten Sabotageaktionen durch. Gemeinsam mit ihrer Schwester und der Widerstandskämpferin Hannie Schaft tötete Freddie Dekker-Oversteegen niederländische Kollaborateure und deutsche Besatzer. Das Töten fiel ihr nicht leicht und die Erinnerungen daran verfolgten sie ein Leben lang, wie sie in Interviews berichtete. Im Jahr 2014 wurden Freddie Dekker-Oversteegen und ihre Schwester von der niederländischen Regierung für ihren Widerstand ausgezeichnet. Von 2008 bis 2016 besuchten ASF-Freiwillige Freddie Dekker-Oversteegen zu Hause. Sie starb 2018, ihre Schwester Truus 2016.

Karel Holomek

Karel Holomek (*6. März 1937, Brno, Tschechien) ist Aktivist, Dissident und Politiker. Er engagierte sich nach 1990 sehr für die Emanzipation von Rom*nja und Sint*ezze und war einer der Gründer des *Museums der Roma-Kultur* in Brno, Abgeordneter im Tschechischen Nationalrat (1990–1992) für das Bürgerforum (*Občanské fórum*), Mitglied des *Regierungsrats für Menschenrechte* und Chefredakteur des Rom*nja-Magazins *Romano Hangos*. Seine Familie überlebte die NS-Verfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren in Verstecken. Sein Vater Tomáš Holomek wird als der erste Roma-Hochschulabsolvent in der Vorkriegstschechoslowakei (in den 1930er-Jahren) bezeichnet. Karel trat nach 1945 wie sein Vater der Kommunistischen Partei bei und wurde Berufssoldat. 1969 kritisierte er die Invasion des Warschauer Paktes. Er wurde sofort entlassen und arbeitete bis 1989 als Chauffeur. In den 1970er Jahren machte er sich mit den Dissidenten bekannt und verbreitete Samisdat, nicht systemkonforme Veröffentlichungen. Anfang der 1980er-Jahre flog er auf und kam kurzzeitig in Haft.

Mehr über ihn und seine Familie lesen Sie in der Laudatio für den *Prix Irene*, einen Preis für Menschen, die sich zur Verständigung von Menschen und Frieden einsetzen, die der Schriftsteller Martin Šimečka 2007 hielt.

Elisabeth Schmitz

Anfang September 1935 verschickte die Berliner Studienrätin und promovierte Historikerin Elisabeth Schmitz anonym 200 Exemplare ihrer Denkschrift »Zur Lage der deutschen Nichtarier« an Mitglieder der *Bekennenden Kirche* mit dem dringenden Appell, sich für die Verfolgten und Entrechteten im Nationalsozialismus einzusetzen. »Wer ruft die Gemeinden und unser ganzes Volk zurück zu dem, nach dem alles Christentum sich nennt?« In ihrem Memorandum berichtet Schmitz über antijüdische Gewalt und beschreibt detailliert die Folgen der NS-Gesetzgebung: »Man nimmt also durch grausame Gesetze den Menschen die Erwerbsmöglichkeit, man zieht die Schlinge langsam immer enger zu, um sie allmählich zu ersticken, man weiß, sie werden verelenden, und schützt sich beizeiten davor, die Opfer dieser Grausamkeit dann vielleicht unterstützen zu müssen.« Elisabeth Schmitz, die als leise auftretende Lehrerin, sachlich und anspruchsvoll in ihren Anforderungen beschrieben wurde, riskierte ihr Leben für ihre Überzeugungen. Ende 1938 beantragte sie mit 45 Jahren in einem Schreiben an die Schulverwaltung ihre Versetzung in den Ruhestand, weil sie aus Gewissensgründen nicht länger unterrichten könne. In ihrer Wohnung und in einem Wochenendhäuschen versteckte sie in den folgenden Jahren Menschen, um sie vor der Deportation zu schützen. Nach dem Krieg unterrichtete Elisabeth Schmitz wieder, sie starb 1977. Yad Vashem ehrte sie 2011 als *Gerechte unter den Völkern*.

Chaika Grossman

Chaika Grossman – als Kurierin im Widerstand im Ghetto Białystok

»Wir stehen kurz vor einem Krieg. Es ist schwer zu sagen, was der morgige Tag bringen wird, aber wir wissen, wie wir leben wollen, egal was passiert. Alle verstecken sich in den Kellern, haben Angst vor dem, was uns bevorsteht, wir aber fürchten uns nicht. Wir werden trotz des Krieges weitermachen.« Mit diesen Worten beginnt der autobiografische Bericht von Chaika Grossman, die den jüdischen Widerstand in Polen zur Zeit des Nationalsozialismus mit organisierte.

Chaika Grossman, 1919 geboren, kam aus einer bürgerlichen Familie, ihr Vater war Lederfabrikant. Sie besuchte in Białystok, einer Stadt 180 Kilometer nordöstlich von Warschau gelegen, ein jüdisches Gymnasium und war Mitglied in der zionistischen Jugendorganisation *Hashomer Hatzair*. Ab 1939 lebte sie vorübergehend in Wilna, wo sich die Mehrheit der nationalen Untergrundführung von *Hashomer Hatzair* befand. Noch wäre es möglich gewesen, zu entkommen und nach Palästina zu gehen, wie sie es geplant hatte. Doch Chaika Grossman beschloss, gemeinsam mit anderen zu bleiben, sie wollten Widerstand gegen die Nationalsozialisten leisten. »Wir haben nie gedacht, daß wir überleben werden. Darum ging es uns auch gar nicht. Es ging uns darum, etwas zu tun.«

In dem 1949 auf Hebräisch erschienenen autobiografischen Bericht mit dem Titel »Anshei Hamahteret« erzählt Chaika Grossman detailliert vom jüdischen Widerstand in Polen und vor allem in Białystok, wo Jüdinnen und Juden bis zum Zweiten Weltkrieg etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. Erst mehr als 40 Jahre später wurde ihr Buch auch auf Deutsch unter dem Titel »Die Untergrundarmee« veröffentlicht.

Am 27. Juni 1941 hatte das deutsche Polizeibataillon 309 männliche jüdische Einwohner in die Große Synagoge getrieben und das Gebäude anschließend in Brand gesetzt. Dabei starben mindestens 700 Menschen, bei weiteren Übergriffen und Massenerschießungen wurden in den nächsten Wochen etwa 4.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Auch das Elternhaus von Chaika Grossman in der Nähe der Synagoge brannte nieder, ihr Vater wurde in Belarus ermordet. Im August desselben Jahres wurde ein Ghetto errichtet, das sich auf zwei kleine Gebiete erstreckte, die durch den Biala-Fluss getrennt waren. Das Gelände war von einem Stacheldrahtzaun und einem Holzzaun umgeben. Etwa 50.000 Jüdinnen und Juden wurden gezwungen, dorthin zu ziehen. Das Ghetto entwickelte sich rasch zu einem Zentrum für Zwangsarbeit, das Waren für die Besatzungsmacht lieferte. Die Essensrationen für die Bewohner*innen waren unzureichend und wurden unregelmäßig bereitgestellt.

Ausgestattet mit falschen Papieren reisten junge Frauen in den besetzten Gebieten umher, um den Widerstand in verschiedenen Städten und Ghettos zu organisieren, um Nachrichten zu übermitteln, später auch, um Waffen und Sprengstoff zu transportieren. Auch Chaika Grossman war als Kurierin mit falscher Identität im Auftrag der Untergrundleitung unterwegs. Sie sammelte nicht nur Geld und Informationen, sie führte auch Verhandlungen mit Vertreter*innen von jüdischen Gemeinden und Organisationen. Statt wie geplant nach Palästina zu gehen, kehrte Chaika Grossman schließlich nach Białystok zurück, um sich an der Organisation des Widerstandes im Ghetto zu beteiligen. Bei ihrer Rückkehr ging sie ein großes Risiko ein: »Und so saß ich nun, Anfang Januar 1942, im Zug, der mich nach Białystok, in meine Heimatstadt, bringen sollte. Ich trug einen bestickten Bauernpelz, unter den Arm hatte ich eine dicke Tasche geklemmt, in meiner Unterwäsche steckten diverse Dokumente und der erste Aufruf zum bewaffneten Widerstand [...].«

Am 16. August 1943 begann der Aufstand im Ghetto von Białystok, er dauerte mehrere Tage. Der unmittelbare Grund für die bewaffnete Aktion waren deutsche Vorbereitungen, das Ghetto zu liquidieren. Die meisten Kämpfer*innen fielen in den ersten Gefechten. Anschließend wurde das Ghetto geräumt. Den Bewohner*innen hatte man erklärt, dass sie in ein Arbeitslager gebracht werden würden. Dafür müssten sie sich auf einem Sammelplatz einfinden. Unter den Menschen, die dorthin gingen, war auch Chaika Grossmans Mutter: »Plötzlich sah ich meine Mutter in der Menge. Ich wollte mich an ihr vorbeistehlen, ohne anzuhalten. Ich hatte Angst davor, sie zu sehen, sie auf dem Sammelplatz zu sehen. Ich hatte Angst davor, sie so allein zu sehen. Ich zog mich zurück, feige, als würde ich von einem Schlachtfeld fliehen, aber sie hatte mich entdeckt. ›Chaikele, wohin gehst du?‹ Ich blieb stehen, küsste ihre alten, trockenen Lippen und floh. Ich sah sie nie wieder.«

Chaika Grossman konnte mit fünf Frauen fliehen. Sie schlossen sich Partisan*innengruppen in den umliegenden Wäldern an und beteiligten sich im August 1944 an Befreiungsaktionen. Im Juli 1944 marschierte Chaika Grossman bewaffnet und in sowjetischer Partisaninnenuniform durch die Trümmer der befreiten Stadt Białystok. »Wir gingen mit der Waffe über der Schulter auf der Straße. Haska hatte mir ihre Pistole gegeben. Ich trug lange Hosen und einen kurzen Mantel. Zum ersten Mal sah ich nicht aus wie eine elegante Dame aus der Stadt. Kein Untergrund mehr. Es war ein seltsames Gefühl.«

Chaika Grossman 1936 in Białystok.

Nach Kriegsende ehrte der polnische Staat Grossman für ihre Widerstandshandlungen. 1948 emigrierte sie nach Palästina. Sie lebte im *Kibbuz Evron* und leitete das 1963 gegründete Widerstandsarchiv, das Institut und das Verlagshaus *Moreshet* in Tel Aviv. Sie engagierte sich in der Politik und wurde 1969 als Abgeordnete für die Arbeiterpartei *Mapam* in die Knesset gewählt, der sie auch in den 1980er-Jahren angehörte. Die Zeit im Widerstand und die damit verbundenen Fragen beschäftigten sie ihr Leben lang. In einem Interview Anfang der 1990er-Jahre sagte sie: »Heute frage ich mich, wie es überhaupt möglich war, dass die Juden gekämpft haben, in die Ghettos gesperrt, ohne Waffen, hungrig, ohne Kontakte zur Außenwelt. Und sie haben gekämpft! [...] Wir wussten von Anfang an, dass es für die Masse der Menschen unmöglich war, zu kämpfen. Wir hofften, dass sie, wenn wir im Kampf gegen die SS und die Gendarmerie getötet werden, den Moment nutzen, um wegzulaufen. Aber wohin sollten sie flüchten? Das war die wichtigste Frage, die jeder Jude sich damals stellen musste: Okay, ich laufe weg. Aber wohin?«

Chaika Grossman starb 1996 im *Kibbuz Evron*.

Ute Brenner ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit von ASF.

Quelle des Muts

Angelika Obert

»Ja, ich habe deine Stirn so hart wie einen Diamanten gemacht, der härter ist als ein Kieselstein. Darum fürchte dich nicht, entsetze dich auch nicht vor ihnen, denn sie sind ein Haus des Widerspruchs.«

(Ezechiel 3,9)

»Der Grad von Gefährdung und Opferbereitschaft, der heute von uns verlangt wird und vielleicht morgen von uns verlangt werden wird, setzt mehr als gute ethische Prinzipien voraus.«

Helmuth James Graf von Moltke

»Woher wussten diese Propheten denn, dass Gott durch sie sprach?«, fragte mich meine alte Mutter einigermaßen empört, nachdem sie in der Bibel auf die unverschämt heftigen Gerichtsworte des Propheten Amos gestoßen war. Ja, woher wussten die Propheten das? Ich weiß nur: Das waren mutige Menschen, denen es radikal ernst war mit der Treue zum Gott des Rechts und der Gerechtigkeit. Sie begnügten sich nicht mit Kopfschütteln angesichts von Ausbeutung, Machtgier und schäbiger Religiosität, ließen sich nicht blenden vom Geist ihrer Zeit, nicht treiben von Karrierewünschen, von der Sorge um die eigene Sicherheit. Sie dachten klar und traten öffentlich gegen Verlogenheit und Unrecht an. Und litten, weil man ihnen nicht glaubte, weil sie einsam waren, verhöhnt, verhasst, verfolgt. Erst nachträglich hat man ihre kompromisslos kritische Stimme als Gottes Wort erkannt, aufgenommen in die Heilige Schrift: eine bleibende Herausforderung, es sich nicht bequem zu machen mit der Frömmigkeit, als ob die Frage nach Gott nur eine Sache von persönlichem Sinn und ein bisschen Moral wäre.

»Sie hatten ein Format, das für uns unerreichbar ist«, schrieb Helmuth James Graf von Moltke staunend aus dem Gefängnis im Jahr vor seiner Hinrichtung. Der tägliche Umgang mit der Bibel war ihm zum Bedürfnis, zur Quelle des Muts geworden. Dabei hatte er sich zunächst nicht als Gottesmann verstanden. Ein Liberaler war er mit Sympathie für den Sozialismus, zur Kirche eher in Distanz. Ein Privilegierter auch, weltläufiger Großgrundbesitzer – einer, der viel zu verlieren hatte. Auf den Nationalsozialismus fiel er nicht herein, sein Rechtsbewusstsein war unbestechlich. Als Anwalt suchte er, den Verfolgten zu helfen, und nach Kriegsbeginn als Sachverständiger für Völkerrecht, Schlimmes zu verhüten, wohl wissend, dass Schlimmstes doch verübt wurde. Als in Deutschland alle über die schnellen Siege jubelten, war das für ihn »der Triumph des Bösen«. Wie manche der biblischen Propheten glaubte er nicht mehr, dass sich das Unheil noch wenden ließe. Es galt, die Aussichtslosigkeit auszuhalten und trotzdem aktiv zu widerstehen. Dafür brauchte er mehr als gute ethische Prinzipien. Der Gott der Bibel kam ihm immer näher. Und er fand die paar Gleichgesinnten, die mit ihm zusammen die Alternative entwarfen: einen gerechten Staat irgendwann danach. Über eine europäische Union, sozial geregelte Marktwirtschaft, Einübung von Verantwortung und Mitbestimmung in kleinen Gemeinschaften wurde im Kreisauer Kreis nachgedacht, der Kirche in Zukunft dabei (allzu) viel zugetraut – eben weil die Menschen in dieser Gruppe sich Mut und Klarheit ohne spirituelle Gründung nicht vorstellen konnten. Als Moltke dann schließlich zu denen gehörte, die im Volksgerichtshof vor Roland Freisler das Todesurteil zu erwarten hatten, war ihm die »Stirn, hart wie ein Diamant«, gegeben. So erlebte er es – selbst staunend und gewiss: Für diese Stunde des Widerstehens hat Gott mich gemacht. Hier war ich sein Gefäß. Offenbar gibt es Momente, in denen ein Mensch das wissen kann.

Ich weiß nicht, wie es um mein Format bestellt ist. Würde ich in Belarus das Gefängnis riskieren? In Myanmar den Widerstand durchhalten? Oder sollte ich vielleicht erst einmal fragen: Wie ernst ist es mir überhaupt mit der Gerechtigkeit? Was setze ich dafür aufs Spiel? Ist die Bibel für mich eine Quelle des Muts?

Angelika Obert, Pfarrerin i. R., war von 1993 bis 2014 Rundfunk- und Fernsehbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für den rbb. Sie ist Mitglied der AG Theologie.

Wir trauern um Karin Nevermann (1931–2021)

Am 1. September 2021 starb Karin Nevermann, geborene Rohde, im Alter von 90 Jahren in Berlin. Traurig nehmen wir Abschied von einer engagierten Weggefährtin von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Sie leitete 1959 und 1960 zusammen mit ihrem Mann die Arbeitseinsätze der ersten deutschen Freiwilligen in Norwegen. Diese Jahre verbanden Karin Nevermann zeitlebens mit der Arbeit von ASF. Die Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen – in Norwegen mit NS-Begriffen wie »Endlösung«, »Euthanasie-Programm« und »verbrannte Erde« verknüpft – blieb Leitmotiv ihres Engagements.

»Rufen Sie mich am besten nach fünf Uhr an, davor bin ich meist beschäftigt.« Als ich die fast 90-jährige Frau Nevermann am frühen Nachmittag vor ungefähr zwei Jahren anrief, hatte ich mit Sicherheit nicht mit einem solchen Hinweis gerechnet. Frau Nevermann war eine Persönlichkeit, die einen mit ihrer höflichen Art sehr schnell für sich einnahm. Sie diskutierte und erzählte gerne. In ihrem Wohnzimmer hatte sie Zeitschriften und Fotografien mit ASF-Bezug vorbereitet, davon ausgehend berichtete sie über Erlebnisse aus neun Jahrzehnten Lebenszeit. Sie sprach über die Erlebnisse mit den ersten Freiwilligengruppen in Norwegen, über Wegbegleiter*innen aus Norwegen und Israel.

Genauso engagiert berichtete sie aber auch über ihre Familie, tat ihre Meinung zur aktuellen Pflegesituation und gegenwärtigen Politik kund. Gleichsam interessiert war sie an meinem Leben. Im Gespräch wurde aber auch deutlich, dass in ihrem Leben jemand fehlte. Ihr Mann Richard Nevermann war im Frühjahr 2018 verstorben.

Bei unserem letzten Telefonat hatten wir angedacht, uns das nächste Mal wieder persönlich zu treffen – wegen der Corona-Pandemie draußen, bei Kaffee und Kuchen. Es macht mich sehr traurig zu wissen, dass dies nicht mehr möglich ist. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich Frau Nevermann persönlich kennenlernen durfte. Ebenso bin ich dankbar, dass sie ASF so viele Jahre intensiv unterstützt und begleitet hat. Meine Gedanken sind bei ihren Angehörigen und engen Freund*innen.

Jakob Stürmann ist stellvertretender Vorsitzender von ASF.

Einzigartige Bildungs- und Begegnungsarbeit – die *IJBS* wird 35 Jahre alt

Jakob Stürmann

Ich weiß nicht, ob es sich ermitteln lässt, wie viele junge und jung gebliebene Menschen in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten die *Internationale Jugendbegegnungsstätte* in Oświęcim/Auschwitz (IJBS) besucht haben. Sie nahmen an schulischen und außerschulischen Begegnungs- und Lernseminaren teil, sprachen mit den vielen über die Jahre eng mit dem Haus verbundenen Zeitzeug*innen, reflektierten ihre Besuche der Gedenkstätte und diskutierten intensiv bis tief in die Nacht hinein. Aus diesen zahlreichen Begegnungen entstanden internationale und intergenerationelle Freundschaften, die Jahrzehnte überdauern und weit mehr bedeuten als reine Statistiken.

Seit 35 Jahren setzt man sich in der IJBS für die Aufrechterhaltung des Gedenkens an den Holocaust und an die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs ein. Junge Menschen werden empowert, sich gegen jegliche Form der Ausgrenzung zu stellen und für den Schutz von Bürger*innen- und Menschenrechten, von Frieden und sozialer Gerechtigkeit einzustehen. Von Beginn an unterstützen und begleiten ehemalige Häftlinge des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau das Projekt der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte*.

Der westdeutsche Verein *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* war Ideengeber und Mitbegründer der außerschulischen Bildungseinrichtung. Ein erstes Konzept wurde bereits 1971 der Regierung der Volksrepublik Polen vorgelegt. Doch erst am 7. Dezember 1986, zur Zeit der *glasnost'* und *perestrojka* in der Sowjetunion und wenige Jahre nach der Beendigung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen, konnte die Arbeit starten. Auf den Tag genau 16 Jahre nach der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Verträge und dem Kniefall von Willy Brandt am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos weihte die Stadt Oświęcim gemeinsam mit ASF die *Internationale Jugendbegegnungsstätte* ein. Sie liegt bewusst zwischen der Stadt Oświęcim und dem ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Wir wünschen der IJBS, dass sie auch in den nächsten 35 Jahren ein lebhafter und kraftvoller Ort der internationalen und deutsch-polnischen historisch-politischen Bildungs- und Begegnungsarbeit bleibt. Allen Mitarbeiter*innen, Unterstützer*innen und Förder*innen der IJBS sagen wir herzlich Danke!

Jakob Stürmann ist Mitglied im ASF-Vorstand und vertritt ASF im Stiftungsrat der IJBS.

Ich möchte meine ASF-Erfahrungen durch ein Vermächtnis an junge Menschen weitergeben

Erdmute Eisner war 1969 bis 1970 Freiwillige in Israel und hat an mehreren Sommerlagern in Polen teilgenommen. Im Interview erzählt sie, warum sie sich für ein Vermächtnis für ASF entschieden hat.

Du warst 1969/70 ASF-Freiwillige in Israel. Wie hast du diese Zeit erlebt?

Ich antworte, was ich immer sage: Es war das beste Jahr meines Lebens. Mein Leben hat sich eingeteilt in die Zeit vor Israel und nach Israel. Ich war fertig mit meiner Ausbildung und konnte mich als ordinierte Pastorin beurlauben lassen.

Das erste halbe Jahr war ich in einem Altersheim in Jerusalem. Es war so wunderbar zu erleben, wie geborgen die Menschen in ihrer Tradition und in ihrem Glauben sind. Aber genauso kann ich schwärmen von der Zeit im Kibbuz, im Norden von Israel. Damals war es so, dass der Mitgliederbeschluss einstimmig sein musste, wenn eine deutsche Gruppe zu Besuch kam. Sie haben mir später erzählt: »Als ihr kommen solltet, haben wir uns gefürchtet. Und dann haben wir euch geliebt!« Das ist eine der Kostbarkeiten meines Lebens. Zu Hause in Deutschland lag noch wahnsinnig viel von der Atmosphäre der Nazi-Zeit in der Luft. Aus dem Entsetzen über die Geschichte hatte ich ein tiefes Interesse entwickelt, das dazu führte, dass ich mich bei ASF beworben habe.

Wir sind in Israel ziemlich viel getrampt. Da hatten wir viele Möglichkeiten zu Gesprächen mit unterschiedlichen uns unbekannten Menschen. Eine gewisse Leichtigkeit, eine innere Freiheit sind mir geblieben.

Später hast du auch an einem Sommerlager in Breslau teilgenommen.

Meine Mutter stammt aus Breslau. Unsere praktische Tätigkeit war auf dem jüdischen Friedhof in Breslau. Ein kleines Stück davon wurde noch benutzt, denn es gibt noch eine ganz kleine jüdische Gemeinde. Auf diesem Gelände zu arbeiten, diese Begegnung zu haben und einfach jeden Tag ein oder zwei Gräber von dem Bewuchs freizumachen – diese Tätigkeit hat mir gutgetan.

Wie kam es zu der Entscheidung, ASF ein Vermächtnis zuzusprechen?

Ganz einfach: Das ist die Konsequenz meines Lebens und meiner so tollen Lebenserfahrung damals! Ich möchte etwas weitergeben an jüngere Generationen.

Ich kann jedem jungen Menschen nur empfehlen, solche Erfahrungen zu machen. Ich habe es geliebt, im Freiwilligendienst einen Alltag zu haben, ein normales Leben. Ein Stück weit dazuzugehören, nicht nur den Blick eines Touristen zu haben. Ich habe auch immer empfohlen, mit ASF ins Ausland zu gehen, denn wir haben so eine wunderbare Betreuung durch die Länderreferenten bekommen. Fast ohne es zu merken, habe ich durch meinen Freiwilligendienst einen anderen Blickwinkel bekommen. Man weiß danach einfach: Man kann Dinge so oder so sehen. Man lernt, dass der andere kein Feind ist. Das ist der Lebensgewinn.

Was rätst du anderen Menschen, die eine gemeinnützige Organisation in ihrem Nachlass bedenken möchten?

Ich habe rechtzeitig mein Testament gemacht, weil es mir wichtig war, meinen Nachlass geregelt zu haben und nicht dem Zufall zu überlassen.

Erdmute Eisner ist Pastorin im Ruhestand und lebt in Schleswig. Während ihrer 25-jährigen Tätigkeit als Gemeindepastorin war sie besonders der Frauenarbeit in der Kirche verbunden.

Janika Higgins ist ASF-Referentin für Fundraising und derzeit in Elternzeit.

ASF in Israel: sechs Jahrzehnte bewegte und bewegende Geschichte

Im Oktober 1961 gingen die ersten Freiwilligen von *Aktion Sühnezeichen* nach Israel – vier Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Damit leisteten sie Pionierarbeit in den deutsch-israelischen Beziehungen. Das 60-jährige Jubiläum der ASF-Arbeit in Israel wurde am 28. November 2021 im Rahmen einer digitalen Jubiläumsveranstaltung feierlich begangen.

In seinem Grußwort hob Bundesaußenminister Heiko Maas den besonderen Stellenwert der Arbeit von ASF in Israel hervor: »*Aktion Sühnezeichen* (…) gehörte vor 60 Jahren zu den Freiwilligendiensten, die mutig Grundsteine für die deutsch-israelische Annäherung und Freundschaft der folgenden Jahre legten.« Die deutsche Botschafterin in Israel, Dr. Susanne Wasum-Rainer, bekräftigte in ihrem Grußwort: »Ohne *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* könnten wir heute nicht auf die Tiefe und Vielfalt der gegenseitigen Beziehungen zurückschauen.«

In Israel besuchen die Freiwilligen Überlebende der Shoah, unterstützen die Arbeit in Gedenkstätten und in Bildungseinrichtungen gegen Antisemitismus, assistieren Menschen mit Beeinträchtigungen und engagieren sich für sozial benachteiligte Menschen, etwa in Frauenhäusern. Derzeit sind 21 ASF-Freiwillige in Israel tätig.

Seit 1961 haben inzwischen weit mehr als 1.000 ASF-Freiwillige in Israel einen Friedensdienst geleistet. Zudem organisiert ASF jährlich eine deutsch-israelische Jugendbegegnung sowie Sozialpraktika für Auszubildende. Und auch Israelis kommen für einen einjährigen Freiwilligendienst nach Deutschland.

Jan Brezger

Seit 60 Jahren engagieren sich ASF-Freiwillige in Frankreich

1961 gingen die ersten Freiwilligen von *Aktion Sühnezeichen* nach Frankreich. Mit einem digitalen Festakt wurde das 60-jährige Jubiläum der Arbeit von ASF nun am 24. Oktober gefeiert.

Zu diesem Anlass sagte der Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas: »Sie können auf dieses jahrzehntelange Engagement Jugendlicher mehrerer Generationen für Frieden und Versöhnung in Frankreich wahrhaft stolz sein.« Er machte die Bedeutung von ASF deutlich: »Wer sich mit der Shoah und der Erinnerung an diese beschäftigt, der muss sich auch mit der Gegenwart und der Zukunft auseinandersetzen. Das heißt auch mit der gegenwärtigen Gefahr des Antisemitismus.«

Der Beginn der Arbeit von ASF in Frankreich war der Bau der Versöhnungskirche in Taizé 1961. Die Bereitschaft, nur wenige Jahre nach dem Kriegsende Freiwillige aus Deutschland zu empfangen, sie aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen an der Errichtung der Versöhnungskirche zu arbeiten, war von einer bemerkenswerten Offenheit geprägt, für die wir noch heute dankbar sind.

Durch die zunehmende Unterstützung sozial benachteiligter Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen verlagerte sich die Arbeit in den Folgejahren von den Bauprojekten stärker in den sozialen Bereich. Wichtige Schwerpunkte bildeten zudem Kooperationen mit Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und jüdischen Organisationen. Freiwillige engagieren sich für die Erinnerung an die Shoah, unterstützen Menschen in Not und setzen in zivilgesellschaftlichen Initiativen Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Inzwischen blicken wir auf 60 Jahre zurück, in denen mehr als 1.000 junge und ältere Menschen an einem Freiwilligendienst, Sommerlager oder Begegnungsprogramm in Frankreich mit ASF teilgenommen haben. Gegenwärtig sind 19 Freiwillige in Frankreich in verschiedenen Projektbereichen tätig.

Anna Stocker

TERMINE

27. JANUAR 2022 | 19 UHR
Französische Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt in Berlin
Gottesdienst im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Weitere Informationen ab Januar unter www.asf-ev.de

13./14. MAI 2022
ASF-Jahrestagung in Berlin
Anmeldungen ab Mitte März 2022 unter www.asf-ev.de

15. MAI 2022
ASF-Mitgliederversammlung in Berlin

18. JUNI 2022
Jubiläumsveranstaltung »60 Jahre Sommerlager« in Magdeburg

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Aktionscode
Zi21B02

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/

Ich überweise selbst!

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an 030 28 395 135 oder per E-Mail an spende@asf-ev.de

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Zukunft braucht Erinnerung – mit Ihrer Hilfe

Ihr Erbe für ein friedliches Zusammenleben

Denken Sie darüber nach, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Ihrem Testament zu bedenken?

Mehr Informationen erhalten Sie in unserer Broschüre zur Nachlassplanung unter **www.asf-ev.de/vererben**

oder senden Sie diese Anzeige mit Ihrer Adresse an:
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Spenden-Service
Auguststraße 80 | 10117 Berlin

»Da ich keine Kinder habe, habe ich schon früh in meinem Leben beschlossen, eine gemeinnützige Organisation in meinem Testament zu bedenken. Dabei habe ich mich gefragt, welche Organisation gibt mir ein gutes Gefühl, den Eindruck, dass nach meinem Tod etwas Sinnvolles mit meinem Eigentum passiert. ... Das persönliche Gespräch klärte alle Fragen und gab mir die Sicherheit, dass bei ASF sorgfältig und wertschätzend mit meinem Eigentum umgegangen wird und dass individuelle Wünsche berücksichtigt werden.«

SUSANNE KÜHN *ist Diplom-Pädagogin und Coach. 1989/90 war sie als Freiwillige in den Niederlanden und fühlt sich bis heute ASF eng verbunden. Sie hat Aktion Sühnezeichen Friedensdienste als Begünstigte in ihr Testament aufgenommen.*

GEMEINSAM MACHEN WIR DIE WELT FRIEDLICHER. JEDEN TAG.

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma
ASF e.V.

IBAN
DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:
Zi21B03

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

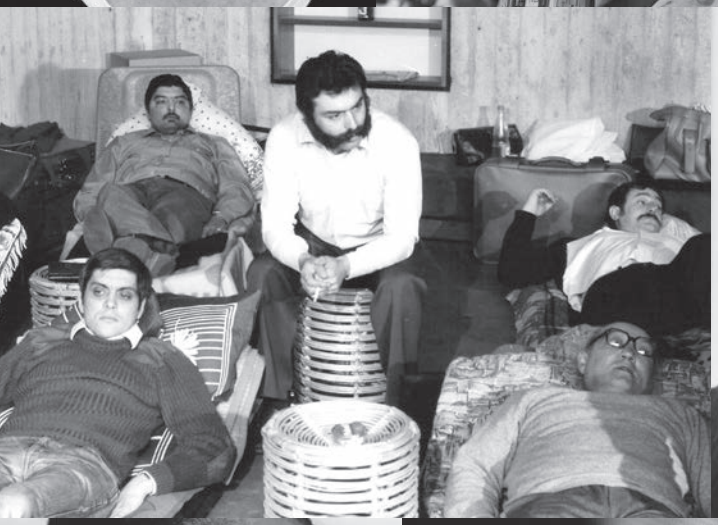
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel